Dienstag, 21. August 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 195 - 34.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Buschhaus: Das umstrittene Braunkohlekraftwerk bei Helmstedt kann am 3. September ans Netz gehen. Die niedersächsische Landesregierung erteilte gestern die Betriebsgenehmigung.

Windelen: Bei seiner Reise durch die „DDR" trifft der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen in Eisenach auch mit Bischof Leich, Leiter der lutherischen Landeskirche, zusammen. (S. 4)

„Kein Watschenbaum": Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle ist trotz zunehmender Kritik entschlossen, für seine Politik und sein politisches Amt zu kämpfen. Er habe nicht die Absicht, einen „Watschenbaum" abzugeben, sagte Kiechle in einem Gespräch der WELT. (S. 3)

Gemeinden in Nöten: Wegen der Finanzmisere werden von nordrhein-westfälischen Städten immer mehr Grundstücke, Wälder und andere Vermögenswerte verkauft. 1983 nahmen sie damit 1,4 Milliarden Mark ein. (S. 8)

Sacharow: Der sowjetische Regimekritiker, der mit einem Hungerstreik die Ausreise seiner Frau in den Westen erzwingen wollte, befindet sich nach Angaben von Radio Moskau in guter Verfassung. Seine medizinische Versorgung sei voll gesichert.

Israel: Arbeiterpartei und Likud-Block sind sich einig, die israelischen Truppen in Südlibanon so schnell wie möglich abzuziehen. Damit ist ein entscheidender Fortschritt bei den Bemühungen um eine große Koalition erzielt worden. (S. 5)

Minen: Nach mehreren westlichen Ländern haben auch die Sowjets Minensuchboote ins Rote Meer entsandt. Sie sollen die Gewässer vor dem Verbündeten Südjemen absuchen. (S. 5)

UNIDO: Ohne Einigung über eine Schlußerklärung ging in Wien die vierte Konferenz der Organisation für Industrielle Entwicklung, die wichtigste Nord-Süd-Begegnung dieses Jahres, zu Ende.

Golfkrieg: Iran bereitet nach amtlichen Angaben eine neue Offensive vor. Tausende von Freiwilligen seien bereits mobilisiert worden.

Embargo: US-Präsident Reagan hat bekräftigt, daß er nicht an ein neues Getreide-Embargo gegen die UdSSR denke. Das von seinem Vorgänger Carter verhängte Embargo sei „zynisch und hirnverbrannt" gewesen und habe amerikanische Bauern härter getroffen als die Sowjetunion.

Heute: Beginn des Prozesses um die „Hitler-Tagebücher".

ZITAT DES TAGES



» Ich glaube nicht, daß wir das Arbeitskampfrecht mit einem neuen Korsett von Paragraphen überziehen sollten «

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) zu Überlegungen in der Koalition, das Streikrecht zu ändern
FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

USA: Das Wirtschaftsprogramm, das die Republikaner heute auf ihrem Parteitag in Dallas verabschieden wollen, gilt als das konservativste seit den 20er Jahren. Absoluten Vorrang hat die Fortsetzung und Ausweitung der wirtschaftlichen Erholung. (S. 10)

Nixdorf: Der Paderborner Computerhersteller weist für das erste Halbjahr einen Umsatzanstieg um 20 Prozent auf 1,263 Milliarden DM aus. (S. 11)

Frankreich: Das Bruttosozialprodukt ging im zweiten Quartal '84 um 0,3 Prozent zurück, nachdem es im ersten Quartal um 0,9 Prozent gestiegen war (saisonbereinigt, jeweils verglichen mit Vorquartal). (S. 10)

Steuern: Durch die geplante Steuerreform wird der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) 1988 auf 23,8 Prozent sinken. Dies wären nahezu ein Prozentpunkt weniger als 1978.

Börse: In einem insgesamt behaupteten Aktienmarkt kam es zu verschiedenen Sonderbewegungen. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 143,7 (143,8). Dollarmittelkurs 2,8708 (2,8613) Mark. Goldpreis pro Feinunze 349,30 (352,00) Dollar.

KULTUR

Gawrilow: Ohne nennenswerte Vorausreklame, fast versteckt, kehrte in London der russische Pianist Andrej Gawrilow nach fünfjähriger Abwesenheit auf ein westliches Konzertpodium zurück. (S. 15)

Expertenstreit: Eines der teuersten Gemälde in der Londoner Nationalgalerie, der Heilige St. Ivo, ist ins Gerede geraten. Das dem Flamen Rogier van der Weyden zugeschriebene Werk ist möglicherweise eine Fälschung. (S. 16)

SPORT

Leichtathletik: Wegen überhöhter Gagenforderungen haben die Veranstalter des Sportfestes in Zürich dem Hürden-Olympiasieger Ed Moses (USA) abgesagt. Die Organisatoren anderer großer europäischer Veranstaltungen wollen dem Beispiel Zürich folgen.

Boxen: Der dreimalige Olympiasieger im Schwergewicht, Teofilo Stevenson (32) aus Kuba, wird seine Karriere beim internationalen Turnier in Havana beenden. Die Verabschiedung im Ring soll durch den kubanischen Staatschef Fidel Castro erfolgen.

AUS ALLER WELT

Gescheitert: Nach 65 von 80 Kilometern mußte der Pole Boguslaw Kizak seinen Versuch aufgeben, als erster die Ostsee von Rügen („DDR") nach Trelleborg (Schweden) schwimmend zu überqueren. Er litt an starker Unterkühlung.

Aids: Der Blutspendedienst des Roten Kreuzes für Niedersachsen und Bremen lehnt Blutspenden aus Haftanstalten wegen Aids-Gefahr ab. Die fast immer tödlich verlaufende Seuche wird nach Ansicht von Medizinern durch homosexuelle Kontakte und Blutkonserven übertragen.

Wetter: Weiterhin sonnig und trocken. 23 bis 30 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Altenburg schlägt Erhöhung des Wehrdienstes auf 20 Monate vor

Vorbehalte der FDP / Auch Reduzierung auf 400 000 Mann wird erwogen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mehr als acht Stunden lang haben gestern im Bundesverteidigungsministerium die Staatssekretäre mit den führenden Generalen und Admiralen unter Leitung von Minister Wörner bei einer „Rüstungsplanerischen Bestandsaufnahme" über die Zukunft der Bundeswehr beraten. Entscheidungen will der Verteidigungsminister allerdings erst von einer bevorstehenden Konsultation mit Bundeskanzler Kohl und einem Koalitionsgespräch abhängig machen.

Generalinspekteur Altenburg, der mit der Planung beauftragt ist, hat dabei ein Gesamtkonzept für die Bundeswehr im Übergang in die neunziger Jahre mit einer Reihe von Alternativen vorgestellt. Dem Vernehmen nach sprach sich Altenburg dabei nach Abwägung aller sicherheitspolitischen Risiken für die Alternative Reduzierung des Friedensumfangs der Bundeswehr auf 450 000 Mann aus. Dies bedingt eine Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 20 Monate (heute 15) und setzt auch den Verzicht auf die Öffnung der Streitkräfte für freiwillig Dienst tuende Frauen voraus. Die Berechnungen und Planungen der Führungsstäbe auf der Hardthöhe haben erbracht, daß die Einrichtung von Dienstposten, auf denen vor allem Frauen in Uniform tätig sein könnten, finanziell sehr aufwendig wäre und in keinem angemessenen Verhältnis zum Ergebnis stünde. Diese Aussicht hat auch eine Reihe von Politikern der Koalition, die noch vor Monaten die Öffnung der Streitkräfte für freiwillig Dienst tuende Frauen propagiert hatten, zur Änderung ihrer Meinung gebracht.

Damit bleibt als das entscheidende Instrument der Personalplanung, die Reduzierung des Umfangs der Truppe in Grenzen zu halten, das Mittel der Verlängerung des Grundwehrdienstes. Ein Monat Verlängerung verstärkt die Truppe um rund 10 000 Mann. Daneben wirken sich die Veränderung der Tauglichkeitskriterien und die Überlegung, junge Männer vor ihrem Eintritt in Bundesgrenzschutz und Polizei zur Bundeswehr zu holen, weniger stark aus.

Als weitere Alternative wurde die Möglichkeit beraten, mit nur 18 Monaten Grundwehrdienst auszukommen. Unter dieser Voraussetzung würde sich der Friedensumfang der Bundeswehr mit Beginn der neunziger Jahre auch nicht mehr auf 450 000 Mann halten lassen. Er würde nach den vorliegenden Berechnungen auf 435 000 Mann sinken. Selbst diese Größenordnung wäre nach 1995, wenn die zahlenmäßig geringsten Geburtenjahrgänge wehrpflichtig werden, nicht mehr zu halten. Für die zweite Hälfte der nächsten Dekade zwingen die Fakten die Militärplaner, zu überlegen, ob die Bundeswehr dann auf einen Umfang von weniger als 400 000 Mann reduziert werden soll.

Trotzdem zeichnen sich aufgrund nicht veränderbarer Fakten – im Vordergrund steht dabei der Rückgang der Geburtenjahrgänge an wehrpflichtigen Männern – in der Bundeswehr tiefgreifende Veränderungen ab. Dabei hatte die gestrige Beratung das Ziel, die unvermeidbare Verringerung des Friedensumfanges der Bundeswehr so gering wie möglich zu halten und so die politischen Aus-

● Fortsetzung Seite 8

FDP nimmt Postminister ins Visier

Vorwurf: „Zickzack-Kurs" / Bedenken gegen Gebührensenkung für Kabelanschlüsse

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl soll den „eigenmächtigen postpolitischen Zick-Zack-Kurs" des zuständigen Ministers Christian Schwarz-Schilling beenden. Diese Forderung hat gestern der FDP-Abgeordnete Klaus-Jürgen Hoffie im Pressedienst seiner Partei erhoben.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, in Vertretung von Minister Bangemann (FDP) in einem Brief an den Postminister „aus rechtlichen Gründen" Bedenken gegen die Gebührensenkung für Kabelanschlüsse geltend gemacht hat. Bereits am 6. Juli hatte die Spitze des Ministeriums aufgrund der Beratungen auf Beamtenebene die Post darauf hingewiesen, daß eine Änderung der Fernmeldeordnung ohne Zustimmung des Postverwaltungsrates rechtlich nicht möglich sei. Ein Sprecher des Postministeriums wies gestern noch einmal diese Bedenken zurück. Er betonte, es handele sich um einen Betriebsversuch, für den keine Zustimmung des Verwaltungsrats erforderlich sei.

Dagegen bezeichnete Hoffie den vom Postminister angeordneten Betriebsversuch, durch den die Gebühren für den Kabelanschluß für größere Wohnanlagen auf bis zu 20 Mark verbilligt werden, als einen „postpolitischen Alleingang ohne gesetzliche Grundlage". Hoffie, der auch Mitglied des Postverwaltungsrats ist, erklärte, die Aktion sei nicht nur ohne Abstimmung mit dem Koalitionspartner, sondern auch ohne die gesetzlich vorgeschriebene Zustimmung von Postverwaltungsrat und Wirtschaftsminister initiiert worden. Eine schlichte Mitteilung an den Verwaltungsratsvorsitzenden reiche nicht aus.

Hoffie wörtlich: „Der Alleingang von Schwarz-Schilling desavouiert den Bundeswirtschaftsminister, dessen Einverständnis nach dem Gesetz erforderlich ist, den Postverwaltungsrat, den Postausschuß des Deutschen Bundestages und den Deutschen Bundestag selbst, der sich erst kürzlich mit einem Bericht des Bundesrechnungshofes zu den Kosten der Verkabelungspolitik kritisch auseinandergesetzt und die Zusage des Ministers erhalten hatte, künftig darauf zu achten, daß keine weitere Kostenunterdeckung entsteht."

In der Sache selbst hält die FDP die Überlegung des Bundespostministers, die Verkabelungsgebühren für größere Wohnanlagen gegenüber den erheblich teureren Einzelanschlüssen zu verbilligen, durchaus für richtig. Es müsse jedoch sorgfältig geprüft werden, zu welchen Preisen dies ohne Schaden für die Post geschehen könne. Staatssekretär Schlecht regt in dem Brief neue Gespräche auf Beamtenebene über die Gebühren an.

Strauß als Tourist in Albanien

ms. Bonn

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat seine Reise nach Albanien unter „touristischen Gesichtspunkten" angelegt. Das Visum bei der albanischen Botschaft in Wien hatte er sich von dem Münchener Mercedes-Repräsentanten besorgen lassen. Nach anfänglichem Zögern hatte sich Tirana dann schnell bereit erklärt, das Dokument auszustellen. Bundeskanzler Helmut Kohl war generell von Strauß über die Reiseabsichten informiert worden. Ob Kohl allerdings von dem Abstecher nach Tirana gewußt hat, ist offen. Strauß, so hieß es, habe zu keinem Zeitpunkt eine „Vermittlerrolle" zwischen Albanien und Jugoslawien angestrebt. Aber der CSU-Vorsitzende habe Indizien für eine eventuelle Öffnung Albaniens gegenüber dem Westen. Strauß wird von seinen Söhnen begleitet.

Seite 5: Viele Wechsel unter Hodscha

Parteitag der Republikaner in Dallas

rtr, Dallas

In der texanischen Stadt Dallas wurde gestern der 33. Wahlparteitag der Republikanischen Partei eröffnet. Die 2235 Delegierten werden morgen Reagan mit großer Mehrheit als „Präsidenten der Zukunft" zum Kandidaten für die Wahlen nominieren und auch die Kandidatur des amtierenden Vizepräsidenten Bush bestätigen.

Reagans demokratischer Herausforderer Walter Mondale soll auf dem viertägigen Nominierungskonvent der Republikaner als „Mann der Vergangenheit" porträtiert werden. Reagan wird am Donnerstag sein politisches Programm für die kommenden vier Jahre verkünden. In Sedalia im US-Bundesstaat Missouri hatte Reagan erklärt, er wolle sein Programm der allmählichen Steuererleichterungen und Kürzungen öffentlicher Ausgaben fortsetzen.

Seite 5: Manifest von Dallas

Wirtschaft gewinnt wieder Fahrt

Mk. Bonn

Die deutsche Wirtschaft wird nach Ansicht des Bonner Wirtschaftsministeriums in der zweiten Jahreshälfte wieder kräftig an Fahrt gewinnen. Dadurch könnten die Produktionsausfälle durch die Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie zu einem guten Teil wieder ausgeglichen werden.

Das Ministerium geht von einem Anstieg des Bruttosozialprodukts um 2½ bis drei Prozent in der zweiten Jahreshälfte aus. Damit könnte das von der Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht anvisierte Wachstumsziel von 2½ Prozent gegenüber 1983 doch noch erreicht werden. Die Lohnstückkosten seien zur Jahresmitte gesunken. Der private Verbrauch werde durch die kräftig gesunkene Inflationsrate gestützt.

Seite 9: Positive Vorausschau

Tausende verhungern in Uganda

M. GERMANI, Johannesburg

In jüngster Zeit dringen immer häufiger Berichte von Greueltaten und Massakern in Uganda an die Öffentlichkeit. Beschuldigt wird die ugandische Armee. Sie soll zum Beispiel Anfang des Monats mehr als hundert Menschen in einer Gedenkstätte für christliche Märtyrer ermordet und viele weitere verstümmelt haben.

In den Berichten katholischer und anglikanischer Missionare in Uganda wird das Regime von Staatspräsident Obote bereits als „schlimmer" als das des ehemaligen Diktators Idi Amin bezeichnet. Idi Amin war 1979 gestürzt worden, ihm folgten die Präsidenten Binaissa und Jusuf Lule und, nach einer umstrittenen Wahl 1980, Milton Obote.

Obote versuchte, das Land wirtschaftlich wieder zu stabilisieren, indem er die Empfehlungen des IWF und der Weltbank befolgte. Tatsächlich war anfangs auch eine gewisse Erholung zu verzeichnen. Politisch jedoch mußte Obote gegen verschiedene Guerrilla-Organisationen kämpfen, insbesondere gegen die „National Resistance Army" (NRA) seines früheren Verteidigungsministers General Museveni. Museveni erzielte in weiten Gebieten Ugandas so beachtliche Erfolge, daß die Armee im Februar vergangenen Jahres eine Großoffensive gegen die Rebellen begann, um die innere Sicherheit wiederherzustellen. Aber weder die Regierungssoldaten noch die Guerrilla konnten bisher die Oberhand gewinnen. Seither häufen sich die Berichte über Gewalttätigkeiten auf beiden Seiten.

Im Januar dieses Jahres wurden auch Mitglieder des Roten Kreuzes entführt und drei Schweizer und ein Brite auf der Straße von Kampala nach Entebbe erschossen. Im Februar überfiel die NRA mehrere Kasernen und erbeutete eine große Anzahl von Waffen.

Seit April werden die Lebensmittellieferungen des Roten Kreuzes und der Welthungerhilfe von der Armee in die Gebiete unterbunden, in die Zehntausende von Zivilisten vor den Kämpfen geflüchtet waren, die jetzt völlig mittellos auf Hilfe von außen angewiesen sind. Nach zuverlässigen Informationen sollen in den letzten drei bis vier Monaten mehr als 100 000 Menschen verhungert oder von der Armee umgebracht worden sein.

Diplomatische Beobachter in Uganda beschuldigen die Soldaten, jede Opposition unterdrücken zu wollen, indem sie die Menschen aushungern. Zweifel werden laut, ob Obote die Armee überhaupt noch kontrolliert.

Vizepräsident und Verteidigungsminister Muwanga gilt als starker Mann der Armee. Er sei auch in der Lage, Obote zu ersetzen, falls dieser einem Putsch zum Opfer fiele. Es gilt zwar als erwiesen, daß die Armee für die Greueltaten der letzten Monate verantwortlich ist. Ungewiß ist jedoch, ob sie auf Befehl Obotes handelt oder ob man es schon mehr mit Rache- und Willkürakten zu tun hat.

Die Armee setzt sich hauptsächlich aus den Stämmen des Nordens, den Niloten, zusammen. Diese benutzen offenbar die Gelegenheit, alte Stammesrivalitäten mit den Bagandas, die hauptsächlich in der NRA kämpfen, auszutragen.

Während der britischen Kolonialzeit bildeten die Bagandas aus Mittel-Uganda das Rückgrat der Armee und der Verwaltung. Obote selbst ist Nilote. Die Aussichten der Regierung in Kampala, zu einer Einigung mit den Guerrillas zu kommen, werden als überaus gering eingeschätzt.

DER KOMMENTAR

Achtzehn Monate

RÜDIGER MONIAC

Eherne Worte hat Manfred Wörner gestern gebraucht, um der Öffentlichkeit klar zu machen, welche Verantwortung für die Zukunft der militärischen Verteidigung auf ihm lastet. Die Bundeswehr ist das Unterpfand unserer Sicherheit, sagte er. Sie müsse auch in den neunziger Jahren einsatzbereit bleiben, damit der Frieden in Freiheit gesichert bleibe.

Dies ist ein hoher Anspruch; seine Verwirklichung kann nicht Sache des Verteidigungsministers allein sein. In der Pflicht steht die ganze Regierung, die Koalition. Und wer in der Dimension der Staatsräson denkt, darf die Bonner Opposition dabei nicht ausschließen.

Auch die SPD muß ihren Anteil beitragen, damit die Bundeswehr bekommt, was sie künftig braucht. Denn es wäre dem Gemeinwesen überaus abträglich, wenn die Sozialdemokraten 1987 etwa die Verlängerung der Wehrpflicht, wie sie angesichts der kommenden geburtenschwachen Jahrgänge unumgänglich ist, zum Wahlkampfthema machen würden. Der Versuchung, sich bei der Jugend einschmeicheln zu können, weil sie gegen achtzehn Monate Grundwehrdienst oder länger ficht, darf sie nicht erliegen.

Dies aber, verlängerter Grundwehrdienst, ist nur eine der Fragen, die zu entscheiden die Bundesregierung in den nächsten Wochen vor sich hat – wenn sie auch von größerer Brisanz sein dürfte als das Problem der Finanzausstattung der Streitkräfte. Fraglich aber ist das Geld für die Bundeswehr nicht minder wichtig. Denn davon hängt ab, ob der Verteidigungsminister die Handlungsfreiheit erhält, das Minus an Wehrpflichtigen mit Berufs- und Zeitsoldaten zu mildern und durch eine intelligente, gleichwohl aber auch nicht billige bessere Nutzung des Reservistenkontingentes wenn schon nicht den Friedensumfang, so doch den Umfang der Armee nach der Mobilmachung auf dem heutigen Stand zu garantieren.

Dies politisch durchzusetzen, finanziell abzusichern und organisatorisch durchzuplanen, fordert die besten Fähigkeiten aller Verantwortlichen. Wörner hat das Ziel vorgegeben.

„Glemp ließ sich auf Politik ein"

DW. Bonn

Der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Wilhelm Schätzler, hat in einem Interview des Deutschlandfunks die Äußerungen des polnischen Primas, Kardinal Jozef Glemp, kritisiert. Mit Blick auf die Worte des Primas, der in einer Predigt unter Hinweis auf deutschsprachige Messen in Polen erklärt hatte, man könne nicht mit gutem Gewissen Andachten in fremder Sprache für Menschen organisieren, die diese Sprache nicht kennen würden, erklärte Schätzler, Glemp habe die politische Bedeutung seiner Äußerungen wohl unterschätzt. Glemp, an den die Forderung nach deutschsprachiger Seelsorge in polnischen Diözesen, in denen Deutsche wohnten, herangetragen worden sei, müsse sich jetzt mit diesem Problem auseinandersetzen. Dabei habe er den Fehler gemacht, sich auf „diese rechtlich-juristische, auf diese politische Terminologie" eingelassen zu haben. Schätzler fuhr fort: „Aber ich möchte auch die Schuld darin sehen, daß man ihn mit dieser juristisch-politischen Terminologie bedrängt hat."

Als Antwort auf die deutschen Wünsche hat der Primas der Deutschen Bischofskonferenz die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission vorgeschlagen, um die Möglichkeit deutschsprachiger Seelsorge für deutschstämmige Polen zu erörtern. In einem Brief an den Vorsitzenden der Katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, verwies Glemp auf die Verpflichtung, Gottesdienste in der Heimatsprache anzubieten.

Seite 8: Dokument

Tass verkürzt Honeckers Interview

DW. Moskau

Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass wie auch die sowjetische Parteizeitung „Prawda" haben Teile des Interviews wiedergegeben, das der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker der Nachrichtenagentur ADN und zwei „DDR"-Zeitungen gegeben hatte. Dabei wurden einige Zitate ausgelassen, etwa die Erklärung Honeckers, es sei „besser, zehnmal zu verhandeln als einmal zu schießen".

Nicht nachgedruckt wurde auch der Satz, die „DDR" werde „auch künftig den Dialog mit den politisch Verantwortlichen in der BRD fortsetzen und mit allen zusammenarbeiten, die den Realitäten Rechnung tragen und sich von Vernunft und gutem Willen leiten lassen".

Tass zitierte den Staats- und Parteichef jedoch mit den Worten, angesichts der zugespitzten internationalen Lage gehe die „DDR" mehr denn je davon aus, daß „die Sicherung und Festigung des Friedens die alles überragende Frage" sei. Dies gelte besonders für die beiden deutschen Staaten und ihr Verhältnis zueinander.

Ausführlich wurden in der Tass-Zusammenfassung Honeckers Kritik an der Pershing-Stationierung und seine Klage wiedergegeben, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Revanchisten Fuß faßten. Die sowjetische Agentur faßte das umfangreiche ADN-Interview auf etwa ein Drittel seiner Länge zusammen und verbreitete es sowohl in ihrem russischsprachigen als auch im englischsprachigen Dienst.

Seite 8: Großes Echo

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gerechtigkeit für Bismarck

Von Günter Zehm

Ein Wortgespenst ist ins Gerede gekommen: der „Nationalstaat Bismarckscher Prägung". Die deutsche Wiedervereinigung, so versichern Bonner Politiker bis hinauf zum Bundeskanzler und zum Bundespräsidenten, bleibe zwar ein hohes Ziel unserer Politik, aber einen „Nationalstaat Bismarckscher Prägung" werde es nicht mehr geben. Was es statt seiner geben soll, wird nicht gesagt, und das ist vielleicht auch gar nicht schlimm. Denn wer vermag schon in die Zukunft zu blicken, wer vermag schon zu sagen, welche Organisationsformen zur Stunde Null der deutschen Freiheit sich anbieten werden?

Gegenüber den Formen der geschichtlichen Vergangenheit freilich ist höchstmögliche Exaktheit vonnöten. Und solche Exaktheit erfordert die Feststellung, daß das Bismarckreich, verglichen etwa mit der gleichzeitigen französischen Republik, keineswegs ein lupenreiner Nationalstaat im Sinne des 19. Jahrhunderts war. Es war ein typischer Bundesstaat, ein Zusammenschluß von Königreichen, Herzogtümern und Freien Hansestädten, die ihre Souveränität in den Bund einbrachten, aber zum Teil auch behielten, und weiterhin mancherlei eigene Gerechtsame wahrnahmen.

Abgesehen von den feudalen Verzierungen war das Bismarckreich also der heutigen Bundesrepublik Deutschland strukturell recht ähnlich, und es besteht nicht der geringste Grund, es im nachhinein als pure Vorgestrigkeit zu verketzern. Von den Gebresten des klassischen Nationalstaats à la 1789, dem strikten, provinzverödenden Zentralismus, war es weitgehend frei, und an Chauvinismus leistete es sich nicht mehr als zur selben Zeit Frankreich oder Rußland. Ein polnischer Reichstagsabgeordneter in Berlin hatte mindestens so viele Einflußmöglichkeiten wie ein bretonisches Mitglied der Pariser Nationalversammlung.

Das überhebliche Gerede vom angeblich ein für allemal überwundenen „Nationalstaat Bismarckscher Prägung" hat einen fatalen Nebengeschmack. Es klingt so, als müßten wir Deutschen uns gleichsam dafür entschuldigen, daß wir auf dem Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes beharren; auch hört man ultramontane, nachtarockende Tritte ans Schienbein *eines der klügsten, ausgleichendsten Staatsmänner heraus*, die Deutschland je gehabt hat. Man sollte sich stattdessen ein Beispiel an der Bismarckschen Gleichgewichtspolitik nehmen.

Wer lacht da?

Von Carl Gustaf Ströhm

Ein *US-Präsident, der sich bei einer Mikrofonprobe einen* nicht sehr glücklichen Scherz erlaubt, löst im Kreml, aber auch bei „fortschrittlichen" westlichen Kreisen wütendes Geschrei aus. Die Sowjets sollten sich daran erinnern, daß ihre eigenen Partei- und Staatschefs sich des öfteren Scherze geleistet haben, die Reagan in den Schatten stellen. Chruschtschow etwa prophezeite den Griechen öffentlich, ihr Land werde „wie eine Fackel brennen", wenn es nicht aus der NATO austrete. Bei seinem Amerika-Besuch 1959 ließ er die keineswegs *scherzhafte Bemerkung fallen: „Wir werden euch beerdigen."*

Den Vogel aber schoß Stalin ab. Auf der Konferenz von Teheran 1943 erklärte er, man solle die Schlagkraft Deutschlands für immer brechen, indem man fünfzigtausend deutsche Offiziere bei Kriegsende erschießen lasse. Als der britische Premier Churchill empört erklärte, sein Parlament werde so eine Ungeheuerlichkeit nie zulassen, wiederholte Stalin: „Fünfzigtausend Deutsche müssen erschossen werden!"

Daraufhin versuchte der damalige US-Präsident Franklin D. Roosevelt den Streit durch einen „Scherz" zu entschärfen: Als Kompromiß schlage er vor, nicht fünfzigtausend, sondern nur neunundvierzigtausend deutsche Offiziere zu erschießen. Stalin tat seinen Vorschlag schließlich als „Scherz" ab, aber Roosevelts Sohn Elliott sagte begeistert: „Ich begrüße Marschall Stalins Absicht wärmstens und zweifle nicht daran, daß die US-Armee dazu ihre Unterstützung leihen wird."

Weder dem Sohne noch dem Vater Roosevelt wurden diese „Scherze" angelastet – möglicherweise, weil sie Demokraten und nicht Republikaner waren wie Reagan. Was aber die Sowjets betrifft, so hat die ideologische Zeitschrift der KPdSU „Kommunist" in ihrer Juni-Ausgabe 1984 (Heft 9) erst wieder an Stalin erinnert: an seinen Ausspruch in Teheran, daß man Deutschland „niederhalten" müsse. Der größte Massenmörder des zwanzigsten Jahrhunderts (vierzig bis sechzig Millionen Opfer) als Kronzeuge für „friedfertige Außenpolitik" – das allerdings ist kein Scherz mehr.

Stört es Sie?

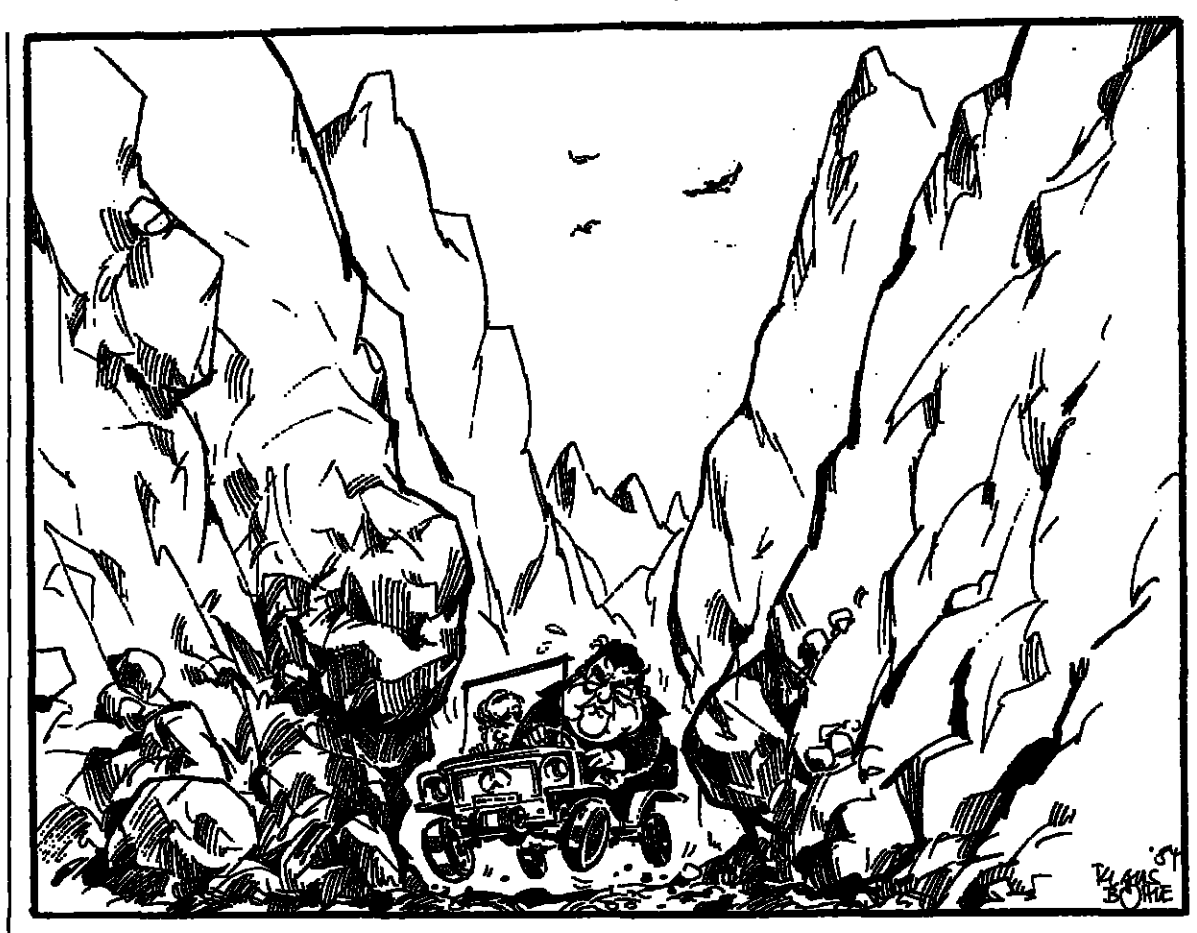
Von Eugen Wolmarshof

Ein SPD-Funktionär feiert einen anderen SPD-Funktionär. Das ist die Wirklichkeit des Monopolfernsehens heute, um dessen „Bestandsgarantie" die SPD so erbittert kämpft. Günter Gaus spielt Oskar Lafontaine sonntags abends servil die Stichwörter zu; stellen wir uns vor, Diether Stolze hätte eine Sendereihe, in der sich Strauß oder Albrecht mit sanft-getragener Stimme aus leidvoll geneigten Köpfen produzieren dürften – was würden Gaus, Lafontaine und Genossen sich aufregen!

Und zwar ist es die neue SPD, die das Medium im Griff hat; der Mann, der Schmidt „Helmut von Papen" nannte, hofiert den Mann, der Schmidt „Sekundärtugenden" attestierte, mit denen man auch ein KZ leiten könne. Die alte redliche Arbeiterpartei wird heute von zwei gepflegten Herren in modischen Anzügen („stört es Sie, wenn ich rauche?") vertreten mit so ungewollt selbstironischen Fragen wie: „Haben Sie kein Erbarmen mit den Menschen, die vom System, von der Werbeindustrie verleitet werden?" Oder man hört zum Thema Freiheit: „Vielleicht ist Lech Walesa freier als mancher Konsument in der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft." Dies von Oskar Lafontaine, der erklärt hat, er sei bereit, „wie ein Pole zu leben". Aber er lebt nicht wie ein Pole, und man sieht es.

Er durfte seine Abrüstungs- und Umweltpropaganda trommeln, ohne daß Gaus auch nur einmal journalistisch nachfaßte. Er durfte die Atombombenflugzeuge früherer Jahre als „verhältnismäßig harmlos" gegenüber der „unbeherrschbaren" Raketentechnik von heute hinstellen, ohne daß Gaus ihn an Filme wie „Fail safe" erinnerte, die uns die Unbeherrschbarkeit der Atombombenflugzeuge einzubleuen suchten. Er durfte umweltselig von „fernöstlichen Philosophien" wie dem *Buddhismus schwärmen, ohne daß Gaus den ehemaligen* Schüler katholischer Priester darauf hinzuweisen gewußt hätte, daß der Buddhismus nichts mit der Umwelt im Sinn hat, weil er deren Existenz leugnet.

Dennoch, die Sendung war nicht völlig Sinn-los. Die Art, wie Lafontaine dauernd der Ratio absagte und die Emotionen empfahl, das war eine Lehrstunde für diejenigen, die ihren Staat lieber vernünftig als blind regiert sehen möchten.



„Bei Hodscha – das ist eine prima Teilstrecke!" KLAUS BÖHLE

Glaube, Marx und Mode

Von Enno v. Loewenstern

Nach dem Konzil sei die Meinung aufgekommen, daß die bisherige theologische Tradition nicht mehr trage; „der Gedanke der Weltzuwendung und der Weltverantwortung schlug vielfach in einen naiven Wissenschaftsglauben um". *Diese Feststellung steht im* Mittelpunkt der Analyse, der Kardinal Ratzinger die sogenannte Theologie der Befreiung unterzogen hat (WELT vom 20. August). Immer wieder kommt das hochwichtige Dokument darauf, wie an die Stelle des Glaubens die „für wissenschaftlich sicher und unwidersprechlich" angesehenen Deutungen traten, wie sogar Bultmann „in der heutigen Exegese überholt" wurde: „Die marxistische Geschichts- und Gesellschaftsanalyse galt mittlerweile weithin als einzig ‚wissenschaftlich'."

Und zwar konfessionsübergreifend, wie Ratzinger betont – in der Tat, wer erinnert sich nicht jener schauerlichen „*Solidaritätsveranstaltung* für Bischof Scharf" am 6. Dezember 1974 in Berlin nach der Kassiberschmuggelaffäre, als etwa ein Professor Friedrich Wilhelm Marquardt unter brausendem Beifall die „marxistische Methode" pries und den „geisttötenden Antikommunismus" verdammte?

Freilich ist naive Wissenschaftsgläubigkeit nichts Neues in der Geschichte der Kirche; sie selber kanonisierte neben anderem das ptolemäische Weltbild und war dann tief getroffen, als ihr der Domherr Copernicus nachwies, daß die Erde sich um die Sonne dreht. Endgültig erschüttert wurde sie freilich vor 125 Jahren durch die explosivste Buchveröffentlichung der Geschichte, Darwins „Vom Ursprung der Arten". So unwichtig es ist für den Glauben an den allmächtigen und barmherzigen Schöpfergott, ob der Mensch nun in einem Tag erschaffen oder in siebzig Millionen Jahren aus dem Spitzhörnchen (Tupaiida) entwickelt wurde – die Kirche hatte sich nun einmal auf die wörtliche *Richtigkeit* von 1. Mose 1, 26–28 bzw. 2, 7 festgelegt. Da gab es erst erbitterten Widerstand – Bischof Wilberforce fragte den Darwin-Apologeten Thomas Huxley, welcher seiner Großeltern nun der Affe gewesen sei, und Huxley antwortete ebenso öffentlich, er wisse es nicht, aber ein Affe sei ihm als Vorfahr allemal lieber als der Hochwürdigste Lord Bischof – und dann Resignation. Seitdem wankt die Kirche unter den Schlägen der von Ratzinger so glänzend beschriebenen Hermeneutiker mit ihrer „vergegenwärtigenden" Auslegung der Bibel; Bultmann wollte gewiß nicht, darin wird Ratzinger *ihm gerecht*, *Karl Marx den Weg* bereiten, aber in der Praxis ist es so gekommen. Unzählige Würdenträger der Kirche lassen sich von einer Ersatzreligion vereinnahmen, wobei man stolz darauf ist, daß man sich von der „wissenschaftlichen Widerlegung" Gottes durch Marx grad extra nicht stören läßt. Jesus wird zum „ersten Kommunisten" umfunktioniert, wie es sich kein Marx und kein Spitzhörnchen je träumen ließen.

Neu ist daran freilich, daß die Kirche sich seit der Trennung vom Staat aus der aktiven Politik ausgeschlossen sieht und sich dennoch zum Mitreden verpflichtet fühlt, zumal da sie zum Mitreden verpflichtet wird von *denjenigen*, die am lautesten auf der Trennung von Kirche und Staat bestehen. Darin liegt eine Versuchung, populäre Parolen auszugeben, eben weil man für die Folgen nicht haftet.

Am peinlichsten zeigt sich das in der Ausländerpolitik, wenn die Kirchen für den Zuzug auch fast schon erwachsener „Kinder" eintreten um der „Familienzusammenführung" willen, aber selber nicht daran denken, ihre Kindergärten etwa mohammedanischen Türkenkindern zu öffnen. Diese jungen Ausländer können mit achtzehn ihre Eltern verlassen und eigene Wohnungen mit eigener Sozialfürsorge bzeiehen; diese gezielte Familienzertrümmerungspolitik wurde natürlich zuerst an den Deutschen exerziert, ohne daß man viel Widerstand von der Kirche erlebt hätte. Die Evangelische Kirche kurbelt seit zwei Jahrzehnten eine „wissenschaftliche Denkschrift" nach der anderen herunter, nur zu oft im Geist der Zeit und nur zu oft von den marxistischen Methodikern bejubelt; aber wenn die Katholische Kirche seriöse Warnungen ausspricht – gegen die Massenabtreibung oder, 1980, gegen die *Staatsverschuldung – rast der* liberale See und will sein Opfer haben.



Analysierte die „Theologie der Befreiung": Ratzinger FOTO: DPA

Es ist wohl so, daß Menschen, die zum Glauben als Berufsausübung erzogen werden, zu leicht geneigt sind, die vor Gott so angemessene Anweisung ins Diesseitige zu übertragen: „Ich will die Augen schließen und glauben blind." Gott ist für gewisse Kreise tot, Marx ist schick, und was ihn wissenschaftlich widerlegt, in Rußland oder Kuba, davor kann man die Augen schließen. Denn das ist das Schöne am Marxismus: er ist auch ein geschlossenes Glaubensgebäude. Da kann, wer geistlich unbehaust ist, bequem unter*schlüpfen und sich wärmend in* die neue Unwidersprechlichkeit hüllen.

Der Weg der Wahrheit dagegen ist steinig. Noch einmal: wer wider die Armut wirken will, muß, „wissenschaftlich" oder ganz einfach pragmatisch, in den reichen Ländern herausfinden, wie man es dort macht. Und er muß begreifen, daß freie soziale Marktwirtschaft zudem mehr ist als ein voller Bauch, sie ist alltägliche freiheitliche Praxis, auch gemäß der Freiheit des Christenmenschen. Der Sozialismus dagegen endet nicht zufällig als Staatsform stets in Terror und Unterdrückung. Nur: welcher Got*tesmann wagt* es, *das zu verkünden* und sich an das elektronische Kreuz von heute schlagen zu lassen? Sie mögen ihr Gewissen damit beruhigen, daß ihre Salonspiele hier nichts Schlimes bewirken müssen, solange die Wähler nur die richtige Politik an der Macht halten. Aber in der Dritten Welt kostet diese bequeme Weltzuwendung täglich viele Menschenleben.

IM GESPRÄCH Katharine Ortega

Eine Frau packte es

Von Thomas Kielinger

Auf den „Greenbacks", den amerikanischen Dollarscheinen, ist ihr Namenszug seit Herbst 1983 verewigt, als „Katharine Davalos Ortega, Treasurer of the United States". Die amerikanische Öffentlichkeit, noch weithin unvertraut mit der Frau, die als eine Art Münzdirektorin den Notendruck und -umlauf überwacht, erlebte gestern abend zur besten TV-Einschaltzeit Katharine Ortega am Rednerpult der Kongreßhalle in Dallas mit der Grundsatzrede zum Auftakt des republikanischen Parteitags.

Die Ehre, auf einem amerikanischen Parteitag den „Keynote speech" zu halten und damit gleichsam den Tenor dieser vierjährlichen Heerschau zu setzen, wird nicht leichtfertig vergeben. Es kommt vor allem auf die Persönlichkeit und das politische Kapital an, das von ihr der Partei zugeht.

Als Frau und Mitglied der hispanischen Minderheit in den Vereinigten Staaten kann Frau Ortega dem Eindruck entgegenwirken, *die Reagan-Administration* habe ihre Beziehungen zu Frauen und Minderheiten vernachlässigt. Doch wäre es zu billig, sich allein bei diesem vordergründigen Vorteil aufzuhalten. Frau Ortega verkörpert etwas für die Republikaner viel Sinnfälligeres als nur ihre Schubfach-Brauchbarkeit. Sie ist eine typische Verkörperung des amerikanischen Traums, genauer: des aus eigener Kraft betriebenen Aufstiegs durch das Chancenangebot der amerikanischen Gesellschaft.

1934 als jüngstes von neun Kindern einer hispanisch-amerikanischen Arbeiterfamilie geboren (in Alamogordo/Neu Mexiko), absolvierte Katharina Ortega ein Studium für Berufsschulpädagogik und plante ursprünglich, sich mit dem Unterricht von Kurzschrift, Maschinenschreiben und Basis-Business ihren Unterhalt zu verdienen. Enttäuscht von den mäßigen Verdienstaussichten, schloß sie sich statt dessen einer ihrer Schwestern an, die in Alamogordo ein Unternehmen für Wirtschaftsberatung aufgemacht hatte. Die beiden jungen Damen, inzwischen vereidigte Wirtschaftsprüferinnen, verwandelten ihr Unternehmen bald in eine Hypothekenbank mit einem Geschäftsvolumen von zwanzig Millionen Dollar.



Großes Land mit großen Chancen: Ortega FOTO: DPA

Das war für Katharine Ortega das Sprungbrett für eine Unternehmenskarriere in Kalifornien. In Los Angeles übernahm sie als erste Frau die Leitung der örtlichen Pan American Bank, um später die Santa Ana Statesbank vor dem Bankrott zu bewahren. Das liest sich wie ein Märchen, ohne den Arbeitseinsatz und die Zähigkeit einer außergewöhnlichen Frau zu würdigen, die zum Beispiel auch nicht vor dem Risiko zurückschreckte, einmal eine gesicherte Firmenposition aufzugeben, weil ein männlicher Mitarbeiter mit gleichen Qualifikationen wie sie ein besseres Gehalt bezog.

Ende der siebziger Jahre nach Neu Mexiko zurückgekehrt, wurde Frau Ortega politisch für Senator Pete Domenici tätig, der sie ans Weiße Haus weiterempfahl. Mehrere Beraterrollen in Kommissionen für Minderheiten-Business und Copyright-Fragen des privaten Fernsehens gaben ihr Bekanntheit und schließlich das Amt des US-Treasurers. Katharine Ortega, ledig geblieben, zieht vor Zuhörergruppen von Minderheiten gerne die klassische optimistisch-amerikanische Bilanz ihres eigenen Lebensweges: „Sie können ausgreifen, Sie können es packen, über Ihren Bereich hinausgelangen. Dies ist ein großes Land mit großen Chancen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE FIGARO

Zum Kongreß der Republikanischen Partei in Dallas bemerkt der frühere französische Außenminister Jean François-Poncet in dem Pariser Blatt:

Das Wesentliche seines Erfolges ... liegt darin, daß die ohne Unterlaß von Ronald Reagan herausgestellten traditionellen Werte wie Heimat, Religion, freies Unternehmertum, Mißtrauen gegenüber dem Staat sich zu dem grundlegenden Streben der Vereinigten Staaten von heute gesellen, die wieder optimistisch, patriotisch, unternehmungslustig und religiös geworden sind. Unterstützt von den Umständen, hat Reagan Amerika das Vertrauen zurückgegeben ... Wenn der Präsident populär ist, so deshalb, weil er trotz seiner 73 Jahre ein geheiltes, verjüngtes und wiederversöhntes Amerika darstellt. Die fünf Millionen Zuschauer, die in Los Angeles „USA, USA" riefen, feierten nicht nur den Triumph ihrer Athleten. Für Europa ist die Botschaft klar. Ein gefährlicher Graben entsteht zwischen ihm, das in der Stagnation, dem technologischen Rückstand, der Arbeitslosigkeit, den Kirchturm-Streitereien verharrt, und den Vereinigten Staaten, die in Siegerstimmung auf die Jahrhundertwende zugehen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Absicht der Sowjetunion, Reagans Rundfunkscherz vor die UNO zu bringen, wird in dem Blatt kommentiert:

Man kann sich nur wundern, daß die Sowjets es skandalös finden, daß der amerikanische Staatschef am Rande und im Spaß jene Äußerungen getan hat, die sie selbst immer wieder und auf die ernsthafteste Weise der Welt in den Mund nehmen. Was sind denn die von Tschernenko, Gromyko oder den Marschällen Ustinow oder Ogarkow ausgesprochenen apokalyptischen Drohungen, wenn nicht „Angriffe von einer Feindseligkeit ohnegleichen", die „gefährlich für den *Frieden" sind?* ... Der *Zynismus* der Sowjets ist gewalttätiger als ihr Sinn für Humor ...

KURIER

Zur Unido-Konferenz in Wien schreibt die Wiener Zeitung:

Nach fast drei Wochen Dauer ist in Wien die Unido-Konferenz verlängert worden. Es wurde weiter um eine Lösung gerungen. Freilich nicht um eine praktikable Lösung der Probleme der industriellen Entwicklung in der Dritten Welt, um die sich die Unido kümmern soll, sondern um die Formulierung der Schlußerklärung. Die Entwicklungsländer wollten die Schuld an ihrer Misere den Industriestaaten und vor allem den USA zuschieben. Diese aber wollen sich das nicht mehr gefallen lassen. Sie meinen, den Entwicklungsländern ginge es besser, wenn sie in die Landwirtschaft, in Straßen und Eisenbahnnetze investiert hätten anstatt in industrielle Prestigeprojekte, die nicht funktionieren. Den Delegierten hat es in Wien gut gefallen, die Mehlspeisen wurden allgemein gelobt. Die Verzögerung ist also kein Malheur.

Auch Schwarze sind gern apart – von den Zulus

Warum die Liberalen in Natal für Bothas Modell stimmten / Von Monika Germani

Gatsha Buthelezi, Chefminister des mit sechs Millionen Einwohnern bevölkerungsmäßig größten südafrikanischen „Heimatlandes" Kwazulu, weigert sich standhaft, eine von Pretoria gewährte Unabhängigkeit anzunehmen. In einem Gespräch mit ausländischen Journalisten betonte er, Südafrika sei zwar unwiderruflich auf dem Wege zu einem multirassischen Staat, doch ändere die neue Verfassung, die Anfang September eingeführt wird, nichts daran, daß 22 Millionen Schwarzen die Mitbestimmung versagt bleibe.

Damit lehnt Buthelezi die südafrikanische Politik der „getrennten Entwicklung" ab. Es soll keine einzelnen Heimatländer geben, sondern ganz Südafrika soll *ein* Staat bleiben, der von der Mehrheit regiert wird.

Insgesamt gibt es zehn Heimatländer, von denen seit 1976 vier (Transkei, Bophutatswana, Venda und Ciskei) die Unabhängigkeit haben, die allerdings von keinem Land der Welt anerkannt wird. Buthelezi erklärt, er glaube an die Möglichkeit einer Konsenspolitik unter Mitwirkung aller politischen Parteien und Rassen. Erster Schritt sei die Vereinigung von Kwazulu mit der Provinz Natal.

Die Absicht einer Vorherrschaft bestreitet Buthelezi, dessen Zulu-Vorfahren unter König Shaka ganz Natal unterwarfen. Er sieht „Inkhata", eine kulturelle schwarze Organisation mit fast einer *Million* Mitgliedern, als einigenden Faktor für das ganze Südafrika. Eine Frage nach dem Anteil der Zulus in ihr beantwortet er nicht. Er wird auf – 99 Prozent geschätzt.

So muß Buthelezi sich den Vorwurf, ein Zulu-Imperialist zu sein, nicht nur von vielen Weißen, sondern auch von den meisten schwarzen Völkern anhören – auch diese fürchten seine Vorherrschaft. Die Inder wiederum, die seit 1860 als billige Arbeitskräfte in die damalige englische Kolonie Natal kamen, sehen die Entwicklung auch mit gemischten Gefühlen. Sie kennen das Schicksal ihrer Landsleute im Uganda der Ära Amin, nach der Unabhängigkeit in Tansania und Kenia. Sie erinnern sich an die Massaker von Zulus an den „ausbeuterischen" (weil als geschäftstüchtig geltenden) Indern in Durban 1949 und wieder 1953.

Seit der Gründung der Südafrikanischen Union 1910 ist Natal die kleinste der vier südafrikanischen Provinzen, mit knapp 600 000 vorwiegend englischsprechenden Weißen. 85 Prozent der 800 000 Inder Südafrikas (der größten indischen Gemeinde auf dem afrikanischen Kontinent) leben dort, hauptsächlich im Umkreis der Hafenstadt Durban, der wichtigsten Verbindung des Industriegebietes von Johannesburg. Mit den rund 91 000 Kap-Farbigen (Mischlingen) werden Weiße und Inder an der künftigen Regierung zusammenarbeiten – während die Zulus ihre Staatsbürgerrechte in Kwazulu ausüben. Die Weißen in Natal hatten Premier Botha die meisten Ja-Stimmen beim Referendum gegeben. Prof. Kleynhans, ein führender Politologe des Landes, definierte das Ergebnis als „einen sicheren Hafen gegen die schwarze Vorherrschaft". *Und darin liegt eine höchst* peinliche Pointe für die Liberalen in aller Welt. Denn der Erfolg von Premier Botha beim Referendum steht im Gegensatz – möchte man meinen! – zu der Tatsache, daß Natal die Hochburg der liberalen Parteien des Landes ist. Die Progressive Partei hatte die Ablehnung der neuen Verfassung gefordert, da sie *die Schwarzen nicht an der Regierung* beteilige.

Seit dem Ausfall Moçambiques und Rhodesiens ist die Natalküste begehrtes Reiseziel der wohlhabenden Transvaaler geworden. Die Häfen Durban und Richards Bay sind die Lebenslinie für die Industrieprodukte des Witwatersrand. Sie würden, bei einer Vereinigung des weißen Natal mit Kwazulu, die Exportwege der Industrie- und Minenprodukte in die Hände der Regierung Buthelezi legen. Dieser behauptet, ein Kabinettsminister in Pretoria habe ihm bereits ganz Natal angeboten, falls er dafür die Unabhängigkeit dieses Groß-Kwazulu akzeptiere.

Buthelezi, während der fünfziger Jahre selbst Mitglied des inzwischen verbotenen ANC, spricht sich gegen eine gewaltsame Lösung und Terrorismus aus, warnt dagegen vor sozialen Unruhen und Streiks. Doch die meisten Anschläge der kommunistischen Untergrundbewegung der letzten Monate fanden in Natal statt. Es wäre interessant, in Natal die Bereitschaft nicht etwa nur der Schwarzen zu einer Mehrheitsregierung mit Minderheitenschutz und einer vernünftigen, die Wirtschaft nicht ruinierenden Verwaltung zu testen. Es wäre auch interessant, die Bereitschaft der Zulus zu einer Respektierung der übrigen schwarzen Völker zu testen, von den Xhosa bis zu den Venda. Die meisten sogenannten Südafrikaexperten in Europa haben keine Ahnung, wie differenziert sich das angeblich so simple Problem der Apartheid den Afrikanern aller Schattierungen und Gruppen selber darstellt. In Durban jedenfalls sind es die Liberalen, die eine schwarze Mehrheitsregierung verhindern.

„Nein, an Rücktritt habe ich nicht gedacht“

Ignaz Kiechle hat wegen seiner Agrarmarktpolitik in Brüssel, die eine Abkehr von der „unsinnigen Überproduktion“ bewirkt, viel Prügel einstecken müssen. Bauern haben einen Sturmlauf gegen ihn inszeniert. Parteifreunde sind auf Distanz gegangen. Kiechle aber ist von der Richtigkeit seiner Politik überzeugt: „Nein, an Rücktritt habe ich nicht gedacht.“

Von MANFRED SCHELL

Die Verabredung mit dem Bundesernährungsminister für ein freimütiges Gespräch wurde binnen 24-Stunden-Frist per Telefon getroffen. Ignaz Kiechle, dessen Familie in Kempten im Allgäu zu Hause ist, hatte sich in den „Jägerwinkel“ in Bad Wiessee zurückgezogen, um im Urlaub „abzuspecken“ (15 Pfund) und „abzuschalten“. Kiechle ist durch die Ereignisse der zurückliegenden Wochen nicht geknickt. Auch sein Selbstbewußtsein hat nicht gelitten. Aber der gewichtige und ebenso sensible Mann, von dem manche meinen, er sei zu ehrlich für das politische Geschäft, ist nachdenklich geworden.

Ob er enttäuscht oder verbittert ist? Kiechle: „Beides trifft es nicht ganz.“ Aber er habe „zur Kenntnis nehmen müssen“, daß in der „Politik auch andere Elemente“ zählen.

Wie ist einem Minister zumute, der, selbst Bauer, für die Berufskollegen das Beste will und dann geprügelt wird? Kiechle: „Wenn ich nicht wüßte und ich nicht innerlich davon überzeugt wäre, daß ich ein Konzept habe, das den Bauern wieder die Möglichkeit von Preisspielräumen eröffnet, die bisher von der Mengenproduktion zugebaut sind, dann könnte man diese Kritik vermutlich nicht allzu lange durchstehen. Ich meine die Kritik, die von denen kommt, die man als Freunde betrachtet und für die man arbeitet.“ Was zählt letztendlich in der Politik? Kiechle antwortet, wie er sagt, „ungeschützt“: „Letztendlich zählt, das ist meine Erkenntnis, angedeutetes oder absehbares Wählerverhalten mehr als eine der Sache dienende, korrekte, von Überzeugung getragene Entscheidung. Oder mit anderen Worten: Der hehre Spruch, es kommt in der Politik darauf an, Vertrauen durch Leistung, Klarheit und Sachgerechtigkeit zu erwerben, stimmt schon. Aber er darf nicht überstrapaziert werden.“

WELT: Manche werfen Ihnen vor, Sie hätten sich in Brüssel über den Tisch ziehen lassen, zum Beispiel beim Grenzausgleich?

Kiechle: „Da könnte ich Ihnen genügend Leumundszeugen beibringen, die nicht dieser Auffassung sind. Fragen Sie doch einmal meine ausländischen Ministerkollegen. Aber ich kann nicht per Beschluß aus Überschüssen eine Mangellage schaffen oder fehlendes Geld hervorzaubern. Ich bin als Feuerwehrmann nach Brüssel gekommen, da hat das Haus schon gebrannt. Den Grenzausgleich haben wir abgeschafft, weil er in Wirklichkeit dafür verantwortlich ist, daß die deutschen Bauern an vorletzter Stelle der Einkommensentwicklung in der EG stehen. Mir ging es im Interesse der deutschen Bauern um eine Systemänderung. Ich bin sicher, daß die Bauern den Erfolg und die Richtigkeit meiner Politik schon 1986 erkennen werden.

WELT: Sie meinen damit die Überschußproduktion?

Kiechle: Der Überschußgedanke hat zu lange dominiert. Jahrelang hat man, um ein Beispiel zu nennen, den Bauern eingeredet, je mehr sie produzieren, desto besser. Man hat ihnen gesagt, mit 20 Kühen bist du nicht lebensfähig, mit 40 Küchen hat man einen vorläufig sicheren Betrieb, aber am besten wären gleich 60 Kühe. Das war „Idiotie“, und das werde ich auch den Bauern sagen, und ich bin sicher, daß sie, die wirtschaftlichen Sachverstand haben, dann nicht mehr mit Pfeifkonzerten antworten werden. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Hier in der Gegend von Tegernsee macht eine Bäuerin maßlos gegen mich und auch die CSU Stimmung. Sie hat ihren Betrieb von 30 auf 90 Kühe aufgestockt, sich verschuldet und leitet jetzt daraus den Anspruch ab, der Staat hätte jetzt Garantien zu übernehmen. Das ist nicht meine Politik. Es geht ja wohl nicht, daß jemand sagt, ich will 450 000 Kilogramm Milch produzieren, und der Staat hat gefälligst dafür zu sorgen, daß ich sie zu einem guten Preis verkaufen kann.

Kiechle hat viele Beispiele parat, um die Unsinnigkeit der Überproduktion in der EG zu belegen. „Jeder vierte Liter Milch ist in Europa nicht mehr verkäuflich, und deshalb müssen wir zurück.“ Schließlich müsse ja verkauft und nicht nur produziert werden. Kiechle: „Ein Bäcker kann auch nicht sagen, ich produziere 5000 Brötchen, und wenn das Dorf nur 3000 abkauft, dann muß der Bürgermeister den Rest kaufen.“

WELT: Wie stellt sich zur Zeit die Überschußproduktion dar?

Kiechle: Wir haben im Augenblick 1,2 Millionen Tonnen Butter in den Kühlhäusern Europas. Die größte Menge, die es je gab. Wir könnten damit Deutschland drei Jahre lang versorgen. Wir lagern 900 000 Tonnen Magermilchpulver, 300 000 Tonnen Rindfleisch und 5,6 Millionen Tonnen Getreide. Diese ganzen Vorräte sind nicht bezahlt. Die sind auf Kredit vorfinanziert.

WELT: Was kostet das?

Kiechle: Die Vorratshaltung kostet pro Jahr 900 Millionen Mark nur an Zinsen. Der Warenwert liegt bei 17 Milliarden Mark. Das Geld kommt erst wieder herein, wenn diese Mengen abgerufen, exportiert werden, vielleicht durch Sonderaktionen.

WELT: Also wiederum billige Butter für die Sowjetunion?

Kiechle: Friedlich ist das Produkt jedenfalls, und zu Schießpulver kann man es nicht umwandeln. Aber Spaß beiseite: Sonderbedingungen darf es dabei nicht geben.

Der Minister will die Abkehr von einer Agrarpolitik der EG, die auf Großbetriebe angelegt ist. „Die Agrarfabrik“ auf dem Milchsektor sei seit dem 1. April „tot“. Jedenfalls könnten keine neuen mehr entstehen. „Daraus erwächst, jedenfalls im Laufe einer gewissen Zeit, vielleicht in fünf Jahren, ein indirekter Schutz für mittlere und kleinere Betriebe.“ Seine Politik, so sagt Kiechle überzeugend, sei dagegen gerichtet, diese Betriebe „einfach auf die Sterbeliste zu setzen“. Die Tatsache, daß der Staat die Überproduktion „gekauft und dann wieder verscherbelt hat, hat diesen Verdrängungswettbewerb zugedeckt“. Nicht die Bauern, aber so mancher andere habe dabei kein schlechtes Geschäft gemacht. Kiechle setzt auf die Einsicht und die Vernunft der deutschen Bauern. Er sagt ihnen, daß die Restriktionen nicht nur für die Milch, sondern auch für andere Produkte in anderen Ländern gelten. Für Rosinen, Tomaten zum Beispiel. Ob er weiter auf Bauernveranstaltungen gehen wird, auch wenn dort gepfiffen und gebuht wird? Kiechle: „Ja, selbstverständlich gehe ich hin.“ Er hat den Eindruck, daß die Darlegung der „Sachlage“ nachdenkliche Zuhörer beeindruckt.

WELT: Haben Sie in den zurückliegenden Wochen an Rücktritt gedacht?

Kiechle: Nein, an Rücktritt habe ich nicht gedacht. So etwas könnte mir nur in den Sinn kommen, wenn ich das Gefühl hätte, der Bundeskanzler steht nicht mehr hinter mir. Ich glaube schon, daß ich das Vertrauen des Bundeskanzlers habe, der sich in diesen Fragen – über den Agrarmarkt hinaus – sehr engagiert, weil er die europäische Perspektive weiterzieht. Aber lassen Sie mich ein persönliches Wort anfügen. Die Freude an der Arbeit würde schon gedämpft, wenn Leute, die ich immer als Freunde, als Mitstreiter angesehen habe, plötzlich zu Gegnern werden. Ich hoffe nicht, daß der eine oder andere die derzeitige psychologische Situation der Bauern mißbraucht.

WELT: Wie ist Ihr Verhältnis zu Franz Josef Strauß?

Kiechle: Der Parteivorsitzende hat mir gegenüber kaum Kritik geübt. Er hat Fragen gestellt. Er versteht sehr wohl meine Zielsetzungen, auch die Zwänge. Er hat mir gesagt, man muß in der Demokratie auch darauf achten, daß nicht selbst sachlich notwendige Dinge in einem Zeitraum oder in einer Form vollzogen werden, die zu Wählereinbrüchen führen könnten. Ich setze darauf, daß sich meine ehrliche und sachgerechte Politik durchsetzen wird.

In Bonn hatte es in jüngster Zeit viele Gerüchte, Spekulationen gegeben. Strauß, so wurde kolportiert, habe intern einen Rücktritt von Kiechle angeregt. Strauß habe Helmut Kohl zu verstehen gegeben, daß Kiechle nicht „dem Konto“ der CSU angerechnet werden könne. Zu all dem schweigt Kiechle in dem WELT-Gespräch. „Mir gegenüber sind diese Aussagen von Führungspersönlichkeiten nicht gemacht worden. Ich habe das nur gelesen, daß manchmal solche Ideen schon in Worte gekleidet worden sein sollen.“

Kiechle ist entschlossen, für seine Politik und damit letztlich auch für sein politisches Amt zu kämpfen. Daran läßt er keinen Zweifel. Er selbst führt die im politischen Geschäft schon mal zu hörende Formulierung ein, ob es nicht gut sei, „wenn einer für das Volk stirbt“. Das Volk könnte in diesem Fall die CSU und ihre Wählerschaft sein, die zur Zeit aufgebracht ist. Kiechle: „Ich habe nicht die Absicht, Opferlamm zu spielen. Und zweitens denke ich nicht daran, einen Watschenbaum abzugeben.“ Watschenbaum? Kiechle erläutert: Unter „Watschenbaum“ versteht man bei uns in Bayern eine Einrichtung, an der bestimmte Leute ihre Wut, ihre überschäumenden Kräfte abreagieren können. Kiechle: „Ich bin kein Watschenbaum.“ Ansonsten freut er sich auf die Rückkehr am 3. September nach Bonn. Die letzten Ferientage sind der Familie, die eisern zu ihm hält, gewidmet.



Der Allgäuer Bauer und Bonner Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle hat es nicht leicht mit seinen Standesgenossen und einem Teil seiner Parteifreunde FOTO: SCHULZE-VORBERG

Der 50. Stern im Banner der USA feiert Geburtstag

Heute vor 25 Jahren wurde Hawaii der 50. Staat der USA. Die Inseln, etwa 4000 Kilometer von der amerikanischen Küste entfernt, sind für den Westen von großer strategischer Bedeutung.

Von CONRAD ANDERS

Die Vorgeschichte für die Unterschrift Eisenhowers beginnt lange vor Pearl Harbor, eigentlich schon mit der Wiederentdeckung 1778 durch Cook und mit der Entwicklung der beiden zukünftigen Machtrivalen, also mit der Industrialisierung Japans seit der Meijizeit und, auf der anderen Seite dieses größten Ozeans, mit der Besiedlung Kaliforniens. Amerika hatte nun eine zweite Küste zu sichern, und Hawaii, die am weitesten vom nächsten Festland entfernte Inselgruppe der Welt, bildete die Spitze eines strategischen Dreiecks, dessen Basis von Panama bis zu den Aleuten reichte. Die Londoner „Times“ prophezeite schon zu einer Zeit, als Großbritannien noch als Schutzmachtkandidat der Inseln galt: „The maritime power that holds the Pearl River (die große Hafenbucht bei Honolulu) and moors its fleet there, possesses the key to the Northern Pacific.“ Daraus erwuchs Hawaiis Schicksal.

Ein langes Tauziehen um die aus der Steinzeit gerissenen Inseln begann. Britische, französische und russische Interessen konkurrierten, bis amerikanischer Einfluß die Oberhand gewann. 1849 unterzeichnete das polynesische Königreich seinen ersten Vertrag mit den USA. Fünf Jahre später öffnete der amerikanische Kommodore Perry Japan für den Westen, weckte somit den künftigen Rivalen. 1887 pachteten die USA Pearl Harbor als coaling station. Ohne diese Nachschubbasis wäre Admiral Deweys Flottensieg 1898 in den Philippinen, 4000 Kilometer von Kalifornien entfernt, undenkbar gewesen. 1893 stürzte die hawaiische Monarchie, 1900 wurde die Annektion an Amerika unterzeichnet.

Zum Inferno von Pearl Harbor im Dezember 1941 trugen auch die Amerikaner bei durch die – absichtlich oder unabsichtlich – sorglose Ankerung ihrer Pazifikflotte von 97 Schiffen auf engen zwei Kilometern, als die japanischen Torpedos fielen. So effektiv der Schock über die Verluste auch war, um ein unentschlossenes Amerika in eine aus Roosevelts Sicht unumgängliche Auseinandersetzung einzubringen, historisch wesentlich bleiben, über bloße Anlässe hinaus, die Ursachen, die zu Amerikas Kriegseintritt führten. Dazu gehören sowohl Japans langer Eroberungskrieg in China und Südostasien als auch Amerikas Antwort: Kündigung eines für Japans Kriegsmaschinerie lebenswichtigen Handelsvertrages, Einfrieren japanischer Guthaben, Öl- und Schrottembargo und schließlich das Ultimatum, Japan solle alle besetzten Gebiete räumen, Entschädigung zahlen und – Gesichtsverlust – sich öffentlich entschuldigen. Rivalität zweier Großmächte – Hawaii bekam die ersten Kostprobe der Folgen.

Roosevelt wird schon viele Jahre vorher Amerikas Kriegseintritt für notwendig erachtet haben, wollten die USA mit ihrer großen Arbeitslosenzahl nicht von den ergiebigsten Absatzmärkten der Erde ausgeschlossen werden. Deutschland und Japan faßten in ihren Bereichen fast 900 Millionen Menschen zusammen, einschließlich 70 Prozent aller industriellen Facharbeiter der Welt. Japan verfügte nach Eroberung der malaiischen Staaten und Niederländisch-Indiens über 95 Prozent des Rohgummis, 80 Prozent der Reisfelder und 70 Prozent allen Zinns. Die Dreierpaktmächte Deutschland, Italien und Japan erzielten schon Ende 1941 höhere Produktionsquoten als Amerika.

Es kam es zum großen Kriege und blutigen Schlachten im Pazifik, von denen Europa bisher wenig erfahren hat. Nur das Ende ist in aller Bewußtsein: Hiroshima und Nagasaki.

War es das Ende? Oder haben nur die Gegner gewechselt? Russsiche Abhörschiffe liegen vor der Dreimeilenzone mikronesischer Testlagunen. Rußland betreibt eine spektakuläre Verstärkung seiner Pazifikflotte. Noch ist Vietam nach Wladiwostok ihr einziger Stützpunkt, denn bisher haben alle Südseeinseln russische Basisbegehren abschlägig beschieden, während die USA mit Häfen, Flugplätzen und Nachrichtenstationen in Japan, den Philippinen, Mikronesien und Diego Garcia noch im Vorteil sind.

Nicht Brüssel beherbergt die größte militärische Kommandozentrale des Westens, sondern Hawaii: CINCPAC (Commander in Chief, Pacific) unterstehen Verbände, die über den halben Erdball gestreut sind, von Kalifornien bis über den Indischen Ozean. Rußland hat seit 1791 keine Seeschlacht mehr gewonnen; jetzt mag es aufholen wollen. Die Kosten/-Nutzen-Rechnung dieser teuren und schnellen Seerüstung im Pazifik gibt dem Westen ernste Rätsel auf. Als plausibelste Erklärung bietet sich die wachsende Bedeutung dieses Großen Ozeans an, der ein Drittel der Erdoberfläche deckt, größer ist als das Land aller Kontinente, und vor allem, in dessen Anrainerstaaten zwei Drittel der Menschheit leben.

Schon vor über hundert Jahren prophezeite der damalige amerikanische Außenminister Seward: „Das Mittelmeer ist das Meer der Vergangenheit, der Atlantik das Meer der Gegenwart, der Pazifik das Meer der Zukunft.“ Diese Zukunft hat schon begonnen: Über 50 Prozent des Weltbruttosozialprodukts erstellen Anrainerstaaten des Pazifik. Eine Analyse der EG-Kommission stellte kürzlich fest, der pazifische Raum werde sich „im 21. Jahrhundert zur dominierenden wirtschaftlichen Zone der Weltwirtschaft entwickeln“, werde in den kommenden zwei bis drei Jahrzehnten „den in den letzten 200 Jahren dominierenden atlantischen Raum als Motor des technischen Fortschrittes und damit der Weltwirtschaft teilweise ablösen.“

Die Dynamik asiatischer Schwellenländer erweist sich unter anderem auch darin, sterbenden Industrien bewußte Sterbehilfe zu leisten, während Europa sich ruiniert, um sterbende Industrien mit teuren Subventionen über den natürlichen Tod hinaus zu erhalten. Japan bleibt ein Paradebeispiel der „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter). – Allein der 266 Millionen Menschen zählende ASEAN-Markt weist nach den Golfstaaten schon seit zehn Jahren die höchsten Wachstumsraten auf. Im Export auf diese Märkte rangieren Japaner und Amerikaner vor der EG. Eine neue weltweite Arbeitsteilung verlagert die traditionellen Handelsströme. Neue Kulturströme werden folgen. Zukünftige Weltkarten mit dem Pazifik in der Mitte werden es Schulkindern schwer machen, das kleine Europa links oben am Kartenrand zu finden.

Das sehr kleine Hawaii, mitten auf dieser Karte, besitzt auf seinem Universitätsgelände seit 1959 ein East-West-Center, das die Interessen und Kulturen der verschiedensten Völker zusammenführt. Keine geeignetere Umgebung ist denkbar: Die Inseln weisen über 80 verschiedene Rassenkombinationen auf, die alle – besonders wegen ihrer gemeinsamen neuen Muttersprache – friedlich zusammenleben.

Der Studienplatz für Medizin kostet 300 Dollar

Ungarn und Rumänien – und bald auch die „DDR“ – bieten Abiturienten aus der Bundesrepublik Medizin-Studienplätze an. Gegen harte Devisen. Die ersten Erfahrungen sind überwiegend positiv.

Von R. GORENFLOS

Im nachhinein bereue ich es fast, aus Budapest weggegangen zu sein“, meint Bettina Münch aus Immenhausen. Auch Annette Hahn aus Gießen hielt sich gerne in der Balkanmetrople auf. „Es fällt nicht leicht“, erzählt sie, „sich in Deutschland wieder zurechtzufinden.“

Beide haben an der Semmelweis-Universität in Budapest fast ein Jahr lang Medizin studiert. Im vergangenen Sommer schien für sie die Hoffnung auf einen Studienplatz nach der Ablehnung durch die ZVS vorerst zerstoben. Doch dann erfuhren sie „per Zufall“ von einem Angebot, das der ungarische Staat zum ersten Mal an 120 Studenten aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz machte. Gegen eine Studiengebühr von 300 US-Dollar pro Monat, erhält man dort eine komplette medizinische Ausbildung, die an deutschen Lehrplänen und Prüfungsordnungen orientiert ist.

Damit schloß sich Ungarn einer Praxis des sozialistischen Bruderlandes Rumänien an, wohin schon seit langem angehende Ärzte, denen ein Studienplatz in Deutschland versagt blieb, ausweichen.

Der feine Unterschied: In Budapest werden die Kurse in den ersten beiden Jahren auf Deutsch abgehalten. Im dritten Studienjahr wird teils Ungarisch teils Deutsch gesprochen, und erst vom vierten Jahr an gilt Ungarisch als alleinige Unterrichtssprache.

Da es auch für die Semmelweis-Universität mehr Bewerber als Plätze gibt, wird nach Aktenlage ausgewählt. Anders als in Deutschland zählt der Abiturdurchschnitt wenig; ausschlaggebend sind naturwissenschaftliche Vorkenntnisse und Erfahrungen im medizinisch Bereich.

Als im September das Semester begann, hatten zunächst „alle Schwierigkeiten“, gesteht Kestin Ulich aus Homberg. Viele mußten erst noch eine Bleibe finden. Reisebüros und Universität halfen bei der Suche. Für ein einfaches Zimmer mußten die deutschen Studenten zwischen 350 und 400 Mark auf den Tisch legen.

Besonders befremdlich wirkten auf die freiheitsgewohnten Studiosi die Verhältnisse an der Universität. Sie mußten sich erst an einen festen Stundenplan, der auch Ungarisch- und Sportkurse vorschreibt, gewöhnen. Der Unterricht in kleinen Gruppen a 20 Studenten erinnerte sie doch sehr an die Schulzeit.

Häufige Tests und die hohen Anforderungen, gerade in den Naturwissenschaften, überraschten die deutschen Famuli. Die Dozenten seien „entsetzt“ gewesen über die Wissenslücken ihrer Schüler, erzählt Annette Hahn.

Sie fand die Prüfungen „unbeimlich streng“. Auch deutsche Hochschulexperten bescheinigen dem Studiengang an der Semmelweis-Universität ein hohes Niveau. Vielleicht hat Bettina Münch recht, wenn sie sagt: „Ein Studentenleben wie in Deutschland geht in Ungarn auf die Dauer nicht gut.“

Dennoch ziehen die meisten eine positive Bilanz. Kerstin Ulrich resümiert: „Wir haben zwar über die permanente Leistungskontrolle geschimpft, aber schließlich doch davon profitiert.“ Und sie fügt hinzu: „Eine Studiengemeinschaft wie dort findet man an keiner deutschen Universität.“ Die Kontakte untereinander – das bestätigen alle Ungarnheimkehrer – seien sehr eng gewesen.

Mit den ungarischen Kommilitonen dagegen wurden die meisten nicht richtig warm. Mancher Anlauf scheiterte an mangelnden Sprachkenntnissen. Zudem erweckte das soziale Gefälle bei den heimischen Studenten zwiespältige Gefühle.„ Ist doch klar, daß Neid aufkam, als deutsche Studenten größere Autos benutzten als der Dekan“, berichtet Annette Hahn. Im großen und ganzen aber, erinnern sich die meisten, sei man sehr offen und gastfreundlich empfangen worden.

Nicht alle 120 Anfänger vom vergangenen Herbst haben das Studienjahr zu Ende geführt. Die einen trieb das Heimweh, manche waren den Anforderungen nicht gewachsen, anderen bescherte die ZVS den ersehnten Studienplatz in Deutschland. Die meisten machen keinen Hehl daraus, daß für sie die Semmelweis-Universität nur ein Sprungbrett für den Einstieg in eine deutsche Hochschule ist. Wer allerdings schon nach einem Jahr das Handtuch wirft, riskiert Zeit zu verlieren. Denn eine Vereinbarung der Landesprüfungsämter für Medizin bestimmt, daß nur nach zwei Jahren Ungarn-Studium die Scheine vollständig anerkannt werden.

Windelen spricht mit Bischof Leich

hrk. Berlin

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), trifft während seiner gestern begonnenen Privatreise durch die „DDR" gemeinsam mit westfälischen Bundestagsabgeordneten auch mit Bischof Werner Leich in Eisenach zusammen. Leich leitet die lutherische Landeskirche und gilt als Anhänger des kirchenpolitischen Flügels, der die Betonung auf „Kirche im Sozialismus" legt.

An der Reise nehmen auch der Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses, Gerhard Reddemann (CDU), der Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag, Bernhard Worms, sowie die beiden parlamentarischen Staatssekretäre Friedrich-Adolf Jahn (Bau) und Wilhelm Rawe (Post) teil.

Während der Fahrt besuchen die Gäste aus der Bundesrepublik die Bachstätten in Leipzig und Eisenach, die Häuser von Goethe und Schiller in Weimar sowie den Naumburger Dom mit der berühmten „Uta von Naumburg", die im vergangenen Sommer auch Franz Josef Strauß mit seiner Frau Marianne besichtigten.

Auf ausdrücklichen Wunsch des innerdeutschen Ministeriums, das in diesem Sinne sogar auf die „DDR"-Behörden einwirken ließ, ist eine publizistische Begleitung der Reise nicht erwünscht.

Mauer bemalt: festgenommen

F. D. Berlin

Zwei italienische Staatsbürger sind am Sonntag am Westberliner Übergang Heinrich-Heine-Straße von „DDR"-Grenzposten vorübergehend festgenommenm worden. Die beiden, eine 24jährige Studentin und ein 37jähriger Lehrer, hatten die Mauer in unmittelbarer Nähe des Übergangs bemalt und waren dabei auf den Streifen vor der Mauer geraten, der noch zu „DDR"-Gebiet gehört. Daraufhin wurden sie von „DDR"-Posten festgenommen.

Nach zwei Stunden durften sie wieder in den Westteil der Stadt zurückkehren. Nach eigenen Angaben wurden sie „sachlich und höflich" behandelt und erhielten sogar Pinsel und Farbe zurück.

„Nein" aus Moskau verhinderte die Erleichterungen für Berliner

Reaktion auf das Offenhalten des Grenzübergangs Staaken bis Ende 1987?

H.-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Sowjetische Diplomaten in Ost-Berlin haben jetzt in Gesprächen mit westlichen Kollegen offen eingeräumt, daß Moskau nicht zugelassen habe, die entscheidenden Erleichterungen für West-Besucher, die die „DDR" als Gegenleistung für den 950-Millionen-Kredit am 1. August in Kraft setzte, auch den West-Berlinern einzuräumen. Dies geht aus Berichten der Ständigen Vertretung an das Bundeskanzleramt hervor.

Während der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen bekanntlich nach Kenntnisnahme des „DDR"-Katalogs von einem „schwerwiegenden Mangel" sprach und ihn offenbar der Bonner Verhandlungsführung anlastet, hinderte dennoch das sowjetische „Njet" die Ostberliner Führung daran, die zumindest mündlich zugesagte Ausdehnung der Erleichterungen auf West-Berlin auch zu praktizieren.

Wie berichtet, handelt es sich dabei um zwei wesentliche Punkte:

- Die Geltungsdauer des Mehrfachberechtigungsscheines wurde lediglich für die grenznahen Kreise längs der innerdeutschen Grenze von drei auf sechs Monate verlängert. Diesen Vorteil genießen die Berliner weiterhin nicht.
- Aufgrund des Einspruchs der Russen können sie auch – anders als nunmehr Bürger in den Grenzkreisen der Bundesrepublik – nicht bis Mitternacht des nächsten Tages nach der Einreise bleiben.

Bürokratische Grundlage

Nach Informationen der WELT berufen sich die Sowjets bei ihrer Haltung anscheinend darauf, beim Thema „Berlin" nach wie vor auch in den Details das Sagen zu haben. Formell träfe das in diesem Fall zu, weil die bürokratische Grundlage für die Einreise von West-Berlinern nach Ost-Berlin und in die „DDR" als Folgevereinbarung des Viermächte-Abkommens in der sogenannten „Reise- und Besucherregelung" von 1972 ihren Niederschlag fand.

Das sowjetische Nein diente jedoch augenscheinlich der Disziplinierung Ost-Berlins nach seinen anscheinend auch vor den Sowjets verborgenen Geheimverhandlungen zwischen Erich Honeckers Vertrautem Alexander Schalck-Golodkowski und Staatsminister Philipp Jenninger.

Für die ursprüngliche Bereitschaft der „DDR", auch die West-Berliner einzubeziehen, spricht auch die Tatsache, daß sich Ost-Berlin in den vergangenen Wochen weder direkt noch indirekt wegen der massiven Kritik an der fehlerhaften Vereinbarung rechtfertigte. In früheren Fällen war von Ost-Berlin stets darauf hingewiesen worden, die „DDR" halte sich exakt an alle getroffenen Vereinbarungen.

Nach Hinweisen, die zuständige Beamte in Bonn und Ost-Berlin erhielten, stellt das Veto der Sowjets eine „Retourkutsche" für das offenbar eigenmächtige Vorprellen Ost-Berlins beim Offenhalten des Grenzübergangs Staaken bis Ende 1987 dar. Diese Entscheidung der Ostberliner Spitze war Ende Juni auf dringende Bitten Bonns und des Berliner Senats gefallen, weil die vereinbarte Schließung des Übergangs am 31. Dezember 1984 wegen der fehlenden Stadtautobahn in diesem Bereich die Westberliner Verkehrsplaner vor unüberwindliche Probleme gestellt hätte.

Anscheinend sind die Sowjets – ihnen ist wegen der dort vermuteten Raketenbasen in Döberitz/Krampnitz und ausgedehnter Panzerschießplätze und Kasernen im Bereich des ehemaligen Olympischen Dorfes von 1936 an der Fernverkehrsstraße 5 an einer anderen Linienführung des Nord-Transitverkehrs dringend gelegen – von der „DDR" nicht ausreichend konsultiert worden.

Die seinerzeit auch von westlicher Seite mit großer Überraschung aufgenommene positive Entscheidung Ost-Berlins fiel offenbar im Frühsommer deshalb so schnell, weil Ost-Berlin die heraufziehende härtere Gangart der Sowjets in Rechnung stellte. Zuvor sollten durch die Zusage an die Bundesregierung vollendete Tatsachen geschaffen werden. Denn das Staaken-Problem stand ursprünglich auf der Bonner Sprechliste, die für die Geheimverhandlungen mit Ost-Berlin zusammengestellt worden war. Das Ja zur weiteren Benutzung des Nordübergangs war daher von Bonner und Berliner Seite allenfalls im Zusammenhang mit den jetzt zum 1. August verkündeten „DDR"-Erleichterungen erwartet worden – keinesfalls vor einigen Wochen.

Wie die WELT erfuhr, stammte übrigens der gesamte Text der elf Ostberliner Punkte, die Jenninger am 25. Juli nach der Kabinettssitzung der Presse vortrug, aus Ostberliner Federn. Zwischen Unterhändler Schalck-Golodkowski und Jenninger war auf Verlangen der östlichen Seite vereinbart worden, nur diesen von Ost-Berlin ausgearbeiteten und autorisierten Text vorzutragen – nicht jedoch etwa eine vom Kanzleramt selbst zu Papier gebrachte Liste mit eigenen Erläuterungen.

Gültige Zusage

Insofern fehlte in dem von Jenninger vor der Bundespressekonferenz verlesenen Elf-Punkte-Katalog auch jeder Hinweis, das Verabredete gelte insgesamt auch für West-Berlin. Für diese Ausdehnungsabsicht gab es lediglich eine mündliche, wenngleich ebenso und auch weiterhin gültige Zusage.

Bundesregierung und Senat sind sich darin einig, daß Ost-Berlin an dieser Stelle „nachbessern" muß. Allerdings scheint für diese notwendige Aktion die Schiene Schalck-Jenninger „verbraucht". Denn sowohl die von der „DDR" dringend gewünschte Geheimniskrämerei – nicht einmal Jenningers Gesprächspartner sollte öffentlich erwähnt werden – als auch die große Differenz zwischen Erwartung und Ertrag riefen heftige politische Kritik im Westen hervor. Sie kann jetzt allenfalls während des geplanten Kohl-Honecker-Gipfels oder danach besänftigt werden.

Im Rathaus Schöneberg werden zur Zeit die Punkte für die Traktanden-Liste dieser Begegnung zusammengestellt, die aus Berliner Sicht besonders wichtig sind. Da der Bundeskanzler bereits den Umweltschutz als erstrangiges Thema nannte, will der Senat eine moderne Ausstattung der überalterten und weit vom technischen Stand westlicher Kraftwerke entfernten Ostberliner Stromwerken fordern. Diese alten Anlagen und die mehreren hunderttausend Wohnungsheizungen mit schwefelreicher „DDR"-Braunkohle belasten die Berliner Luft in einem starken Maße.

Arbeitslosigkeit führt zu Belastung der Gerichte

Dauer der Nichtbeschäftigung ausschlaggebend für Probleme

H.-H. HOLZAMER, Bonn

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland wirkt sich zunehmend auf die Prozeßstatistik aus. So registrieren zunehmend verschiedene Justizbereiche eine steigende Anzahl von Fällen, die mit dem Thema Arbeitslosigkeit zusammenhängen.

Der nordrhein-westfälische Justizminister Dieter Haak legte in der vergangenen Woche Zahlen vor: Gab es 1980 noch 1,26 Millionen Mahnverfahren, waren es 1983 bereits 1,60 Millionen. In diesem Zeitraum stieg auch die Rate der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen auf 10,6 Prozent. Auch die „Offenbarungseide", heute eidesstattliche Versicherungen genannt, stiegen von 300 000 im Jahre 1980 auf 400 000 in 1983.

Obwohl keine eindeutigen Untersuchungen vorliegen, wird die Hypothese von der Interdependenz von Arbeitslosigkeit und Zivilprozeß auch von vielen Richtern aufgestellt. Aber: Entscheidend für die Geldknappheit bei jedem einzelnen ist nicht allein die Tatsache sondern vielmehr die Dauer der Arbeitslosigkeit. Um zu wirklich aussagekräftigen Analysen zu kommen, müßte nicht nur das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen, sondern auch die Dauer der Erwerbslosigkeit als Kriterium herangezogen und mit der steigenden Belastung der Justiz verglichen werden.

Auch von der Anwaltschaft kommen dicke Fragezeichen. Der Deutsche Anwaltsverein, DAV, weist in diesem Zusammenhang auf das steigende Rechtsbewußtsein der Bevölkerung und die Bereitschaft, für das eigene Recht zu kämpfen, hin.

Auch im Bereich der Familiengerichtsbarkeit sieht der Brühler Familienrichter und stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Familiengerichtstags, Sigfried Willutzki, eine Beziehung zwischen Geschäftsanfall und Arbeitslosigkeit. „Entscheidend ist die Dauer der Arbeitslosigkeit", sagte er gegenüber der WELT. Seit zwei Jahren beobachtet er die bei ihm anhängig gemachten Verfahren und kommt zu dem Ergebnis, daß in „etwa30 Prozent der Fälle die Arbeitslosigkeit eine Rolle spielt."

Willutzki betont, daß die finanziellen Auswirkungen nicht einmal den Ausschlag geben. „Wie oft höre ich im Scheidungstermin von der Frau, das ist nicht mehr der Mann, den ich geheiratet habe, der hat kein Selbstvertrauen mehr und hackt nur ständig auf den Kindern herum." Der Familienrichter sieht daher den Ansatz zur Hilfe im psychologischen Bereich. Hält die Dauerarbeitslosigkeit an, befürchtet Sigfried Willutzki, „werden die familiären und sozialen Probleme noch ganz andere Ausmaße annehmen".

Von Zwangsversteigerungen im Immobiliarbereich, die aus der Arbeitslosigkeit herrühren, können auch die Hypothekenbanken und Realrechtskreditinstitute in der Bundesrepublik ein Lied singen. Es gebe keine genauen Untersuchungen, erfuhr die WELT, „aber es fällt auf, daß in den Gebieten, in denen die Arbeitslosigkeit am höchsten ist, auch die Zwangsversteigerungen an der Tagesordnung sind". In diesen Gegenden gebe es auch einen dramatischen Preisverfall im Immobilienbereich. „Da sitze ich dann bei Zwangsversteigerungen alleine mit dem Gerichtspfleger im Saal."

In 80 Prozent der von ihm bearbeiteten Fälle, so ein Versteigerungsexperte gegenüber der WELT, seien die Kreditnehmer seiner Bank wegen familiärer Probleme notleidend geworden. „Das Eigenheim wurde angeschafft, als zwei Gehälter zur Verfügung standen. Dann fiel das Gehalt der Frau aus, als Kinder kamen, oder das des Mannes wegen Arbeitslosigkeit. Die Zinsen sind nach drei Jahren nicht mehr in der Bindung, sie steigen dann von 7 auf 14 Prozent. Oft geht in dieser Situation die Ehe in die Brüche, die Leute ziehen aus, für ihr Eigenheim ist kaum ein Gegenwert zu erzielen. Es beginnt das gerichtliche Versteigerungsverfahren."

„Viele Leute schämen sich leider, rechtzeitig mit uns Verbindung aufzunehmen", klagt der Bankmann gegenüber der WELT. „Anstatt mit uns zu reden, die wir doch gar kein Interesse haben, die ganzen Häuser in der Versteigerung zu erwerben, gehen sie zu Vermittlungsbüros, die zunächst einmal eine fette Provision abkassieren, später aber nichts erreichen. Dann bleibt nur noch die Zwangsversteigerung."

Giftgas-Fabrik aus Deutschland für Irak?

AP, New York

Irak wird nach einem Bericht der amerikanischen Wochenzeitschrift „Newsweek" schon bald im Besitz einer Produktionsanlage für chemische Kunststoffe sein. In seiner neuesten Ausgabe schreibt das Blatt, die von einer Tochterfirma des deutschen Unternehmens Karl Kolb, Frankfurt, gebaute Fabrik könne innerhalb weniger Wochen den Betrieb aufnehmen. Es könne sogar sein, daß Teile der Anlage schon arbeiteten.

„Newsweek" zufolge können in der Anlage der Kampfstoff Senfgas und das Nervengift Tabun erzeugt werden. Die Firma Kolb hat jedoch erklärt, es handle sich um eine Produktionsstätte für Pestizide. Die Zeitschrift beruft sich auf Informanten aus „hochgestellten ausländischen und amerikanischen" Kreisen. Irak ist von Iran beschuldigt worden, an der Golfkriegs-Front Giftgas eingesetzt zu haben.

„Newsweek" berichtet weiter, die USA hätten mit dem Gedanken der Bombardierung des Werkes gespielt, ihn jedoch verworfen, weil die Fabrik zu nah bei Bagdad liege.

SPD: Gesetz gegen Terrorismus ändern

AP, Bonn

Die Sozialdemokraten drängen auf eine Novellierung des 1976 verabschiedeten „Antiterrorismus-Gesetzes". Kern eines gestern im Bundestag eingebrachten Entwurfs zur Änderung des Paragraphen 129a Strafgesetzbuch (Bildung einer terroristischen Vereinigung) ist die Forderung, das Tatbestandsmerkmal des „Werbens" für eine solche Gruppierung zu streichen.

Zur Begründung wies der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Emmerlich, darauf hin, daß „der verfassungsrechtlich verankerte Grundsatz der Verhältnismäßigkeit" die Streichung dieses Tatbestandes gebiete. Das Merkmal der Verhältnismäßigkeit sei – entgegen dem aus der Entstehungsgeschichte der Strafvorschrift erkennbaren Willen des Gesetzgebers, die Mitgliederwerbung für eine terroristische Vereinigung zu verbieten, – auch auf die „Sympathiewerbung" ausgedehnt worden.

Derzeit muß nach den Angaben des SPD-Rechtsexperten mit einem Strafverfahren nach Paragraph 129a schon rechnen, wer die Justiz wegen der Terroristenprozesse unsachlich kritisiert, Parolen sprüht oder öffentlich für bessere Haftbedingungen eintritt. Durch die Änderung entstehe „keine Strafbarkeitslücke", denn Aktivitäten von Gewicht fielen als Unterstützung einer terroristischen Vereinigung unter die Strafandrohung.

Wieder Gewalt an der Startbahn West

dpa, Frankfurt

An der Startbahn West des Frankfurter Flughafens hat es nach Polizeiangaben am Sonntag wieder gewalttätige Zwischenfälle gegeben. Nur durch massiven Einsatz von Beamten sei es gelungen, ähnlich schwere Zerstörungen wie vor einer Woche zu verhindern.

Wie ein Polizeisprecher mitteilte, zündeten Demonstranten am Tor Ost zunächst einen Molotow-Cocktail und marschierten dann in Richtung auf die Besucherplattform, die vor Wochenfrist in Brand gesetzt und von der aus das Startbahngelände mit Leuchtraketen beschossen worden war. Ein starkes Polizeiaufgebot habe die Demonstranten daran gehindert, dasselbe noch einmal zu tun. Zur gleichen Zeit hatten etwa 50 Startbahn-Gegner auf Fahrrädern versucht, Polizeikräfte im Autotunnel zu binden.

Frankfurts Polizeipräsident Gemmer hatte am Wochenende angekündigt, auch Bereiche wie den Autotunnel unter Polizeischutz zu stellen, die bisher für die Startbahngegner „tabu" gewesen seien.

Knappschaft nennt Blüm-Entwurf positiv

dpa, Bochum

Der Entwurf Bundesarbeitsminister Blüms (CDU) zur Neuordnung der Hinterbliebenenrente ist nach Auffassung des Vorstandsvorsitzenden der Bundesknappschaft, Rudi Nickels, im Grundsatz positiv zu bewerten. In einer Erklärung stellt Nikkels, der zugleich Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Bergbau und Energie ist, fest: „Andere Lösungen, die besser und verwaltungsmäßig einfacher zu praktizieren wären, sind bisher nicht bekannt."

Dabei geht Nickels von Berechnungen der Bundesknappschaft aus, nach denen es in 90 Prozent aller Fälle nicht zu finanziellen Auswirkungen bei den Hinterbliebenenrenten kommen werde.

„Versäumnisse aufholen"

FDP-Frauen entwickeln programmatische Perspektiven

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die FDP will Versäumnisse in ihrer Frauenpolitik aufarbeiten und gleichzeitig programmatische Perspektiven entwickeln. Dazu wird die 22köpfige FDP-„Kommission für Gleichberechtigung und Frauenpolitik" zwei Konferenzen mit dem Titel „Frauen machen liberale Politik" durchführen. Zunächst soll am 8. September in Düsseldorf mit Mandatsträgerinnen und Sachverständigen vertraulich eine Bestandsaufnahme gemacht werden. Dabei sollen Themenschwerpunkte für einen öffentlichen Kongreß am 19. Januar in Essen festgelegt werden. Noch offen ist, ob die Ergebnisse auf dem Saarbrücker Parteitag im Februar schon als Beschlüße verabschiedet werden.

Die Kommissionsvorsitzende Barbara Bluder-Krebs hat bereits Kritik an dem unter Federführung des von Hans Engelhard (FDP) geleiteten Bundesjustizministerium erarbeiteten Referentenentwurf zum Ehescheidungsfolgenrecht angekündigt. Zwar müßten aus der Reform von 1977 resultierende Mißstände korrigiert werden, meinte die Juristin gegenüber der WELT. Zu befürchten sei hier aber eine Rückkehr zum Verschuldensprinzip durch die Hintertür.

Voraussichtlich werden drei Felder im Vordergrund stehen:

- Die Auswirkungen der neuen Technologien speziell auf die Arbeitsplätze der Frauen. Dabei wird es um die Bewältigung der Probleme gehen, die sich aus der aufgrund der Computer-Einführung ergebenden Umwandlung von betrieblichen in sogenannte dezentralisierte Arbeitsplätze, also in Heimarbeit ergeben.
- Familienlastenausgleich. Hier muß nach Barbara Bluder-Krebs die Leistung der Frauen in den Familien mehr wirtschaftliche Anerkennung erfahren. Dazu sollte beim Steuerrecht das Ehegattensplitting hin zum Familiensplitting entwickelt werden. Die Anrechnung von Baby-Jahren bei der Alterssicherung sei „zu wenig" und für die Familien „schlicht diskriminierend". Denn die von Kinderlosen zu zahlenden höheren Steuern entsprächen auch volkswirtschaftlich nicht dem, was für Kinder aufgebracht werden muß. Daher sollten getrennte Versicherungssysteme eingeführt oder Kinderlose stärker finanziell zur Altersicherung herangezogen werden.
- Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben. Das Erziehungsgeld könne allein kein durchgreifendes Mittel für eine langfristig angelegte Familienpolitik sein. Denn es könne 15 Jahre und mehr dauern, bis eine Mutter wieder in ihren Beruf zurück kann. Um Frauen die Wiedereingliederung zu erleichtern, sollten wegen des technischen Fortschritts zum Beispiel längere Probezeiten oder Einarbeitungskurse möglich werden. Nachgedacht werden soll auch, wie die Arbeit nicht nur zwischen den Menschen, sondern auch über die Tagesabläufe neu verteilt werden kann.

„Gegengewicht zu Bonn"

dg. Wiesbaden

Die hessische Landesregierung hat in ihrem Bestreben, ein „Gegengewicht zu Bonn" zu bilden, jetzt auch Initiativen auf dem Gesundheitssektor angekündigt. Wie der hessische Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales, Armin Clauss (SPD), gestern in Wiesbaden ankündigte, will Hessen die „Federführung" bei einem Vorstoß der SPD-regierten Länder zur Änderung des Arzneimittelgesetzes übernehmen.

Gleichzeitig hofft das Land nach den Worten von Clauss auf eine Bundesratsmehrheit gegen Bonner Pläne zur Reform der Krankenhausfinanzierung. Drittens will Hessen die Gefährdung durch die Umweltchemikalie Formaldehyd auf die Tagesordnung der nächsten Umweltministerkonferenz setzen lassen.

Besonders das Formaldehyd-Problem hat am Wochenende bereits in hessischen Zeitungen Schlagzeilen gemacht, nachdem wegen siebenfacher Überschreitung des vom Bundesgesundheitsamt festgesetzten Grenzwertes von hundert Mikrogramm im Kubikmeter Atemluft zwei Kindertagesstätten in Wiesbaden geschlossen worden sind. Auch in fünf weiteren Kindertagesstätten der Stadt sind nach ungewöhnlicher Häufung von Erkrankungen der Atemwege und Bronchien überhöhte Werte des Desinfektions- und Konservierungsmittels gemessen worden.

Als Ursache gilt der Einbau von Bauspanplatten und Spanplattenmöbeln minderer Qualität. Im Tierversuch ist nach Clauss die krebserzeugende Wirkung der Chemikalie, die auch in Krankenhäusern, in der Lederindustrie, bei der Wärmeisolierung, in der Fotobranche und als Zusatz zu Badeessenzen Verwendung findet, nachgewiesen worden. Hessen wolle daher „eindeutige gesetzliche Beschränkungen" bei der Anwendung von Formaldehyd durchsetzen.

Bei der Krankenhausfinanzierung müsse verhindert werden, daß der Bund die Länder auf dem „riesigen Investitionsstau" (in Hessen 900 Millionen Mark) sitzen lasse.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Israel: Einigung über Libanon-Politik

DW. Jerusalem

Bei den Koalitionsgesprächen zwischen Vertretern der Arbeiterpartei und des Likud über die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit gelang am Wochenende ein erster Erfolg. Nach Angaben eines Sprechers der Arbeiterpartei einigten sich die Verhandlungspartner auf eine gemeinsame Libanon-Politik. Das israelische Fernsehen berichtete, man sei sich darüber einig, daß innerhalb kurzer Zeit nach der Regierungsbildung israelische Truppen aus Libanon abgezogen werden sollten.

Strittig sind allerdings nach wie vor die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten und das zukünftige Verhältnis zu Jordanien. Staatspräsident Herzog möchte, daß die Knesset noch vor der Regierungsbildung einen neuen Parlamentsvorsitzenden wählt.

Moskau schickt Minensuchboote

DW. Kairo

Offenbar als Folge der durch Minen verursachten Schiffsschäden im Roten Meer hat die Sowjetunion seit mehreren Tagen Minensuchboote vor der südjemenitischen Küste stationiert. Wie aus Kairo bekannt wurde, durchkämmen Minensuchboote der Roten Flotte die Gewässer vor Aden. Zwei weitere sowjetische Minensuchboote verließen am Wochenende den Golf von Suez in Richtung Südjemen. Südjemen gilt als engster Verbündeter der UdSSR im arabischen Raum.

Ägypten ist nach den Worten von Außenminister Meguid entschlossen, Schiffe beim Passieren des Suezkanals zu inspizieren, um seine Gewässer gegen Minen zu schützen. In einem Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin „Newsweek" sagte der Minister, die Verminung habe begonnen, nachdem der iranische Parlamentspräsident gedroht habe, den irakisch-iranischen Krieg ins Rote Meer zu tragen. Kairo hege auch den Verdacht, daß Libyen an der Verminung beteiligt gewesen sei.

Neuer Stützpunkt Riads am Roten Meer

AFP, Riad

Saudi-Arabiens Verteidigungsminister Prinz Sultan hat für heute die Eröffnung einer neuen Marine-Basis am Roten Meer angekündigt. In dem Stützpunkt „König Faisal" vor Dschidda sollen vor allem mit Raketenwerfern bestückte Patrouillenboote stationiert werden. Als Basis der saudischen Verteidigungspolitik bezeichnete Sultan die „Mannigfaltigkeit der Rüstungsquellen". Er bezichtigte den „israelischen Feind", alle Waffengeschäfte Saudi-Arabiens zu behindern.

Libanon: Armee soll Schuf besetzen

DW. Beirut

Die libanesische Regierung ist entschlossen, trotz des heftigen Widerstands der Drusenmiliz das Schuf-Gebirge von der Armee besetzen zu lassen. Damit sollen auch die wichtigsten Fernstraßen wieder benutzbar werden. Nach Rundfunkmeldungen bemühten sich Regierungsmitglieder am Wochenende, eine Übereinstimmung zwischen mehreren Miliz-Organisationen herbeizuführen, um ein weiteres Vorrücken der Regierungstruppen zu ermöglichen. Die Kontrollen des Schuf-Gebirges sind Teil des Sicherheitsplanes der Regierung, der einen erneuten Ausbruch des Bürgerkriegs verhindern soll.

Im Bereich der Stadt Suk el Garb im Schuf-Gebirge war es zu Kämpfen zwischen Armee-Einheiten und drusischen Milizen gekommen. Dabei wurden von drusischen Milizen Artillerie-Schüsse abgegeben, die in der Nähe der Residenz von Staatspräsident Gemayel im Ostbeiruter Vorort Baabda einschlugen.

Unido-Konferenz endete ohne Konsens

AFP, Wien

Die vierte Generalkonferenz der UNO-Organisation für Industrielle Entwicklung (Unido) ist gestern früh in Wien ohne Einigung zu Ende gegangen. Die Delegation der USA stimmte als einzige gegen die Präambel der Schlußerklärung. Zwölf Industriestaaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, enthielten sich der Stimme, 79 Länder billigten sie.

In der Präambel wird auf die „schwerwiegenden Auswirkungen" der Weltwirtschaftskrise in den Entwicklungsländern, vor allem auf die folgende Auslandsverschuldung dieser Staaten und die „Zwänge" verwiesen, die sich aus den hohen Zinssätzen ergeben.

Einigung wurde über eine Reihe von Entschließungen zur Förderung der Industrialisierung in der Dritten Welt erzielt. Ferner wurde beschlossen, die Unido offiziell in eine Unterorganisation der UNO zu verwandeln.

„Stolzer, stärker, besser" – Die Republikaner und ihr Amerika

Das Manifest von Dallas: Optimismus, weniger Staat und technologische Überlegenheit

THOMAS KIELINGER, Dallas

Das Dokument, das der Parteitag der Republikaner am heutigen Dienstag in Dallas/Texas verabschieden wird, ist die stärkste Deklaration des amerikanischen politischen Konservativismus seit dem Wahlkampf Barry Goldwaters im Jahre 1964. „Die Republikanische Partei schaut auf unser Volk und erblickt eine neue Morgenröte des amerikanischen Willens", heißt es in der Präambel des umfänglichen Parteitagsprogramms. „Die Demokraten dagegen sehen auf unsere Nation und erblicken die amerikanische Seele wie in der Dämmerung." Diese beiden Positionen beschreibt das Manifest als „zwei diametral entgegengesetzte Visionen dessen, was Amerika sein sollte".

Durchlaufendes Stichwort des Parteiprogramms der amerikanischen Konservativen ist das Wort „Optimismus". Es wird gegen die Oppositionspartei, die „Partei der Furcht", abgesetzt. Darin gibt sich gleichzeitig der Leitfaden der vier Amtsjahre der Reagan-Administration zu erkennen, die in den Wahlkampf geht mit dem Motto: „Amerika ist wieder da – stolzer, stärker, besser".

Noch weniger Steuern

Das konservative Manifest von Dallas spricht vor allem in den Bereichen der Gesellschafts-, Steuer- und Verteidigungspolitik eine starke Sprache. Die Rolle des Staates im Leben der einzelnen erscheint in der Philosophie der Reaganschen Republikaner als weiter einzudämmendes Element, zu ersetzen durch individuelle Initiativen und eine Wachstumspolitik, die den Bereich des Unternehmertums stärkt und erweitert. Stärker noch als 1980 sieht sich der „New Deal" der Demokraten in seinen intellektuellen und praktischen Anwendungen herausgefordert.

„In den zwei Jahrzehnten vor dem Wahlsieg Ronald Reagans 1980", so heißt es in dem Dokument, „hat die Bundesregierung die Hoheit und die Rechte der einzelnen, der Familien und der freiwilligen Gruppen untergraben und deren Funktionen durch Programme ersetzt, die so anmaßend wie unbrauchbar waren." Gesellschaftsprogrammatik könne nicht allein durch „Regierungsaktivität" gemessen werden, schreiben die Autoren des Dokuments. Vielmehr sei „der göttliche Auftrag, dem Nächsten zu helfen, an jeden einzelnen gerichtet, und nicht an eine bürokratische Maschinerie".

Ganz entsprechend dieser Interpretation sucht das Parteiprogramm die Rolle des Staates weiter zurückzudrängen, indem es nach weiteren Steuersenkungen und nach noch stärkerer Wachstums- und Vermögensbildungspolitik ruft. Senator Robert Kasten (Wisconsin), einer der Mitautoren des Dokuments, sieht darin den Auftrag der vier Amtsjahre Reaganscher Politik fortgesetzt. „Wir haben eine Wachstumsformel entwickelt, die funktioniert", sagte er, „und wir verlangen daher nach ihrer verstärkten Anwendung. Wir wollen mehr Arbeitsplätze, mehr Wachstum, mehr wirtschaftliche Chancen für alle Amerikaner."

Diese programmatische Aussage kleidet die Präampel des Wahlprogramms in die Formel: „Die Vision der Republikanischen Partei von der amerikanischen Zukunft beginnt mit folgender Prämisse: Freiheit schafft vermehrte Chancen. Mehr Chancen bringen Wachstum, und Wachstum bringt den Fortschritt."

Im Juli, vier Wochen vor dem Parteitag der Republikaner, hatten die Demokraten diese philosophische Grundierung der Konservativen in ihrem eigenen Parteitagsmanifest stark gegeißelt, indem sie die unterschiedlichen Interpretationen über die Rolle des Staates kennzeichneten als „den Unterschied zwischen dem Geist der Gemeinschaft und der Selbstsucht, zwischen der Gerechtigkeit für alle und dem Vorteil für die wenigen, zwischen sozialem Anstand und sozialem Darwinismus". Auf dem Boden dieser Gegensätze wird sich der Wahlkampf zwischen beiden Parteien hauptsächlich abspielen, ein Wahlkampf starker ideologischer Kontrastprogramme.

Die Ironie will es, daß die Republikaner, sonst so feindselig den staatlichen Organen gegenüber, im Themenbereich der öffentlichen Moral nach verstärkter Aktivität der Regierung rufen. Hier kehren sich die Rollen zwischen den Parteien vollkommen um. So verlangen die Republikaner bundeseinheitliche Einschränkungen der Abtreibungsgesetzgebung, eine Absage an jede Form staatlicher Abtreibungshilfe sowie bundesstaatliche Garantien für das Gebet und für religiöse Zusammenkünfte in öffentlichen Schulen. Die Demokraten dagegen vertreten in diesen Bereichen eine strikte Hände-weg-Politik.

Der Ruf nach amerikanischer Stärke führt im außenpolitischen Teil des republikanischen Parteitagsmanifests zwar nicht zur Wiederbelebung der Forderung nach militärischer „Überlegenheit", wie es das vorangehende Dokument aus dem Jahre 1980 noch festgeschrieben hatte. Doch kommt die Sprache diesmal dem Konzept der Superiorität noch immer sehr nahe, wenn es im Text heißt: „Dazu verpflichten wir uns vor unserem Volk und vor den zukünftigen Generationen: Wir werden den Frieden bewahren, indem wir unser Land stärker erhalten als jeder mögliche Gegner."

Zuerst Zentralamerika

Explizit verlangt das Dokument jedoch „technologische Überlegenheit" gegenüber der Sowjetunion als eine Voraussetzung des Erhalts atomarer Abschreckung. Dahinter steht unausgesprochen der Wille, etwa auf solchen Feldern wie der antiballistischen Forschung, den Vorteil der amerikanischen Technologie weiter zu erhalten. „Qualitative Überlegenheit" fordert das Programm darüber hinaus bei den Seestreitkräften.

Unerschrocken stellen die Autoren des Manifests Zentralamerika an den Anfang aller außenpolitischen Krisenherde der Gegenwart. Der Reagansche Wahlkampf hat offensichtlich nicht vor, dieser heiklen und in den USA nicht unumstrittenen Thematik auszuweichen. Dabei läßt man sich von einer klaren Eindämmungspolitik gegenüber weiterem Vordringen der „Marxisten und Leninisten" in Zentralamerika leiten.

In diesem Zusammenhang wird der erfolgreichen Invasion in Grenada „monumentale Wichtigkeit" beigemessen, als einem Beispiel „für die Welt, daß die Freiheit sich zu verteidigen lohnt, auch wenn Grenada nur klein und seine Einwohnerzahl nur gering ist".

Für die Demokraten dagegen gilt Grenada als Beispiel für die Bereitschaft der Reagan-Administration, „die Diplomatie aufzukündigen", wie überhaupt der Reagan-Regierung in ihrem Umgang mit der sowjetischen Supermacht vorgeworfen wird, „als erste amerikanische Regierung seit fünfzig Jahren nicht von Angesicht zu Angesicht mit der sowjetischen Regierung auf höchster Spitze verhandelt zu haben".

Managuas Junta ist nicht immer einer Meinung

Machtkampf unter den Sandinisten: Ortega gegen Borge

WERNER THOMAS, Managua

Nach außen bieten die sandinistischen Führer ein Bild der Harmonie. Bei den Massenkundgebungen stehen sie einträchtig nebeneinander und nehmen winkend und lächelnd die Ovationen der Menge entgegen. Unternimmt ein Comandante eine Auslandsreise, verabschiedet ihn ein anderer auf dem Sandino-Flughafen und schließt ihn nach der Rückkehr am gleichen Ort wieder in die Arme. Die Regime-Presse nennt die neun wichtigsten Männer Nicaraguas volksnah mit den Vornamen: Daniel verurteilt die letzten Aggressionen des Imperialismus, Tomas empfängt diesen oder jenen Besucher, Humberto warnt vor neuen Angriffen der konterrevolutionären Brigaden.

Der Schein trügt. Fünf Jahre nach dem Sturz der Somoza-Diktatur zeigt die Solidaritätsfront der Comandantes deutliche Risse. Der Konflikt zwischen den Ortega-Brüdern und Tomas Borge, anfangs nur schwelend, verschärft sich. Die für den 4. November geplanten Wahlen haben dazu beigetragen.

Es ist mehr ein Kampf um die Macht als um die Ideologie. Ein diplomatischer Beobachter in Managua meint: „Sie verfolgen alle das gleiche Ziel, ein sozialistisches Nicaragua. Die Ortegas wollen jedoch aus taktischen Gründen einige Umwege in Kauf nehmen, Borge dagegen nicht."

Tomas Borge (63), der älteste Comandante und das einzige überlebende Gründungsmitglied der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN), verstand sich als Anwärter auf die Führungsposition. Die Ortega-Brüder konnten ihn jedoch erfolgreich ausmanövrieren und die meisten Vertreter des Politbüros „Direccion Nacional" auf ihre Seite bringen. Von den neun „Comandantes de la Revolucion", die diesem Gremium angehören, gilt heute nur noch Bayardo Arce als zuverlässiger Borge-Mann. Die Abstimmung über die Präsidentschaftskandidatur soll Daniel Ortega gar mit 8:1 Stimmen für sich entschieden haben. Die einzige Gegenstimme: Tomas Borge.

Nach der Machtübernahme (Juli 1979) sicherte sich Borge das Innenministerium, dem die Polizei und der Staatssicherheitsdienst angegliedert sind. Humberto Ortega, heute 35, wurde Verteidigungsminister und Chef von mittlerweile 120 000 Soldaten und Milizen. Bruder Daniel, heute 38, rückte in die Junta, die zunächst aus fünf gleichberechtigten Personen bestand. Anfang März 1981 fiel dann eine wichtige Vorentscheidung in dem Kampf der Rivalen: Die Junta wurde auf drei Vertreter reduziert, Daniel Ortega war immer noch dabei und avancierte zum „Koordinator". Der junge Mann, der zu Somozas Zeiten sieben Jahre im Gefängnis saß, länger als jeder andere Comandante, amtiert seither als Staatschef.

Borge, im Gegensatz zu den verschlossenen Ortegas eine extrovertierte Persönlichkeit und bevorzugter Gesprächspartner westlicher Botschafter, schuf sich sein eigenes Reich. Zum Polizei- und Sicherheitsapparat zählen 7000 Männer und Frauen. Der Comandante legte sich eine eigene Elitetruppe zu, die „Tropas especiales Pablo Ubeda". Seine Mitarbeiter haben militärische Dienstgrade und reden sich mit „Combatiente" (Kämpfer) an. „Combatiente del Mint" (Abkürzung für Innenministerium) heißt die Hymne des Staates im Staat.

Da dem Minister neben dem Sicherheitsdienst auch die Zensurbehörde untersteht, kann er immer wieder den Ortega-Kurs stören. Diplomatische Kreise glauben, daß Borge die Konfrontation mit der katholischen Kirche schürt und die „Prensa", das einzige Blatt der Opposition, stärker gängeln läßt als den Ortegas manchmal recht ist, besonders während des Wahlkampfes.

Ein aktuelles Beispiel: Anfang August konnte die Zeitung wieder einmal nicht erscheinen, weil 90 Prozent des Materials dem Rotstift der Zensorin Leutnant Nelba Blandon zum Opfer fielen. Es handelte sich vor allem um Berichte über die Störmanöver der „Turbas" (Sturmtruppen des Staatssicherheitsdienstes) gegen den Oppositionspolitiker Arturo Cruz in der Stadt Matagalpa. Am Abend des gleichen Tages verkündete Junta-Chef Ortega eine Lockerung der Pressezensur.

Viele Beobachter des Machtkampfes in Managua glauben, daß Borge die Wahlen verhindern wollte, als er die Abstimmungsniederlage bei der Kürung des Kandidaten witterte. Tatsächlich ist Ende letzten Jahres während eines Venezuela-Besuchs Daniel Ortegas auch einmal mitgeteilt worden, der Urnengang müsse verschoben werden. Ortega eilte rasch nach Managua zurück und korrigierte diese Nachrichten. (SAD)

Diskussion um Tempolimit teilt die Schweiz

IRENE ZÜCKER, Genf

Eine Umfrage der Regierung in Bern über ein Tempolimit auf Hauptstraßen (80 Kilometer) und Autobahnen (100 Kilometer) als zeitlich befristete Sofortmaßnahme gegen das Waldsterben hat die Schweizer Bevölkerung in zwei Lager gespalten.

Wie das jetzt veröffentlichte Ergebnis der Umfrage, die Mitte Mai mehr als 100 Organisationen, Verbänden, politischen Parteien und allen 26 Kantonen zur Stellungnahme vorgelegt worden war, zeigt, begrüßen 13 deutschsprachige Kantone die vorerst auf drei Jahre befristete Sofortmaßnahme. Zwölf Kantone, darunter die gesamte Westschweiz, Tessin und Wallis, lehnen das Tempolimit ab. Die Antwort des Nachzüglers Zug steht noch aus. Die Front der Gegner wird verstärkt durch Automobilkreise, die in kürzester Zeit die erforderlichen 100 000 Unterschriften für eine Volksbefragung gesammelt haben. Wird die Unterschriftenliste eingereicht, müssen Regierung und Parlament das in der Schweiz heftig diskutierte Thema allen 3,8 Millionen stimmberechtigten Bürgern vorlegen.

Innenminister Alphons Egli hatte der Regierung, die für die Höchstgeschwindigkeit zuständig ist, die zeitlich befristete Sofortmaßnahme vorgeschlagen. Mitte September wird die Regierung den Entscheid fällen. Spricht sie sich für eine Geschwindigkeitsbegrenzung aus, so wird sie bis spätestens 1. Januar 1985 eingeführt.

Die Empfehlung des Innenministers beruht auf einer Untersuchung des Bundesamtes für Umweltschutz, wonach die Maßnahme zu einer Verminderung des Stickoxidausstoßes um neun Prozent und zu einer Verminderung des Treibstoffverbrauchs um jährlich fünf Prozent führt.

Das Tempolimit ist nur eine von mehreren Initiativen, mit denen die Schweiz das Waldsterben bekämpfen will. So werden zum Herbstbeginn Ölfeuerungskontrollen obligatorisch, und ab 1985 wird an Schweizer Tankstellen bleifreies Normalbenzin angeboten, das die Katalysatorentechnik bei Kraftfahrzeugen ermöglicht.

Auch die Gegner des Tempolimits verweisen im Zusammenhang mit dem Schutz der Wälder auf automobiltechnische Neuerungen wie Motoren, Katalysatoren und bleifreies Benzin, die ihrer Meinung nach ebenso zur Verminderung des Stickoxidausstoßes beitragen.

Unter Hodscha erlebte Albanien viele Wechsel

Die Beziehungen zu anderen Staaten waren nie von Dauer

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Albanien, das kleinste kommunistische Land Europas, dem der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Franz Josef Strauß einen spektakulären Besuch abstattete, ist die von der Außenwelt isolierteste „Volksdemokratie". An der Spitze des Landes der Skipetaren (wie sich die Albaner selber bezeichnen) steht der dienstälteste kommunistische Parteichef der Welt, der heute 76jährige Enver Hodscha. Sein Regime unterhält keine diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den USA. Die Beziehungen Albaniens, in dessen Hauptstadt immer noch ein Denkmal Josef Stalins steht, zum benachbarten Jugoslawien sind gespannt bis feindlich. Das seit einigen Jahren formell „normalisierte" Verhältnis zu Griechenland will nicht recht in Schwung kommen, weil die Griechen Tirana beschuldigen, eine griechische Minderheit in Süd-Albanien zu unterdrücken.

Zur Bundesrepublik Deutschland hat Albanien als einziger kommunistischer Staat Europas keinerlei diplomatische Beziehungen. Versuche Hodschas in dieser Richtung scheiterten bisher an gewaltigen albanischen Reparationsforderungen. Da die Bundesrepublik grundsätzlich keinem Staat Reparationen zahlt und sich auf das Londoner Schuldenabkommen beruft, andererseits die albanischen Regierungsvertreter immer wieder auf der Zahlung angeblicher Kriegsentschädigungen bestanden, verliefen die sich über mehrere Jahre hinziehenden Kontakte zwischen albanischen und deutschen Diplomaten im Sande.

Keine Kredite

Das isolationistische Hodscha-Regime konnte auch nicht die gleiche Methode anwenden wie andere kommunistische Verhandlungspartner Bonns, die an Stelle von Reparationen bereitwillig bundesdeutsche Kredite erhielten. Gesetz und „Verfassung" verbieten dem albanischen Regime jegliche Kreditaufnahme im Ausland. Überdies stützt sich die albanische Forderung auf zweifelhafte Geschichtsbegebenheiten. In Albanien tobte während des Zweiten Weltkriegs auch ein Bürgerkrieg. Anti-kommunistische albanische Gruppen, die große Teile der Bevölkerung repräsentierten und einen groß-albanischen Staat errichten wollten – dieses Groß-Albanien unter Einschluß des heutigen jugoslawischen Kosovo existierte vom Herbst 1943 (italienische Kapitulation) bis zum Rückzug der Deutschen im Oktober 1944 –, kämpften damals gegen Hodschas Kommunisten, die zu jener Zeit mehr oder weniger eine Filiale Titos und der jugoslawischen KP waren.

Der einstige Volksschullehrer Hodscha, dessen Qualifikationen als Marxist angeblich Stalin anzweifelte, hat nach der Maxime „Liebe nicht deinen Nächsten, sondern den Übernächsten" gehandelt. Mit Hilfe Titos entledigte er sich 1945 der einheimischen Anti-Kommunisten. Mit Hilfe der Sowjets entledigte er sich 1948 der jugoslawischen Vormundschaft. Mit Hilfe der Chinesen wurde er 1960 auch die Sowjets los, die gerade dabei waren, sich in Albanien häuslich niederzulassen, eine U-Boot-Basis im Flottenstützpunkt Valona zu bauen und die Albaner als eine Art geistig minderbemitteltes Kolonialvolk zu behandeln.

Moskaus stilles Werben

Aber auch die Chinesen hatten mit Hodscha kein Glück. Kaum begannen die chinesischen Kommunisten, sich mit Tito auszusöhnen, überwarf sich Enver Hodscha mit Peking und brach alle Verbindungen dorthin ab.

Ein Versuch Tiranas, stärkeren Einfluß auf das albanisch besiedelte jugoslawische Kosovo-Gebiet zu erhalten, scheiterte daran, daß die Belgrader Behörden nationalistische Demonstrationen und Untergrundorganisationen der Kosovo-albanischen Bevölkerung seit 1981 verfolgt und zerschlagen haben.

Nun, da Hodscha sich einem Alter nähert, das andere politische Führer aufs Altenteil verweist, stellt sich die Frage: Wer und was kommt nach ihm? Wird etwa in Albanien – wenn sich erst das Durchhalten der Isolierung als unmöglich erweisen sollte – eine pro-sowjetische Gruppe die Macht übernehmen?

Moskaus stilles Werben um Albanien ist bisher bei der Führungsgruppe um Hodscha auf keinerlei Gegenliebe gestoßen. Im Gegenteil: Mißtrauen und Feindschaft gegenüber der Politik des Kreml gehören zum offiziellen Bild des albanischen Kommunismus. Das kleine Land zwischen dem Balkangebirge und der Straße von Otranto, genau am Eingang zur Adria, hat allerdings beträchtlichen strategischen Wert. Würden sich dort die Sowjets wieder festsetzen, geriete das gesamte Kräfteverhältnis auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer durcheinander.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Versprechen halten

„Knapp verfehlt"; WELT vom 27. Juli

Sehr geehrter Herr v. Loewenstern,

als Leser der WELT, die leider die nicht lesen, die's angeht, kann ich Ihnen nur die besten Dankes-Worte schreiben. Ihr Name ist mir schon oft beim Lesen aufgefallen. Doch dieser Artikel ist ein schriftlicher Dank von mir allemal wert. Er beschreibt die Lage, so wie diese wirklich ist. Im Gegensatz zu den hohen Stellen in Bonn sieht man den Realitäten klar ins Auge.

Als ehemaliger Häftling (zweieinhalb Jahre Rostock und Magdeburg voll „abgesessen") wehre ich mich gegen eine Politik des Verschweigens gegenüber den Machthabern im anderen Teil unseres Vaterlandes. Ich glaubte mit auch meiner Wahl, nun wird mal ein anderer Wind in Sachen Ostpolitik wehen; wieder fällt den Verantwortlichen nichts anderes ein, als eine noch schlimmere Fortsetzung der unheilvollen Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung in Bewegung zu setzen.

Ich fühle mich aber diesem Staat, nicht der Regierung, verpflichtet. Mein Vaterland ist Deutschland, meine Heimat ist heute noch Pommern, und „drüben" wohnen Landsleute, Deutsche, denen ich mich verpflichtet fühle. Dies kann ich von einer, von mir, gewählten Regierung ebenfalls verlangen. Als die Herren noch in der Opposition standen, da sprachen sie das aus, was ich von ihnen erwartete, wenn sie mal an der Regierungsverantwortung sind.

Sehr geehrter Herr v. Loewenstern, ich erwarte von Ihnen noch mehr solcher brillanten Artikel. Sie sind das Salz in der Suppe. Ich lese die Zeitung nicht zuletzt wegen ihrer klaren Stellung in der Ostpolitik und kann nur immer sagen, ja, so ist es, ich kann es bezeugen. Überall gibt es Menschen, die so und genau so denken wie Sie und ich, und ich bin überzeugt, die Wahrheit wird gegenüber dem Unrecht obsiegen. Schreiben Sie weiter so und mehr, denn ich glaube, wir dienen dem Vaterland und der Demokratie jeder auf seine Weise, so am besten.

Dies schreibe ich Ihnen als Leser und wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Arbeit.

Eckard Wolfermann, Tornesch

Fröhliche Spiele

„Heimjubel"; WELT vom 7. August

Besten Dank für Ihre Richtigstellung. Einige Leute werden eben nie den Unterschied zwischen Patriotismus und Chauvinismus kapieren. Wenn es einen Patriotismus gibt, der chauvinistische Züge trägt, dann doch wohl der, der in der Sowjetunion exerziert wird. Aber bestimmte Leute brauchen eben immer etwas zu meckern. So werden diese Spiele ungezwungener Fröhlichkeit, noch dazu ohne einen Steuer-Cent finanziert, als Kommerz- und Hollywood-Spiele abqualifiziert, während die gleichen Geister 1980 die in ihrer bürokratischen Durchorganisiertheit eher an die Nürnberger Reichsparteitage erinnernden Moskauer Spiele als „Demonstration der Leistungsfähigkeit eines sozialistischen Staates" gefeiert hatten – Spiele, zu denen ein Kreml-Herrscher die Jugend der Welt – unverständlicherweise auch die Frankreichs Giscard d'Estaings – versammelt hatte, während die Jugend Afghanistans in ihren Bergdörfern abgeschlachtet, vielleicht auch „nur" durch als Spielzeug heimtückisch getarnte Minen verstümmelt wurde.

Der überragende Beifall für die Rumänen in Los Angeles hat zudem gezeigt, daß – was Moskau ja bestreitet – nicht nur die „persönliche Sicherheit" der Athleten aus dem Osten voll gewährleistet gewesen, sondern ihnen als Menschen und Sportlern auch die Sympathie des amerikanischen Volkes zuteil geworden wäre. Das amerikanische Volk kennt eben keinen solchen Haß gegenüber dem russischen, wie er in offiziellen Äußerungen aus Moskau gegenüber den USA wahrzunehmen ist, etwa wenn wie vor kurzem die ergreifende Beisetzung des letzten Vietnam-Gefallenen in Arlington vom Kreml als „militärische Orgie" verunglimpft wird.

K. Groß, Mannheim 81

Zivilschutz?

„Als David den Goliath schlagen!"; WELT vom 23. Juli

Sehr geehrte Damen,

sehr geehrte Herren,

so interessant und schlüssig die Ausführungen des früheren Inspekteurs des Heeres mit dem Blick in die Zukunft der Bundeswehr auch sein mögen, lassen sie dennoch einen für mich wichtigen Gesichtspunkt vermissen. Wie auch bei anderen zu früheren Zeitpunkten der Öffentlichkeit vorgelegten Verteidigungskonzepten berücksichtigt auch dieser Plan nicht die Rolle der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall.

In allen verteidigungspolitischen Planungsvorhaben wird der Eindruck erweckt, als stünde bei der Verwirklichung der Verteidigungskonzepte den zum Einsatz gelangenden Truppen ein entvölkerter Verteidigungsraum zur Verfügung, in dem alle noch so wirkungsvollen neuen Waffen ohne Rücksicht auf dort lebende Menschen Verwendung finden könnten. Ich will dabei noch gar nicht auf die in der Bundesrepublik Deutschland völlig unzureichende Zivilverteidigung abstellen, sondern lediglich auf den Umstand hinweisen, daß in dem in Frage kommenden Verteidigungsraum viele Bundesbürger leben, die im Verteidigungsfall unweigerlich direkt von den dann einsetzenden Kriegshandlungen an Leib und Leben betroffen würden – es sei denn, es wären geeignete Schutzmaßnahmen für sie vorbereitet. Doch davon hört und sieht man nichts!

Ist es schon historische Vergangenheit, daß vor bald 40 Jahren in den deutschen Ostgebieten Millionen von Menschen in einen Strudel von Not, Leiden und Tod gerissen wurden, weil die zur ordnungsmäßigen Rückführung notwendigen Maßnahmen zu spät oder gar nicht getroffen wurden?

Jedes verteidigungspolitische Konzept, so gut es auch immer sein mag, steht und fällt mit der Verteidigungsbereitschaft des Volkes. Jede militärische Planung muß zuerst auch diejenigen berücksichtigen, die es zu schützen und zu verteidigen gilt – die Menschen!

Mit freundlichen Grüßen
W. Thiemann, Hamburg 73

Kaum möglich

„Der arme Held von Tannenberg"; WELT vom 28. Juli

Die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und Reichspressechef Zechlin im Herbst 1931 kann sich in der geschilderten Form kaum abgespielt haben. Wenn Hitler einmal Kanzler geworden sei, könne ihn der Präsident nicht mehr „loswerden", meinte Zechlin. Darauf solle Hindenburg erwidert haben: „Aber ich habe die Kanonen."

Zwar hatte Präsident Ebert sich das Recht vorbehalten, „unmittelbare Befehle" zu erteilen (Reichsgesetzblatt vom 20. 8. 1919); aber nach Art. 50 der Reichsverfassung bedurften alle Anordnungen des Präsidenten, „auch solche auf dem Gebiet der Wehrmacht", der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister. Nach den „Befehlsbefugnissen im Reichsheer" vom 28. 1. 1926 unterstanden die Oberbefehlshaber der Gruppen und die Divisionskommandeure dem Reichswehrminister „unmittelbar" (und nicht etwa dem Chef der Heeresleitung); so viel zum „Staat im Staate". Reichsheer und Reichsmarine waren auf die Verfassung vereidigt und straff diszipliniert. Der Vergleich mit 1918, als die alte Armee nur noch bedingt einsatzfähig war, ist unsinnig, und Hindenburg hätte ihn nicht gelten lassen. In Krisenlagen hat sich die Reichswehr als verfassungstreu erwiesen; die Schlüsselstellung hatte der Reichswehrminister, der im übrigen das Vertrauen des Reichstags besitzen mußte; ihm war der „Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches" übertragen.

F. Doepuer, Celle

Wort des Tages

„Es gibt manche Erlebnisse in unserem Dasein, die uns nichts zu sagen haben, solange wir sie anrufen; und wir halten sie für stumm. Aber wenn wir nur die Geduld haben, ein wenig abzuwarten und stillzuhalten, so hallt uns mit einem Mal ihr drei- und vierfaches Echo donnernd zurück."

Egon Friedell; österreichischer Kulturhistoriker (1878–1938)

Waldsterben

„Alle reden vom Abgas, doch es gibt Mißverständnisse"; WELT vom 6. August

Sehr geehrter Herr Horrmann,

endlich haben Sie geschrieben, was schon lange fällig war! Seien Sie sehr herzlich bedankt für Ihren Artikel, in dem Sie klarlegen, daß die Autoabgase nur in geringem Umfang am Waldsterben schuld sind.

Wäre das der Fall, dann müßten die Wälder an den Autobahnen am stärksten betroffen sein, was nur in vereinzelten Fällen zutrifft. Das hätten die Politiker, jeglicher Couleur, schon längst merken müssen, wenn sie über diese Straßen fahren.

Das Waldsterben ist zweifellos durch Industrieabgase verursacht, hat aber in vielen Fällen ganz andere Ursachen, die wissenschaftlich noch nicht endgültig erfaßt sind. Das deutsche Forstwesen, das über Jahrhunderte unsere Wälder erhalten hat, wird Mittel und Wege finden, unsere so notwendigen und schönen Forsten zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen
Klaus Bahr, Soltau-Ahlften

Prioritäten

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mehr als tragisch, zu erleben, wieviele Politiker in der Bundesrepublik in ihrer Selbstdarstellung über die Strenge schlagen. Anstatt sich den brennenden Problemen unserer Zeit zu stellen und erfolgversprechende Anregungen z. B. zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Dämpfung der steigenden Kriminalität zu entwickeln, versuchen sie sich als Schulmeister der Nation einige verwelkte Lorbeeren zu erringen.

Die Römer riefen zu ihrer Zeit den geltungshungrigen Senatoren die Ermahnung zu: Favete linguis! Und heute sollten die Bundesbürger lauter denn je ihren Politmanagern zurufen: „Setzt Prioritäten und hütet eure Zungen!" Denn auch in der Politik gilt ein bekanntes Sprichwort: „Reden ist Silber und Schweigen ist Gold!"

Erst scharf nachdenken ... dann sondieren und schriftlich formulieren ... die teuer bezahlten Sachverständigen konsultieren, dabei sich auch einmal versehentlich auf die Zunge beißen!

Mit freundlichen Grüßen
A. Oelke, Elze 1

Personalien

KIRCHE

Der Regensburger Weihbischof Dompropst **Karl Flügel**, der gestern seinen 69. Geburtstag feierte, hat auf ärztliche Empfehlung hin Papst **Johannes Paul II.** seinen Amtsverzicht angeboten. Flügel, seit 1968 Weihbischof und Bischofsvikar, ist unter anderem Mitbegründer der Ökumene-Kommission der katholischen Bistümer Bayerns und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Bayern. Innerhalb der deutschen Bischofskonferenz war er Mitglied der Liturgie-Kommission, Sprecher der Würzburger Synode zum Thema „Kirchliche Verwaltungsgerichtsordnung" sowie Mitglied der Ökumene-Kommission und Leiter deren ständiger Arbeitsgruppe für Fragen des Judentums. Außerdem gehörte er der vatikanischen Kommission für religiöse Beziehungen mit dem Judentum an.

VERÄNDERUNG

Eberhard Dobner (55), bisher Vorsitzender der Geschäftsführung der Mannesmann Demag Baumaschinen in Düsseldorf, ist vom Aufsichtsrat der Mannesmann Demag AG, Duisburg, zum Vorstandsmitglied berufen worden. Dobner, der nur den Bereich „Allgemeiner Maschinenbau" übernehmen soll, wird zum 1. September Nachfolger von **Franz Sievering**, der in den Vorstand der Mannesmann AG wechselt.

VERANSTALTUNG

Berlin will die Bonner Szenerie wieder mit dem schönsten Sommerfest des Jahres schmücken: Für den 12. September, von 18.00 Uhr an, lädt Bundessenator Professor **Rupert Scholz** gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister **Eberhard Diepgen** zur „Laubenpieper-Fête" auf den „jrünen Rasen" an der Joachimstraße. In der ersten Nachferien-Sitzungswoche des Bundestages wird „tout Bonn" ante portas stehen. Als höchster Repräsentant des Staates wird Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** bei „seinen" Berlinern vorbeischauen. Seine beiden Vorgänger **Karl Carstens** und **Walter Scheel** erhielten ebenfalls Einladungen. Bei Bundesratspräsident **Franz Josef Strauß** angefangen, werden auch sämtliche deutschen Länderchefs in die Berlin-Vertretung gebeten. Die ehemaligen „Regierenden" Berlins könnten sich zum Gruppenfoto versammeln: Neben von Weizsäcker wären es die eingeladenen **Hans-Jochen Vogel**, **Dietrich Stobbe**, Pfarrer i.R. **Heinrich Albertz** und **Willy Brandt**. Auch das gesamte diplomatische Corps am Rhein kann sich an Berliner Spezialitäten laben, die für insgesamt 4000 Gäste vor den exotischen Kulissen aus dem Fundus des „Deutsch-amerikanischen Volksfestes" in Berlin gereicht werden. Berlin präsentiert seinen grünsten Bezirk, den Villenvorort Zehlendorf, der zugleich amerikanische Freunde mitbringt. Stadtkommandant Generalmajor **John H. Mitchell** läßt sich von Berlins US-Air-Force-Chef Oberst **Spivey** und den 38 Musikern der 298. US-Army-Band begleiten. Die Gastgeber lassen an 30 Ständen Milch und Honig nach Berliner Art fließen: 3000 Bockwürste, 4000 Buletten, 500 Soleier, 6000 Brötchen, 1600 „Schusterjungen", 2000 Pfannkuchen, 1200 Rollmöpse, 2000 Reibekuchen und 300 Kilogramm Spießbraten, Faßbrause, Berliner Weiße, Rote Grütze und kalifornischer Wein werden die Besucher ergötzen.

SPORT

Der langjährige Vorstandsvorsitzende der Bayer AG, Professor **Herbert Grünewald**, ist zum Ehrenvorsitzenden der am 1. Juli aus der Taufe gehobenen Turn- und Sportvereinigung „Bayer 04 Leverkusen" ernannt worden. **Hermann-Josef Strenger**, Grünewalds Nachfolger als Konzernchef, versprach während eines Empfangs für die Teilnehmer der Olympischen Spiele der Bayer-Vereine aus Leverkusen, Krefeld und Dormagen den Sportlern auch weiterhin gezielte und großzügige Unterstützung. Unter den 29 Teilnehmern der Spiele in Los Angeles (die aus Bayer-Vereinen kommen), die im Rahmen des Stiftungsfestes geehrt wurden, befanden sich neben den Goldmedaillengewinnern **Ulrike Meyfarth** und **Freddy Schmidtke** sowie dem Zehnkampf-Zweiten **Jürgen Hingsen** auch drei siegreiche Leverkusener Teilnehmer an der Behinderten-Olympiade.

Die Katze läßt das Schnurren nicht: Das Comeback der Eartha Kitt

Das schwarze Gretchen von Berlin

Mit denen, die eine dunkle Haut a priori unwiderstehlich finden, ließe sich über ihre Schönheit sowieso nicht streiten. Doch das Betriebskapital von Eartha Kitt wirkt unabhängig von optischen Schlüsselreizen: Ihre Stimme, eine unverwechselbare Mischung aus Irish Coffee von vorn und knallroten Krallen von hinten, ließ einst Aga Khan ebenso unruhig auf dem Prunksessel herumrutschen wie jüngst die Teleplauderer von Radio Bremen auf den Requisitenstühlen.

Kein Vergleich? Gewiß, aber die Zeiten, in denen die „cat woman" mit ihresglamourgleichen, den „in-people", verkehrte, sind vorbei. Mit Albert Einstein teilte sie die Torte, mit Robert Kennedy manche Sorge, die Monroe fragte tags und nachts um Rat, und die Liste ihrer Verehrer von James Dean bis zu lebender Prominenz macht Eartha Kitts Autobiographie zur Fundgrube für Freunde des Jet-set-Tipapo.

Der Titel allerdings, „Alone With Me", signalisiert, daß die Frau aus South Carolina nur sich selbst traut. Was Wunder, wenn man für die Schwarzen zu hell und für die Weißen zu dunkel war und im Vorschulalter die ersten von mehreren Pflegeeltern zu akzeptieren hatte.

Über die Tanzschule der Catherine Dunham kam sie in eine Tourneetruppe, gastierte in Europa und setzte sich schließlich in Paris als Sängerin ab. Während die BBC ihre Songs als „zu gewagt" aus dem Programm strich, lechzten andernorts die Discjockeys nach der erotischen Samtstimme.

Orson Welles lockte sie in Paris zum Theater, und neben ihm spielte sie (als Helena und Gretchen!) Faustisches auch in Berlin. Während Welles sie als „die aufregendste Frau der Welt" offiziell lobte, biß der Doppelpfünder „als Kompliment für alle

Bananas – ARD, 20.15 Uhr

Frauen aller Zeiten" der ranken Eartha auf der Bühne die Lippen wund...

Den Broadway eroberte die Frau, „die halb wie ein Kind und halb wie eine Teufelin aussieht" (Phyllis Batelle), erst Anfang der fünziger Jahre. Und alles wäre denn auch im schönsten Show-Rahmen geblieben, hätte Eartha Kitt nicht im Weißen Haus



In der Sparte „Vollweib" hat sie keine Konkurrenz zu befürchten: Eartha Kitt FOTO: DPA

dem damaligen Präsidenten Johnson vor versammelter High Society die vietnamesischen Leviten so heftig gelesen, daß „Ladybird" Johnson an den Rand eines Weinkrampfes kam. Das Ende vom bis dahin so begehrten Lied: FBI und CIA sorgten mit gezielten Dossiers für einen rund zehnjährigen Karriereknick der Widerspenstigen.

Zähmen konnte sie bisher niemand. Doch mit Präsident Carters rehabilitierender Einladung vor sechs Jahren war der Weg in die Show-Oberschicht wieder frei.

In den vergangenen Jahren brillierte Eartha Kitt in Broadway- und TV-Rollen, und daß sie nun auch bei uns TV-Auftritte und Tourneen angeboten bekommt (Start am 8. 9. in Hamburg), hat geschäftliche Gründe. Erst nachdem sie mit Hilfe der Disco-Spezialisten Jacques Morali und Henri Bellolo (Village People, Ritchie Family, Break Machine u. a.) in die amerikanischen und dann auch die deutschen Hitparaden aufsteigen konnte, erinnerte man sich an den ungebrochenen Reiz der mittlerweile 56jährigen.

Bei ihrem „Bananas"-Auftritt hat sie keine jüngere Konkurrenz zu fürchten, denn die Sparte Vollweib ist fast verwaist, seit ihre Kolleginnen mehr auf die Waffen der Kosmetik als die einer Frau setzen. Und wenn Eartha Kitt inmitten der WDR-Kulisse ihren aktuellen Hit „I Love Men" schnurrt, öffnen sich ihr auch jüngere Ohren glühend und gläubig. Denn Showgeschäft ist so tun als ob, und das beherrscht die „cat woman" seit mehr als dreißig Jahren.

MICHAEL HENKELS

MOTORSPORT / Der Österreicher Niki Lauda steht vor seiner dritten Fahrer-Weltmeisterschaft

Offensichtlich macht ihm das Fahren im Kreis wieder ganz großen Spaß

DIETER SCHULZ, Zeltweg

„Jetzt gibt es nur eine Devise: nicht ausruhen auf den Lorbeeren, sondern voll angreifen, den Vorsprung ausbauen, das Punktepolster erhöhen." Das sagt der zweimalige österreichische Exweltmeister Niki Lauda (35) nach seinem Sieg am Sonntag im Grand Prix von Österreich, dem zwölften Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft 1984. Es war Laudas 23. Sieg in einem Formel-1-Rennen, und mit dem ersten Erfolg auf seiner Heimatstrecke übernahm er die Führung in der Weltmeisterschaftswertung. Laudas Analyse: „Es war alles in allem ein glücklicher Sieg. Glücklich, weil das Getriebe im Eimer war und ständig der vierte Gang heraussprang. Glücklich aber auch, weil mein Team-Kollege Alain Prost ausfiel und keine Weltmeisterschaftspunkte erhalten konnte."

Dreizehn Jahre lang ist Niki Lauda jetzt im Formel-1-Geschäft, 153 Rennen hat er bisher gefahren – er ist der erfahrenste aller Grand-Prix-Piloten. Das ist der eine Pluspunkt. Der andere: Wenn Lauda unter Druck steht, ist er besonders gut. Vor dem Rennen in Österreich war der Trubel um Lauda in der österreichischen Öffentlichkeit besonders groß. Lauda wußte, er mußte gewinnen, das war er sich, seiner Firma und vor allem den österreichischen Fans schuldig. Nach dem Rennen sagte er: „Es war der richtige Erfolg im richtigen Moment."

Es war freilich auch ein Erfolg der Teamarbeit zwischen Lauda, dem englischen Rennstahl McLaren und dem deutschen Motorenhersteller Porsche. Lauda: „Der Sieg ist das Resultat einer langfristigen, sorgfältigen und ungemein funktionierenden Kooperation."

Er selbst hat dafür zwei Dinge getan: Einmal hat er noch mehr Konditionstraining als in den vergangenen Jahren absolviert, zum anderen hat er sich auf die spanische Insel Ibiza zurückgezogen. Dort kann er sich in aller Ruhe auf seine Arbeit als Rennfahrer konzentrieren. Als Lauda noch in der Nähe von Salzburg lebte, war das anders. Da konnte er sich trotz ständig wechselnder geheimer Telefonnummer vor Anrufern und Besuchern kaum retten. Das alles hat ihn in der Konzentration doch sehr gestört.

Das alles ergibt als Summe wohl den besten Lauda, den es je gegeben hat. 24 Grand-Prix-Siege hat der legendäre ehemalige argentinische Mercedes-Fahrer Juan Manuel Fangio erreicht. Lauda hat es nun auf 23 gebracht. Er sagt dazu: „Das interessiert mich nicht, ich bin doch kein Statistiker, sondern ich bin Rennfahrer. Ich beteilige mich auch nicht an einem Rechenexempel über Chancenabwägung in Sachen Weltmeistertitel. Bin ich denn ein Buchhalter? Solche Rechnungen sind doch immer unrealistisch."

Was für Lauda realistisch ist: Das nächste Rennen der Formel-1 findet in 14 Tagen auf dem holländischen Dünen-Kurs von Zandvoort statt. Dort will Lauda seinen Vorsprung gegenüber Prost ausbauen.

Lauda: „Erstens ist die Strecke von Zandvoort eine meiner liebsten. Zweitens haben wir vor einem Jahr auf dieser Stecke zum ersten Mal den Turbo-Motor von Porsche eingesetzt. Damals hatte er noch seine Kinderkrankheiten. Doch diesmal kommen wir mit einem standfesten Sieger-Aggregat."

Noch niemals in seiner 13jährigen Laufbahn schien Lauda das Kreisel-Fahren, wie er es nennt, soviel Freude zu bereiten. So hat er sich denn auch kurz entschlossen, auf jeden Fall im nächsten Jahr noch weiterzumachen – „gleichgültig, ob ich Weltmeister werde oder nicht". An diesem Entschluß soll sich in naher Zukunft nichts mehr ändern.

Die österreichische Presse schreibt im Falle Lauda bereits vom besten Auto-Rennfahrer aller Zeiten. Die Meldung von Laudas Sieg rückte in den Nachrichten an die erste Stelle und degradierte das übrige Weltgeschehen – ob Politik, Kultur oder Wirtschaft – zur Bedeutungslosigkeit. Am Tag nach Laudas Triumph in Zeltweg waren zum Beispiel die Fernsehredakteure in Wien in fieberhafter Eile damit beschäftigt, Dokumentationen und Lauda-Porträts für abendliche Sondersendungen zusammenzustellen. Laudas Kommentar dazu: „Die Leute wissen gar nicht, was sie tun."



Foto mit Seltenheitswert: Ein strahlender Niki Lauda mal ohne Kopfbedeckung. Links Nelson Piquet, rechts der Italiener Alboreto FOTO: AP

KRITIK

Emotionaler Sand im Getriebe

In sieben Folgen will das ZDF zur Kinderstundenzeit „die Personen kenntlich machen, die Recht sprechen". In der Serie **Die Schöffin** begann Renate Küster als Johanna Nähtebusch ihr schwieriges Amt als ehrenamtliche Laien-Richterin.

Dabei hat sie erhebliche Probleme, weil sie das Verfahren bei Gericht nicht kennt und ihr Gerechtigkeitsempfinden aus Emotionen gespeist wird. So klagt sie darüber, daß eine Frau wegen einer gestohlenen Haarbürste ins Gefängnis muß, wo doch „Politiker in Millionenhöhe" Gelder verschieben und unbehelligt bleiben und reiche Firmenbesitzer ungestört die Umwelt verhunzen. Reichlich unreflektiert reibt sie sich an der Welt um sie herum und muß doch – da sie von der Gemeindevertretung auf die Liste gesetzt und dann zur Schöffin gewählt wurde – ein Teil dieses Getriebes sein, in das sie eigentlich Sand bringen wollte.

Die erste Folge wies die Autoren als Kenner des Justizbetriebes und ihrer Probleme aus. Das indes war auch zugleich ihre Schwäche, denn sie setzten bei den Jugendlichen viel zuviel voraus und bekräftigten Aversionen gegen den Rechtsstaat, wo sie durch das Vermitteln von Kenntnis Verständnis schaffen wollten.

HANS-HERBERT HOLZAMER

Gestörtes Schäferstündchen

Nach Soft- und Seelenkrimi, nach dem Inspektorfilm und dem Action-Thriller jetzt eine neue Gattung: der „Leerkrimi". „Gelegenheit macht Liebe" aus der Reihe **Tatort** (ARD) – das klingt originell, aber hier machte nicht die Gelegenheit Liebe, sondern das Thema Liebe gab Gelegenheit, den Zuschauer zu narren.

Da treibt es ein Pärchen – beide brav verheiratet, aber anderweitig – auf Autositzen im Wald; ein jugendlicher Verbrecher zwingt den Mann per Kanone auszusteigen und braust mit Frau und Kumpel los. Bis dahin dürfen wir den Tathergang miterleben, und so weit es ums gestörte Vergnügen im Auto geht, sogar recht präzise. Aber dann geht der Vorhang radikal runter, das letzte Zipfelchen des Geschehens wird uns verwehrt.

So weit, so gut. Auch gelungene Krimis lieben Geheimnisse vor dem Zuschauer, ja, leben oftmals davon. Doch entrollen sie den Hergang dann Schritt für Schritt mit dem Instrument der Logik. Gerade dem aber widerstrebt Autor Peter Hemmer aufs erfolgreichste.

Warum nur macht die überfallene Frau den Mund nicht auf, obwohl sie es ja gar nicht war, die den Übeltäter erschoß? Die Polizei weiß doch schon alles von dem Liebesspiel. Wenigstens könnte sie's ihrem Geliebten anvertrauen. Aber auch der Täter, der edel gehandelt hat, sagt nichts, obwohl er sich damit nur entlasten könnte. Sie sagen alle nichts – und zwar weil wir, die Zuschauer, es erst am Schluß erfahren dürfen.

Ein Krimi, dessen konstruierter Peinlichkeit auch der überzeugende Manfred Krug als Hauptkommissar ohne modischen Look unterliegen muß.

MARIUS PERMANN

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Ein Münchner in New York
Filmhumoreske
11.10 Die weißen Teufel und der Tod
12.10 Reportage am Montag
Ramadan-Rallye
Reise einer türkischen Familie in die Heimat
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Der Reiche, der nicht sterben wollte
Puppenspiel der Kleinen Bühne
Nach einem thailändischen Märchen
15.30 Der Spatz vom Wallrafplatz
Kleine Geschichten aus einer großen Stadt
16.00 Tagesschau
16.10 Gefühls-Sachen
In ewiger Treue...?
Über ein Gefühl, das dauern soll
Fast jeder, der sich mit den beiden Autoren Nina Kleinschmidt und Wolf-Michael Eimler auf eine Diskussion über die Treue einließ, suchte zunächst nach einer Definition.
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bananas
Musik und Nonsens
21.00 Monitor
Anschlag auf den Papst – Wer steckte wirklich dahinter? / Gift im Sperma – Werden Deutschlands Männer unfruchtbar? / Zweifelhafte Geschäfte mit Industrieansiedlungen / Post vor dem Bankrott?
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
Schmutziger Trick
J. R. ist weiterhin mit der Ausschaltung seines Rivalen Cliff Barnes beschäftigt und will dazu den Regierungsbeauftragten Edgar Randolph für sich gewinnen. Doch der gilt als unbestechlich.
22.30 Tagesthemen
23.00 Wenn die Musik aus ist, dann ist auch die Liebe aus
Film über zwei Außenseiter von Volker Arend und Reinhard Donga
Mit Carola Niemann, Ferdinand Zander, Hans Grafl und Karl Scheydt
Das Mischlingsmädchen Manuela (18) und Franz (19) kennen sich schon seit ihren Kindertagen. Manuela wurde damals wegen ihrer Hautfarbe gehänselt und Franz wegen seines Hinkens, Folge einer Kinderlähmung. Beide, die verlachten Außenseiter, haben sich zusammengetan, weil sie spürten, daß sie sich gemeinsam stützen können.
0.30 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Es ist so weit nach Tampa Blues
Amerikanischer Jugendfilm (1979)
15.50 Ferienkalender
16.05 Flipper
... und die Einbrecher
16.30 Mosaik
Für die ältere Generation
Bericht über die Altenpflegeschule in Wiesbaden
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Günter Noris mit neuer Big Band
17.50 Mein Name ist Hase!
Trickserie mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Lehmanns
Letzte Folge: Das Interview
Leo Lieven, der Chefredakteur des Fahrensburger Anzeigers, will eine Reportage über Arbeitslosigkeit machen und stößt bei seinen Recherchen auf Karl, der sich gleich freudig in Szene setzt.
19.00 heute
19.30 Ehen vor Gericht
Von Ruprecht Essberger
In Sachen: Schumacher gegen Schumacher, 1. Teil
21.00 Tierporträt
Die Tage der Nachtreiher
Film von Klaus Janich über das heimliche Leben dieser seltenen Vögel
21.15 WISO
Sozialreport: Endspurt für mehr Lehrstellen / Hintergrund: Hoesch – Rohwedders Rezept für Stahlkochersanierung / Blickpunkt Bonn: Mehr Schwung durch weniger Steuern – Interview mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg / Tip: Fahrtkosten – Fußangeln in der Handwerkerrechnung
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Neuer deutscher Film
Kamikaze 1989
Nach dem Roman „Mord im 31. Stock" von Per Wahlöö
Mit Rainer Werner Fassbinder, Günther Kaufmann, Boy Gobert, Nicole Heesters u. a.
Regie: Wolf Gremm
In einer völlig gleichgeschalteten Gesellschaft, in der sämtliche Medien Harmonie und sozialen Frieden predigen, ergeht eine Bombendrohung, die diesen Scheinfrieden ernsthaft gefährdet.
23.50 heute

III.

WEST
18.00 Schulfernsehen
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
Mit Charlie Chaplin
19.00 Rockpalast
Wolf Maahn und die Deserteure
Open-air-Festival

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Wanderungen durch die DDR (7)
Rund um Oberhof
21.00 Herr Hesselbach und der Windhund
22.00 Vom Empire nach Europa (3)
Großbritannien von 1900 bis zum Jahre 2000
Sendereihe von und mit Professor Ralf Dahrendorf
Identität und Zukunft
Eine Produktion der BBC, London
23.15 Alle lieben Bob
Schultzys Traum
23.40 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
18.45 Musik – Gymnastik – Plauderei
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nach dem Schlaganfall
20.15 Leben mit Experimenten
Der Maler Steffen Lipp
21.00 Musketier mit Hieb und Stich
Frz.-rümänisch-ital. Spielfilm (1970)
Mit Jean-Paul Belmondo, Marlène Jobert, Michel Auclair u. a.
Regie: Jean-Paul Rappeneau
22.35 Korsika – zwischen Terror und Tourismus
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Hundert Millionen im Eimer
Frz.-ital. Spielfilm (1964)
20.25 Die Skadels
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
Nach dem Schlaganfall
21.30 Rundschau
21.45 Ordnung und Sauberkeit
Schweizer sehen Schweizer
22.30 Im Gespräch
Treffpunkt Freimann
23.15 Rundschau

SPORT-NACHRICHTEN

Keine Olympia-Revanche

Düsseldorf (sid) – Die geplante Olympia-Revanche zwischen der deutschen Handball-Nationalmannschaft und Goldmedaillen-Gewinner Jugoslawien fällt aus. Terminprobleme verhindern die beiden Länderspiele der Finalisten von Los Angeles, die im Oktober in Dortmund und Stuttgart ausgetragen werden sollten.

Schatzschneider trainiert

Gelsenkirchen (sid) – Dieter Schatzschneider, der wegen einer Viruserkrankung drei Tage im Bett bleiben mußte, hat das Training wieder aufgenommen. Der Bundesliga-Aufsteiger Schalke 04 will Schatzschneider zum Saisonstart der Fußball-Bundesliga am Freitag (20.00 Uhr) bei Borussia Mönchengladbach einsetzen.

England: Ruhige Fans

London (dpa) – Rund 100 000 Fans kamen zum Traditionsspiel zwischen dem englischen Meister FC Liverpool und Pokalsieger FC Everton ins Londoner Wembley-Stadion. Everton gewann 1:0. Die Einnahme von umgerechnet rund 2,14 Millionen Mark kommt nach Abzug aller Kosten wohltätigen Zwecken zu. Trotz der großen Rivalität der beiden Liverpooler Klubs blieben die in England üblichen Zuschauerkrawalle aus.

70 000 feierten Maradona

Neapel/Genua (sid) – Fußball-Star Diego Maradona, für 20 Millionen Mark von Barcelona nach Neapel gewechselt, wurde in seinem ersten Spiel für die Italiener von 70 000 Zuschauern begeistert gefeiert. Dabei konnte Maradona beim 0:0 gegen River Plate Buenos Aires nicht überzeugen. Karl-Heinz Rummenigge kam mit seinem neuen Klub Inter Mailand bei Sampdoria Genua zu einem 3:2-Erfolg. Rummenigge erzielte das erste Tor und wurde dann zur Schonung ausgewechselt.

Köln verliert Manager

München (sid) – Helmut Bauer, Manager des Eishockey-Bundesligaklubs Kölner EC, wird ab 1. April 1985 für den Deutschen Eishockey-Bund (DEB) arbeiten. Das genaue Aufgabengebiet von Bauer ist allerdings noch nicht abgesteckt.

Termin steht fest

Port of Spain (sid) – Die Gruppen-Auslosung für das Endturnier der Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko (31. Mai bis 29. Juni), an der 24 Mannschaften teilnehmen, wird am 16. Dezember 1985 in Mexiko City vorgenommen. Das teilte Jaoa Havelange (Brasilien), Präsident des Internationalen Fußball-Verbandes (FIFA), in Trinidads Hauptstadt Port of Spain mit.

Unfall mit Motorboot

Lüttich (sid) – Von einem schweren Unfall wurde das siebte Rennen zur Motorboot-Weltmeisterschaft in der Formel eins überschattet. Auf der Maas in Lüttich überschlug sich der Engländer Tom Percival und wurde mit seinem Boot ans Ufer geschleudert. Die Ärzte geben dem Engländer kaum Überlebenschancen.

Tödlicher Unfall

Hausen (dpa) – Beim Hausenstein-Autobergrennen raste der 47 Jahre alte Formel-II-Fahrer Karl Jordan (Höfingen) mit 130 Stundenkilometer in einen Wald. Das Auto prallte gegen einen Baum, der Fahrer war sofort tot. Das Rennen wurde abgebrochen.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Kanada in Toronto. Finale: McEnroe – Gerulaitis (beide USA) 6:0, 6:3. – **Grand-Prix-Turnier in Stowe.** Finale: Smid (CSSR) – Purcell (USA) 6:3, 6:2. – **Damen-Turnier in Mahwah.** Finale: Navratilova – Shriver (beide USA) 6:4, 4:6, 7:5.

Bundesliga, zweiter Spieltag, Gruppe 1: TTC Iphitos München – Klipper Hamburg 0:9, Blau-Weiß Neuss – TC Bamberg 7:2, Rot-Weiß Berlin – RTHC Bayer Leverkusen 4:5. – **Gruppe 2:** TC Amberg – Waldau Stuttgart 5:4, Karlsruhe-Rüppur – ETUF Essen 4:5, Grün-Weiß Mannheim – HTV Hannover 3:6.

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Hannover. Männer: 100 m: 1. Glance (USA) 10,34 Sek., 2. Williams (Kanada) 10,44. 200 m: 1. Buttler (USA) 20,49 ... 4. Skamrahl (Deutschland) 21,27. 400 m: 1. McCoy (USA) 46,21 ... 4. Gießing (Deutschland) 47,22. 800 m: 1. Koskei (Kenia) 1:44,80, 2. Hamilton (Jamaika) 1:46,02, 3. Ferner 1:46,08, 4. Aßmann (beide Deutschland) 1:46,08. 400 m Hürden: 1. Schmid (Deutschland) 49,63. Hammerwerfen: 1. Tiainen (Finnland) 76,04. 2. Riehm (Deutschland) 75,48. Diskuswerfen: 1. Danneberg (Deutschland) 66,12, 2. Hjältnes (Norwegen) 64,86. Weitsprung: 1. Myricks (USA) 8,28. Hochsprung: 1. Mögenburg (Deutschland) 2,30. – **Frauen:** 100 m: 1. Williams (USA) 11,38, 2. Gaugel (Deutschland) 11,60. 100 m Hürden: 1. Kalek (Polen) 12,43 (Jahres-Weltbestzeit). Hochsprung: 1. Bulkowska (Polen) 1,92, 2. Holzapfel (Deutschland) 1,86. Weitsprung: 1. Everts (Deutschland) 6,61. Kugelstoßen: 1. Fibingerova (CSSR) 20,46, 2. Losch (Deutschland) 19,83.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 8, 21, 24, 27, 35, 44. Zusatzzahl: 20. – **Elferwette:** 0, 1, 1, 1, 2, 1, 1, 0, 2, 2, 0. (Ohne Gewähr)

LEICHTATHLETIK / Moses startet nicht mehr

Gagenforderungen der Stars gehen ins uferlose

dpa/DW. **Hannover/Zürich**

Kein Lauf – keine Gage. Die Organisatoren des I. Internationalen Hannoverschen Leichtathletik-Sportmeetings (IHLAS) blieben hart. Die beiden Olympiasieger Edwin Moses (400 m Hürden) und Evelyn Ashford (100 m) waren am Sonntag zur großen Verärgerung der 16 000 Zuschauer nicht im Niedersachsen-Stadion gestartet und mußten Hannover deshalb gestern ohne die vereinbarte Gage verlassen.

Edwin Moses sollte für seinen Lauf gegen den Olympia-Dritten und Europameister Harald Schmid (Gelnhausen) rund 42 000 Mark erhalten und Evelyn Ashford für einen 100-m-Sprint rund 23 000 Mark. „Sie haben dieses Geld nicht erhalten", bestätigte gestern Dieter Tolksdorf, der Schatzmeister des veranstaltenden Vereins. Tolksdorf: „Wir haben beiden lediglich die ihnen zustehenden Spesen für die Reisen von Berlin nach Hannover und ihre Aufenthaltskosten hier ersetzt."

Ein Sprecher der Organisationsleitung bestätigte am Tag nach dem großen Reinfall mit Moses/Ashford noch einmal: „Evelyn wollte wegen einer Zerrung nicht starten, Edwin hat sich tatsächlich kurz vor dem festgesetzten Starttermin über 400 m Hürden erbrochen. Die Ärzte schlossen nicht aus, daß nicht nur der Klima- und Zeitunterschied zwischen Los Angeles und Deutschland, sondern auch die frische Milch, die er am Morgen auf nüchternen Magen getrunken hatte, schuld an seiner Magenverstimmung waren."

Moses flog am Montag von Hannover zu den Verwandten seiner Ehefrau Myrella nach Berlin. Er erklärte kurz vor der Abreise: „Ich fühle mich nicht in Form, will am Mittwoch auch nicht in Zürich starten und in dieser Saison überhaupt nicht mehr in Europa."

Es erscheint allerdings sehr fraglich, ob Moses krankheitshalber absagen mußte. Im Falle des am Mittwoch in Zürich stattfindenden Sportfestes hatten der Organisator Res Brügger und Moses noch vor den Olympischen Spielen in Los Angeles eine feste Gage vereinbart. Wie schon in Koblenz ließ Moses über seine Ehefrau Myrella auch in Zürich mitteilen, daß er diesen fest vereinbarten Preis nicht mehr halten könne. Begründung: Er sei schließlich in Los Angeles Olympia-Sieger geworden, und das habe er vorher nicht einkalkulieren können. Infolgedessen müsse jede Verhandlungsbasis erst dann beginnen, wo der Verhandlungsspielraum eines Carl Lewis aufhöre (30 000 bis 40 000 Dollar). In Koblenz erklärte Meeting-Direktor Freddy Schäfer dem Ehepaar Moses, daß er unter diesen Gesichtspunkten allenfalls bereit sei, ihm die Ehrenmitgliedschaft des Heimatklubs anzutragen. In Zürich sagte gestern vormittag Res Brügger: „Wir stehen zu unseren Konditionen. Wenn Herr Moses nicht dazu steht, kann er bei uns nicht starten." In Zürich will man sogar so weit gehen, dem Publikum im ausverkauften Stadion per Lautsprecher zu erklären, warum Moses nicht läuft. Ein Sprecher des Leichathletik-Clubs Zürich zur WELT: „Ed Moses scheint in den letzten Wochen sehr schlecht beraten zu sein. Er ist nicht mehr derjenige, mit dem wir in den letzten Jahren verhandelt haben. Unser Sportfest berührt es nicht im geringsten, wenn Herr Moses fernbleibt."

Die Zürcher Veranstalter sind sich mit den Organisatoren des am Sonntag in Köln stattfindenden Sportfestes einig, daß man auch dort Moses keine Zusage erteilen wird. Gleiches gilt für das Meeting in Brüssel am Freitag.

Ein Sprecher des Zürcher Veranstalters zur WELT: „Die Sache ufert in diesem Sommer aus. Es scheint ein Zirkus zu sein, den wir kaum mehr in den Griff bekommen. Wir konnten dies schon vor zwei Jahren in Zürich beobachten, als bei unserer Veranstaltung die amerikanische Olympia-Siegerin Evelyn Ashford nach dem Vorlauf die Teilnahme am Finale wegen einer angeblichen Verletzung absagte und anschließend im Hotel versuchte, die Gagen für die übrigen Sportfeste nach oben zu treiben. Gott sei Dank waren sich damals die Veranstalter schon einig, und Evelyn Ashford saß drei Tage später in Köln nur auf der Tribüne."

Wollte man den Gagenforderungen der wichtigsten Leichtathletik-Stars nachgeben, käme man für einen Sportfest-Abend auf die Summe von 1,2 Millionen Mark. Darin wären weder die Gagen für die Konkurrenten enthalten noch die Spesen für Unterkunft, Reise und Verpflegung. In Zürich will man die Gesamtsumme auf rund 1,2 Millionen Mark begrenzen.

Die Stars der internationalen Leichtathletik-Szene aber pokern ungeniert weiter und fordern weit überzogene Gagen. Wann werden sie endlich einmal begreifen, daß sie sich den Ast absägen, auf dem zu sitzen?

STAND ● PUNKT / *Giuseppe Saronni – ein böses Ende*

Er galt als Nachfolger der Größten. Gino Batali, Fausto Coppi, Giuseppe Saronni – so stellte man sich im radsportbegeisterten Italien die Reihenfolge der besten Straßenfahrer aller Zeiten vor. Und Giuseppe Saronni schien diesem Ruf gerecht zu werden: Weltmeister und zweimal Sieger des Giro d'Italia, da schien sich eine Karriere wie aus dem Bilderbuch anzubahnen.

Doch Saronni hat sich verausgabt. Sein letzter Sieg datiert vom 29. Mai 1983, als er die Giro-Etappe von Mailand nach Bergamo gewann. Anschließend wurde ihm zwecks Aufbesserung des Renommees noch der Sieg bei einem unbedeutenden Kriterium in einer italienischen Kleinstadt geschenkt. Doch da mußten sich schon seine Adjutanten fleißig zurückhalten, um den Herrn Exweltmeister als Ersten über die Ziellinie fahren zu lassen.

Vor zwei Jahren konnte man in den führenden italienischen Zeitungen noch lesen, daß Saronni angetreten sei, die drei größten Rennfahrer unserer Zeit das Fürchten zu lehren: Bernard Hinault und Lorant Fignon sowie den alternden Italiener Francesco Moser. Doch nichts wurde daraus. Im Gegenteil. In diesem Jahr beteiligte sich Saronni wieder am Giro d'Italia – ohne daß es bemerkt wurde. Es geht das Gerücht, auf einer Flach-Etappe hätte er sich unter den ersten sechzig plaziert...

Die nächste Stufe des Abstiegs: Seelisch und körperlich am Ende nahm Saronni sogar eine Einladung an, um in Norwegen mit den skandinavischen und sowjetrussischen Amateuren um die Wette zu fahren.

Der Erfolg, so erzählt sein ehemaliger Widersacher Francesco Moser, sei Saronni in den Kopf gestiegen. Italienische Nächte statt Trainingsfahrten in den Abruzzen – das hätte aus ihm einen Versager gemacht.

Kurz vor den Weltmeisterschaften in Barcelona gehört Saronni zwar immer noch dem italienischen Kader an, doch als Ersatzfahrer für die Reserve. Das Ende eines Rennfahrers?

KLAUS BLUME

Kuron warnt die „Solidarnosc" vor Überheblichkeit

AP, Warschau

Der im Zuge der Amnestie aus dem Gefängnis entlassene polnische Bürgerrechtler Jacek Kuron hat sich besorgt über die Kluft zwischen dem Regime und der Gesellschaft geäußert, zugleich aber die Anhänger der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" vor Selbstherrlichkeit nach dem Muster der kommunistischen Machthaber gewarnt. Der ehemalige Leiter des Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung (KOR) will in Kürze in Danzig mit dem „Solidarnosc"-Vorsitzenden Lech Walesa zusammentreffen.

Kuron sprach einem Gewährsmann zufolge am Sonntag im 25 Kilometer westlich von Warschau gelegenen Ort Podkowa Lesna vor mehr als 1000 Menschen. „Ich fürchte wirklich sehr, daß es in der Gesellschaft eine wachsende Kluft zwischen ‚uns' und ‚denen' gibt", habe er erklärt. „So eine Spaltung wäre außerordentlich verhängnisvoll."

Die Anhänger der „Solidarität" dürften bei ihren Bemühungen um Reform der Gesellschaft nicht die Denkweise der Kommunisten übernehmen, fuhr Kuron fort, deren Überzeugung es sei, ihre Logik sei die einzige Logik. „Wir neigen manchmal leicht zu dem Glauben, wenn die Kommunisten am Ende seien, werde das allgemeine Glück ausbrechen. Wenn wir fortfahren, in der gleichen Weise zu denken wie sie, können wir ebenso schnell am Ende sein, wie sie es gewesen sind", wurde Kuron zitiert.

Am Freitag hatte Kuron angekündigt, er unterstütze Walesas Bemühungen, die „Solidarität" nach der Amnestie wieder zusammenzuscharen, und wolle noch in dieser Woche nach Danzig reisen. Walesa seinerseits hat erklärt, er wolle mit seinen früheren Mitstreitern eine gemeinsame Strategie entwickeln. Das Partei-Wochenblatt „Polityka" hatte am Freitag an die amnestierten politischen Häftlinge die Warnung gerichtet, sie sollten sich ihre Oppositionstätigkeit noch einmal überlegen.

Der frühere „Solidarnosc"-Führer Jan Rulewski ist nach eigenen Angaben gestern von der Staatsanwaltschaft in Bromberg verwarnt worden, weil er nach seiner Haftentlassung in einer Kirche ein Gedicht verlesen hatte. Ihm sei vorgeworfen worden, die Verse über den Tod von Bergleuten bei einem Poizeieinsatz gegen Streikende im Dezember 1981 hätten die Zuhörer „zu Widerstand und Rebellion angestachelt".

Die Situation der Deutschen in Polen bleibt trostlos

Schwere Nachteile im Berufsleben / Massive Vorwürfe gegen die Medien

idea, Bonn

Die umstrittenen Äußerungen von Kardinal Glemp über die Deutschen in Polen haben das Augenmerk auf die menschliche, kirchliche und nationale Lage der deutschen Minderheit gelenkt: Nach Ende der Vertreibung von etwa zwölf Millionen Deutschen nach 1945 blieben mindestens 1,8 Millionen Deutsche im polnischen Machtbereich, von denen etwa 1,35 Millionen in Ostdeutschland (Pommern, Schlesien und Ostpreußen), 431 000 Volksdeutsche im eigentlichen Polen und über 30 000 in der vormals freien Stadt Danzig lebten. Wie die Bundesregierung am 14. Dezember 1983 auf parlamentarische Anfrage mitteilte, beträgt ihre Zahl heute mindestens 1,1 Millionen. Davon leben rund eine Million in Pommern, Schlesien und Ostpreußen und im Danziger Gebiet sowie etwa 100 000 in den angrenzenden Gebieten, insbesondere in Ost-Oberschlesien und im übrigen Polen. Mindestens 120 000 Deutsche haben nachweislich den Wunsch, in die Bundesrepublik Deutschland auszureisen.

Bei den meisten Deutschen handelt es sich um die sogenannten Autochthonen, die vor allem in Oberschlesien, im Ermland-Masuren in Ostpreußen, der Kaschubei in Hinterpommern und in Ostbrandenburg leben. Diese etwa 1,25 Millionen Deutschen wurden nach 1945 zwangsweise zu Polen erklärt. Ihr Schicksal war grausam. Vielfach verloren sie ihren Besitz. Alle deutschen Merkmale – insbesondere der Gebrauch der deutschen Sprache – bekämpfte man kompromißlos. Selbst Kirchen, Kreuze und Gräber wurden geschändet, indem man deutsche Inschriften ausmeißelte oder einfach zertrümmerte. Was sich in den Jahren nach dem Krieg gegenüber den Deutschen abspielte, haben später mutige polnische Autoren als „Epos von Wahnsinn und Verbrechen" umschrieben. In der Zeit des sogenannten „neuen Kurses" zwischen Ende 1956 und 1959 trat eine merkliche Entspannung in der Behandlung dieser Deutschen ein. Nach 1959 begann dann eine erneute Verschärfung des Kurses.

Schikanen verschiedenster Art, *insbesondere Nachteile im Berufsleben bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes sind jedem sicher, der sein Deutschtum erkennen läßt.* Besonders zu leiden haben jene Personen, die Ausreiseanträge stellen. Sie werden vielfach sogar von kirchlichen Stellen bei der Vergabe von Hilfsgütern ausgeschlossen, die aus der Bundesrepublik nach Polen fließen. Anzuprangern ist ebenso die in den polnischen Medien andauernde Volksverhetzung.

Insgesamt ist die Lage der Deutschen trostlos. Polen ist das einzige Land im Ostblock, das die Deutschen in seinem Machtbereich formell überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt, sondern vielmehr alles unternimmt, um deren Existenz systematisch zu beenden. Und das trotz verfassungsmäßiger Garantien für Minderheiten und entgegen vielfachen völkerrechtlichen Verpflichtungen. Zwar sind in letzter Zeit wiederholt kritische polnische Stimmen laut geworden, und 1981 hat die inzwischen verbotene Gewerkschaft „Solidarität" Minderheitsrechte auch für die Deutschen gefordert, doch geändert hat sich *nichts.*

20 Monate Wehrdienst vorgeschlagen

● Fortsetzung von Seite 1

wirkungen der Veränderung der Streitkräfte nach innen wie nach außen in die NATO und gegenüber dem Warschauer Pakt im Sinne westlicher Sicherheit zu beherrschen.

Parallel zur Verlängerung des Grundwehrdienstes sieht das von Altenburg gestern vorgelegte Gesamtkonzept eine starke Vergrößerung des Anteils an längerdienenden Soldaten und eine ebenfalls einschneidende Erhöhung der Zahl der Wehrübungsplätze vor. In den die gestrige Sitzung vorbereitenden Papieren des Generalinspekteurs war die künftige Zahl von 12 000 Wehrübungsplätzen täglich genannt worden. Für alle Personalmaßnahmen zusammen sind zusätzlich erforderliche 6 bis 7 Milliarden Mark in den nächsten fünf Jahren errechnet worden.

Im Mittelpunkt der Beratung auf der Hardthöhe standen neben dem Problem des zukünftigen Personalumfangs die Fragen: Mit welcher Rüstung kann die Bundeswehr ihre Kampfkraft trotz der Personalknappheit halten? Wird die Bundeswehr ihre Organisationsstruktur beibehalten können, oder muß sie Verbände im Frieden bis auf einen kleinen Kader nicht nur stillegen, sondern sie ganz abschaffen?

Auch die Rüstungsbeschaffung für die kommenden 15 Jahre Bundeswehr wird nicht mit den bislang in der Koalition beschlossenen Haushaltsansätzen im Verteidigungsbudget möglich sein. Zu dieser Erkenntnis war Verteidigungsminister Wörner schon im Vorfeld der gestrigen Planungskonferenz gelangt: „Ich weiß, daß das, was ich vorhabe, mit Nullwachstum nicht zu finanzieren ist." Als zwar sehr knapp für die finanzielle Existenzsicherung der Bundeswehr gilt eine jährliche Steigerung der Verteidigungsausgaben um real drei Prozent. Dies wird als „politisch machbar und damit realistisch" angesehen.

Auf dem Rüstungssektor steht Wörner vor nicht minder gewichtigen Entscheidungen als auf dem des Personals. Das Heer braucht in der nächsten Dekade eine völlig neue „Generation" von gepanzerten Fahrzeugen, die Luftwaffe ein neues Jagdflugzeug. Die Marine muß neue Fregatten entwickeln. Ungeklärt ist schließlich die Grundsatzfrage, wie in die Bundeswehr neue weitreichende konventionelle Waffen eingegliedert werden sollen, die zum „Kampf in die Tiefe" geeignet sind.

*

DW. Bonn

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Uwe Ronneburger hat sich in einem Interview mit der „Bild"-Zeitung dafür ausgesprochen, vor einer Verlängerung der Wehrdienstzeit „alle anderen sinnvollen Möglichkeiten auszuschöpfen". Als Beispiele nennt Ronneburger: den häufigeren Einsatz von Reservisten; eine Einschränkung der Befreiung vom Wehrdienst; die vermehrte Einstellung langdienender Soldaten sowie die Entwicklung von Waffen, die weniger Bedienungspersonal erfordern.

Das Schreiben des Primas von Polen im Wortlaut

DW. Bonn

Das Schreiben von Jozef Kardinal Glemp an Joseph Kardinal Höffner:

„Eminenz,

ich verstehe die Bewegtheit, die im Zusammenhang mit meiner Predigt vom 15. August 1984 in dem Kloster Jasna Gora in den Massenmedien zum Ausdruck kommt. Persönlich – wie ich den Journalisten bei meinem Besuch in der Bundesrepublik sagte – möchte ich vermeiden, daß die Meinung der Presse das kirchliche Handeln beeinflussen könnte. Die Kirche in Polen ist fest entschlossen, ihre Aufgaben im Sinne des 2. Vaticanum zu erfüllen. In diesem Sinne war auch die Botschaft an die deutschen Bischöfe im Jahre 1965 gerichtet, und wir wollen diese Bemühungen weiterführen. Das habe ich in meiner Predigt auf Jasna Gora verdeutlicht. In diesem Geist bin ich auch mit großem Wohlwollen in der Bundesrepublik Deutschland im Juli 1984 von den Bischöfen, den Geistlichen und den Gläubigen empfangen worden. Dabei wurde auch die Forderung an mich herangetragen, eine besondere Seelsorge für die in Polen lebenden Deutschen einzurichten. Weil diese Stimmen, auf Liturgie in deutscher Sprache für bestimmte Gruppen hinzielend, sich von Gläubigen außerhalb Polens hören ließen und nicht von Gläubigen, die in Polen selbst wohnen, bedarf dies einer sorgfältigen Klärung.

In der Nachkriegszeit wurde die Kirche in Polen vor eine sehr schwierige Aufgabe gestellt. Es ging um die Erhaltung des Glaubens und der Integrität der Kirche. Auf den westlichen Gebieten arbeitete die Kirche unter schwierigen Umständen, inmitten sehr unterschiedlicher Bevölkerung. Ich möchte gerne, daß unsere Schwestern und Brüder in Deutschland diesen breiten Hintergrund der gesellschaftlichen und historischen Bedingungen in Schlesien, Ermland und anderen Gebieten sehen und berücksichtigen.

Eminenz, meine Predigt wollte auf dieses Problem hinweisen, damit wir es ruhig im Sinne der Kirche erwägen können. Bei vielen feierlichen Gelegenheiten haben schon Polen und Deutsche gemeinsam zu Gott gebetet. Unter gewöhnlichen Umständen aber sind wir aufgrund unseres Hirtenamtes verpflichtet, denjenigen, die es wünschen, den Gottesdienst in ihrer Heimatsprache zu ermöglichen.

Damit wir dieser Verpflichtung gerecht werden, schlage ich vor, eine gemischte Kommission einzurichten, mit der Aufgabe, methodische Kriterien zu finden und praktische Vorschläge für die erwähnte Seelsorge zu erarbeiten. Ich bin überzeugt, daß die Arbeit solch einer Kommission viel Gutes für die Gläubigen bringen wird. Ihr Ihnen ergebener Jozef Kardinal Glemp, Primas von Polen".

Städte verkaufen Vermögenswerte

lnw, Düsseldorf

Wegen der anhaltenden Finanzmisere sehen sich nordrhein-westfälische Städte in zunehmenden Maße gezwungen, Grundstücke, Wälder und andere Vermögenswerte zu verkaufen. Im vergangenen Jahr veräußerten NRW-Kommunen Vermögen im Gesamtwert von 1,4 Milliarden Mark. Der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Städtetages, der Hagener Oberstadtdirektor Dr. Klaus Müller (SPD), äußerte sich über diese Entwicklung „bestürzt". Der Zwang zum Verkauf sei bei den nordrhein-westfälischen Kommunen besonders schlimm. Sie hätten 1983 34 Prozent mehr verkaufen müssen als im Vorjahr.

Honecker reist nach Rumänien

hrk, Berlin

SED-Chef Erich Honecker nimmt nach Hinweisen aus Ost-Berlin voraussichtlich an den Feiern zum 40. Jahrestag der „Befreiung" Rumäniens durch sowjetische Truppen teil. Er will vom 22. bis 25. August mit einer Staats- und Partei-Delegation nach Rumänien reisen. Dort werden auch hochrangige Gäste aus Moskau erwartet, so daß eine Abstimmung über das von der KPdSU kritisierte deutsch-deutsche Verhältnis stattfinden könnte. Das engere Zusammenrücken von Ost-Berlin und Bukarest war bereits Mitte Juli demonstrativ zum Ausdruck gekommen, als Nicolae Ceausescu den Ostberliner Außenminister Oskar Fischer empfing.

Großes Echo in den Medien Ost-Berlins

hrk./DW. Bonn/Berlin

Die „DDR"-Presse hat den Reaktionen auf das Interview von Staats- und Parteichef Erich Honecker zu internationalen Fragen und zur den Beziehungen der beiden Staaten in Deutschland breiten Raum eingeräumt. Auffallend ist, daß sich unter den zitierten Zeitungen auch zwei des Verlagshauses Springer befinden. „WELT am SONNTAG" wird dabei mit den vier Punkten von Gera nachgedruckt, die Honecker in seinem Interview erwähnt hatte. Die „Berliner Morgenpost" findet sich mit einer Agenturmeldung aus Bonn wieder, Bonner Regierungskreise hätten „begrüßt, daß der SED-Generalsekretär die Bereitschaft zur Fortsetzung des Dialogs mit den Verantwortlichen in der Bundesrepublik bekräftigt" habe. Durch die Wiedergabe dieses Zitats erfährt der „DDR"-Bewohner – quasi aus westlicher Quelle –, daß Ost-Berlin auf diesen Punkt des Gesprächs offenbar großen Wert legt. Indirekt wird den Lesern damit auch zu verstehen gegeben, daß mit einem Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden könne.

Das „Neue Deutschland" gibt auch die kritische Haltung der Bundesregierung zu Äußerungen Honeckers wieder. Regierungssprecher Sudhoff habe „deutlich verstimmt" auf den Vorwurf reagiert, „Ultras in der BRD" bliesen „immer wieder in die verrostete Trompete des Revanchismus".

Die Äußerungen Honeckers werden auch ausführlich in polnischen Zeitungen zitiert. Dabei hoben die Blätter vor allem die Passagen hervor, in denen Honecker die Souveränität der „DDR" unterstreicht und sich gegen die These der Offenhaltung der deutschen Frage wendet. So schreibt das Parteiorgan „Trybuna Ludu", die gesamtdeutsche Doktrin der Bundesrepublik sei ein Zeichen der Bestrebungen nach Revision des bestehenden, auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam festgelegten Status quo in Europa.

Gleichzeitig setzte die sowjetische Presse die „Revanchismus"-Kampagne gegen die Bundesrepublik mit neuen Angriffen gegen Bundeskanzler Kohl und den Minister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen, fort. Hierzu erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rühe, „für derartige Unterstellungen findet sich in der Realität unseres Landes keine Grundlage".

Fast ideal für Renten

cd. – Was vor wenigen Wochen kaum jemand zu hoffen gewagt hatte, ist eingetreten: Der Zins am deutschen Kapitalmarkt hat sich fast auf Jahrestiefststand zurückgebildet. In nur knapp drei Wochen sanken die Renditen um einen Viertelprozentpunkt. Das ging so rasch, daß es die meisten privaten und institutionellen Anleger versäumt haben, rechtzeitig auf den in Fahrt gekommenen Zug zu springen.

Am amerikanischen Kapitalmarkt hatte die Glocke zwar laut und vernehmlich auch zum „Einsteigen" bei uns geläutet. Aber noch lauter dröhnten den meisten Investoren wohl die Fanfarenklänge jener Zinspäpste in den Ohren, die mit Fehlprognosen weiterer Zinssteigerungen den Mut zu Engagements in Festverzinslichen auf ein Minimum reduzierten.

Inzwischen scheint zwar etwas Leben in den Rentenmarkt zu kommen; doch das Gros der Anleger verharrt noch skeptisch in Warteposition. Nur die Banken greifen wirklich zu. Rentenwerte werden zu Debitorenersatz, weil das Kreditgeschäft nicht ordentlich läuft.

Wenn keine neuen Störungen vom unberechenbaren US-Markt kommen, bestehen am deutschen Rentenmarkt gute Chancen für einen weiteren Zinsrückgang. Dafür spricht nicht nur die nachlassende Kreditnachfrage der öffentlichen Hand, ein Erfolg der Konsolidierungspolitik, sondern auch die sich abzeichnende konjunkturelle Beruhigung sowie die ruhige Preisentwicklung, die keinerlei restriktive Aktionen der Bundesbank befürchten läßt. Das ist fast eine Idealkonstellation für den Rentenmarkt.

Besserer Weg

J. G. – Man darf schmunzeln. Just an dem Tage, da der Mehrheitsaktionär Wolff-Konzern beim großen Anlagenbauer PHB Weserhütte AG im neuen Akt spektakulären Streits mit dem ungeliebten Minderheitsaktionär Hoesch AG dessen Leute mit außerordentlichem Hauptversammlungsbeschluß durch weitere eigene Leute im Aufsichtsrat ersetzt, meldet PHB friedlich Vernünftiges. Dem Luxemburger Arbed-Stahlkonzern, der seine PHB-Aktien Ende 1983 an Hoesch verkaufte und darob vom „Vorkaufsrecht-Inhaber" Wolff vor Gericht geschleppt wird, kaufte nun PHB ohne Krach das meiste seiner Anteile an der gemeinsamen brasilianischen Anlagenbautochter ab. Wieder einmal ein Beleg dafür, daß Ungeschick, wie beim Aktienverkauf an Hoesch, zwar Streit, aber noch keine Feindschaft erzeugt, die Vernünftiges blockiert. Müßig bleibt da die Frage, wer und warum den Großaktionärsstreit bei PHB provozierte. Wichtiger ist, daß er so vernünftig gelöst wird wie die Trennung in Brasilien. Oder muß man für den besseren Weg stets bis über den Äquator laufen?

KONJUNKTUR / Das Wirtschaftsministerium gibt eine positive Vorausschau

„Im zweiten Halbjahr werden die Auftriebskräfte wieder stärker"

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird nach Ansicht des Bonner Wirtschaftsministeriums in der zweiten Jahreshälfte wieder beträchtlich an Dynamik gewinnen und das Vorjahresniveau um 2,5 bis drei Prozent überschreiten. Damit wäre die von der Bundesregierung vorausgeschätzte Wachstumsrate von 2,5 Prozent im Jahresvergleich erreichbar. Gegen die zunehmende Schwäche im Baubereich sollten künftig öffentliche Investitionen ein stärkeres Gegengewicht bilden.

Im jüngsten Monatsbericht über die wirtschaftliche Lage, aus dem das Ministerium jetzt einen ersten Überblick veröffentlicht hat, wird darauf hingewiesen, daß die konjunkturelle Expansion in der Bundesrepublik im Frühjahr 1984 unterbrochen wurde. Dabei hätten die Tarifauseinandersetzungen in der Metall- und Druckindustrie eine wesentliche Rolle gespielt. „Auch wenn die Arbeitskämpfe bereits vor dem eigentlichen Beginn ihre Schatten auf das Wirtschaftsgeschehen geworfen haben, so kam es vor allem im Juni, als von den Tarifauseinandersetzungen immer mehr Arbeitnehmer und Betriebe betroffen waren, zu starken Einbußen bei Aufträgen, Produktion, Einzelhandelsumsätzen und Exporten", schreibt das Ministerium.

Die Folge: Das Bruttosozialprodukt, der umfassendste Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Leistung, dürfte im zweiten Quartal 1984, verglichen mit dem ersten Vierteljahr, real deutlich zurückgegangen sein. Andere Konjunkturexperten gehen davon aus, daß im ersten Halbjahr der Stand des Vorjahres um rund zwei Prozent übertroffen wurde. Um das für 1984 im Jahreswirtschaftsbericht erwartete Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent zu erreichen, muß die gesamtwirtschaftliche Produktionstätigkeit im zweiten Halbjahr wieder kräftig an Fahrt gewinnen; das Niveau von 1983 müßte um 2,5 bis drei Prozent übertroffen werden. „Die Voraussetzungen hierfür sind gegeben", meint das Ministerium.

So sprechen die Erfahrungen aus früheren Arbeitskämpfen dafür, daß die im Frühsommer entstandenen Produktionsausfälle zu einem guten Teil aufgeholt werden können, obwohl mancher Auftrag zwischenzeitlich an ausländische Konkurrenten verlorengegangen sein dürfte. Auch die weiterhin günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen deuteten darauf hin, daß die Aufschwungkräfte im zweiten Halbjahr wieder die Oberhand gewinnen. Angesichts der positiven Aussichten für die Weltkonjunktur und aufgrund der gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dürften die Exporte wieder kräftig nach oben schießen.

Die private Investitionstätigkeit dürfte zunehmend von der verbesserten Ertragssituation der Unternehmen profitieren. Denn die Lohnstückkosten seien zur Jahresmitte gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und die Kalkulationsrisiken hätten sich durch den Abschluß der Tarifverhandlungen vermindert. Der private Verbrauch werde durch die deutlich verlangsamte Preisentwicklung gestützt.

Allerdings zeige die private Bautätigkeit mit dem allmählichen Auslaufen der staatlichen Impulse zunehmend Schwächetendenzen. „Hier sollten öffentliche Investitionsaufträge zukünftig ein stärkeres Gegengewicht bilden", meint das Ministerium.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt sei auch wegen der Auswirkungen des Tarifkonflikts weiterhin unbefriedigend geblieben. Der Beschäftigungsrückgang habe sich fortgesetzt. Die Arbeitslosigkeit sei saisonbereinigt weiter angestiegen. Die Beschäftigung sei im ersten Halbjahr um rund ein halbes Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Arbeitslosigkeit habe Ende Juli auf dem Stand von 1983 gelegen. Allerdings habe die Kurzarbeit weiter abgenommen, der Bestand an offenen Stellen sei sogar leicht gestiegen.

Erfreulich sei die Preisentwicklung verlaufen. Trotz des hohen Dollar-Kurses und der dadurch ausgelösten Steigerungen bei den Einfuhrpreisen habe der Preisindex für die Lebenshaltung im Juli nur noch um 2,2 Prozent über dem Stand vor einem Jahr gelegen.

STEUERQUOTE

Durch Reform wieder unter das Niveau des Jahres 1978

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Durch die geplante Reform der Lohn- und Einkommensteuer wird die gesamtwirtschaftliche Steuerquote nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) mit voraussichtlich 23,8 Prozent um nahezu einen Prozentpunkt unter dem Niveau von 1978 liegen. Das Institut stellt fest, das Wachstumstempo der Steuereinnahmen, das noch zu Beginn der siebziger Jahre den Anstieg des Bruttosozialprodukts übertraf, habe seit 1978 abgenommen. Der Trend stark steigender Steuerquoten, der die frühen siebziger Jahre prägte, werde sich nicht fortsetzen. Die volkswirtschaftliche Steuerquote, gemessen als Anteil der gesamten Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt, werde ohne die geplanten Reformen mit 24,7 Prozent sich 1988 auf dem Niveau von 1978 bewegen.

Nach der Analyse werde sich auch die Struktur der Steuereinnahmen, also das Verhältnis von direkten zu indirekten Steuern, im Verlauf der achtziger Jahre nicht grundlegend ändern. Der Anteil der direkten Steuern werde, wenn die Reform einberechnet wird, mit 58,6 Prozent um 1,6 Prozentpunkte unter dem Wert von 1978 liegen. Bei den direkten Steuern wachse die Körperschaftsteuer, die nicht unmittelbar in die Steuerreform einbezogen wird, zwischen 1978 und 1988 mit insgesamt 74,7 Prozent oder jährlich 5,7 Prozent am stärksten.

Die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften werden 1988 mit 542,1 Milliarden (ohne Steuerreform) beziehungsweise 522,6 Milliarden Mark (mit Steuerreform) um 223 oder 203,5 Milliarden über dem Niveau von 1978 liegen. Bei den direkten Steuern würde ohne die Reform die Lohn- und veranlagte Einkommensteuer um 82,7 Prozent oder jährlich 6,2 Prozent zunehmen. Durch die Steuerreform erhöhe sich das Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer in dem Zehnjahreszeitraum nur um 69,8 Prozent oder 5,4 Prozent jährlich, sie bleibe mit 220 Milliarden Mark die aufkommensstärkste Einzelsteuer.

Der noch deutlichere Anstieg der indirekten Umsatzsteuer um 95,3 Prozent beruhe vor allem auf einer kräftigen Zunahme der Einfuhrumsatzsteuer. Die mengenbezogenen speziellen Verbrauchsteuern wie Tabak-, Alkohol- und Mineralölsteuer werden nach den Berechnungen des Instituts 1988 dagegen nur um ein Drittel über dem Ausgangsniveau von 1978 liegen. Ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen gehe während des Untersuchungszeitraums von 15,5 auf 12,2 Prozent zurück.

Die Steuerrechtsänderungen hätten dazu geführt, daß der Anteil der ertragsunabhängigen Steuern an den gesamten Unternehmensteuern von 18,2 auf 14,9 Prozent 1988 sinken werde. In absoluten Zahlen verberge sich dahinter jedoch eine Zunahme während der zehn Jahre von 17,9 auf 19,1 Milliarden Mark. Die gewinnabhängigen Steuern erhöhten sich von 80,8 auf 109,5 Milliarden Mark.

Weichenstellung in Brighton

Von WILHELM FURLER, London

Der Jahreskongreß des britischen Gewerkschafts-Dachverbandes TUC (Trades Union Congress), der in zwei Wochen im Seebad Brighton abgehalten wird, dürfte zu einem der kontroversesten in der jüngeren Geschichte der britischen Gewerkschafts-Bewegung werden. Es sind zwei Themen, die den Kongreß beherrschen und zu erheblichen Differenzen zwischen linksgerichteten und eher gemäßigten Delegierten führen werden: der 23 Wochen währende Streik der britischen Bergleute sowie das neue Gewerkschaftsrecht der Regierung Thatcher, dessen dritter Reformteil jetzt Gesetzeskraft erlangt hat.

Eine starke Fraktion innerhalb des TUC fordert schon seit längerem die offizielle Unterstützung der streikenden Bergleute durch alle Gewerkschaften. Dahinter steckt ein rein politisches Motiv, nachdem es beim Kohlestreik selbst längst nicht mehr gegen die jedermann einleuchtende Schließung unrentabler Zechen, sondern um den Machtkampf der linksradikalen Führung der Bergleute-Gewerkschaft unter ihrem Präsidenten Scargill gegen die konservative Regierung geht.

Für die Spitze des Gewerkschafts-Dachverbandes ist damit eine heikle Situation entstanden. Denn die Bergarbeiter-Gewerkschaft bewegt sich weit außerhalb der Legalität, indem sie Streikposten zu massenhaftem Erscheinen vor den Zechentoren und damit zum gewaltsamen Fernhalten arbeitswilliger Kumpel aufruft. Dem Gewerkschaftsrecht zufolge ebenso unzulässig ist das Aufstellen von Streikposten gegen am Streik unbeteiligte Dritte, also etwa vor den Werken der staatlichen Stahlgesellschaft British Steel.

Ganz abgesehen davon, daß sich der Gewerkschafts-Dachverband offiziell schlecht mit Aktionen solidarisch erklären kann, die eindeutig gesetzeswidrig sind, wächst die Besorgnis unter den gemäßigten Mitgliedern der TUC-Spitze über die stark negativen Auswirkungen, die Krawalle, mutwilligen Zerstörungen und Schlägereien militanter und fanatischer Bergleute-Streikposten auf das Image der gesamten Gewerkschafts-Bewegung haben.

Schließlich muß das in letzter Zeit unübersehbare Abbröckeln der Streikfront der Bergarbeiter nachdenklich stimmen. Zwei bislang loyale Mitglieder der Bergleute-Gewerkschaft und Anhänger von Arthur Scargill haben ein Gerichtsverfahren gegen ihre eigene Gewerkschaft eingeleitet. Am 24. September wird das Hohe Gericht aller Voraussicht nach die Bergleute-Gewerkschaft des Macht-Mißbrauches und der „Verweigerung natürlicher Gerechtigkeit" bezichtigen.

Dahinter steckt die von der übergroßen Mehrheit der Briten als Unrecht empfundene Weigerung von Scargill, eine landesweite Urabstimmung für oder gegen einen Bergleute-Ausstand abhalten zu lassen. Längst hat diese Weigerung zu einem tiefen Bruch innerhalb der traditionell stark verschworenen Bergleute-Gewerkschaft geführt. Mehr als ein Drittel der britischen Bergleute vor allem aus dem Revier Nottinghamshire fährt Tag für Tag in die Gruben. Die Zahl steigt langsam aber unaufhaltsam.

Der TUC-Spitze muß diese Entwicklung schwere Sorgen bereiten, zeigt sie doch, daß die Regierung Thatcher mit ihrer Gewerkschaftsreform auf genau richtigem Kurs liegt. Im dritten Teil dieser Reform, gegen den etliche Einzelgewerkschaften zum offenen Kapf aufgerufen haben, geht es der Regierung insbesondere um die Demokratisierung gewerkschaftlicher Vorgänge. So werden künftig vor einem Streikaufruf geheime Urabstimmungen zur Pflicht gemacht. Geschieht dies nicht, kann gegen die jeweilige Gewerkschaft rechtlich vorgegangen und Schadenersatz eingeklagt werden.

Auf der gleichen Linie liegt die jetzt gesetzlich verankerte Verpflichtung, Gewerkschaftsführer in regelmäßig wiederkehrenden Abständen geheim wählen zu lassen. Bislang wird ein Großteil der Gewerkschaftsführer auf Lebenszeit berufen, ohne daß die Basis darauf wirklich Einfluß nehmen könnte.

Das für diese Fragen zuständige Komitee des Gewerkschaftsdachverbandes hat der TUC-Führung jetzt empfohlen, die Mitgliedsgewerkschaften keinesfalls zu einer Mißachtung dieser Reformpunkte aufzurufen. Doch es bleibt abzuwarten, wer in Brighton die Szene bestimmen wird.

Sind es die stark linksgerichteten Gruppierungen im TUC, dann dürfen sich die britischen Gerichte auf eine Welle von Verfahren einstellen. Im Interesse einer sich normalisierenden Beziehung zwischen Gewerkschaftsbewegung und Regierung, von der am stärksten der Arbeitsmarkt profitieren würde, bleibt zu hoffen, daß es nicht dazu kommt. Die Weichen dafür werden jetzt in Brighton gestellt.

AUF EIN WORT



„In der Subventionsflut erhalten mittlerweile unsere Wettbewerber in der EG bis zu einem Viertel ihres Umsatzes aus Steuergeldern gedeckt. Daß die deutsche Stahlindustrie einen so tödlich verfälschten Wettbewerb bisher überstanden hat, beweist ihre Leistungsfähigkeit. Es stellt die Dinge auf den Kopf, hier von maroder Industrie, überholter Struktur oder unzureichendem Management zu sprechen."

Dr. Herbert Gienow, Vorstandsvorsitzender der Klöckner-Werke AG, Duisburg FOTO: WOLF P. PRANGE

Energiepreise gestiegen

AP, Frankfurt

Den überdurchschnittlichen Anstieg der Energiepreise hat die Elektrizitätswirtschaft mit eindrucksvollen Zahlen untermauert. Danach wurde leichtes Heizöl in den letzten fünf Jahren um 141, Gas um 96 Prozent teurer, der Anstieg der allgemeinen Lebenshaltungskosten betrug dagegen im gleichen Zeitraum 1978 bis 1983 nur 27 Prozent. Wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt weiter mitteilte, lag die Preiserhöhung für Fernwärme im Bundesdurchschnitt bei 70 Prozent, während Kraftstoffe um 53 Prozent und Kohle um 50 Prozent teurer wurden.

ÖLPRODUKTION

Yamani erwartet höhere Fördermengen der Opec

rtr, Nikosia

Die gegenwärtige Schwäche der Ölmärkte wird bis Ende September überwunden sein. Dies sagte der saudi-arabische Ölminister Ahmed Zaki Yamani der in Nikosia erscheinenden „Middle East Economic Survey". Die Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) werde im Oktober eher eine Erhöhung als eine Senkung der Fördermenge beschließen. Er rechne im letzten Quartal des Jahres mit einem höheren Ölverbrauch und steigender Nachfrage. Dadurch werde der Opec-Anteil am Weltölmarkt auf 19 Millionen Barrel pro Tag „oder mehr" steigen.

Noch vergangene Woche hatten Opec-Ölminister eine Verringerung der Opec-Fördermenge in Aussicht gestellt, um dem Druck auf die Richtpreise der Organisation entgegenzuwirken. Yamani zeigte sich dagegen überzeugt, daß der Richtpreis für leichtes Rohöl aus Saudi-Arabien bei 29 Dollar je Barrel gehalten werden könne. Die erwartete bessere Lage für die Anbieter auf den Ölmärkten führte er vor allem auf die verringerte Produktion in Saudi-Arabien und in Iran zurück. Saudi-Arabien habe im Juli im Durchschnitt nur 4,2 Millionen Barrel gefördert und diese Menge werde voraussichtlich weiter auf rund vier Millionen „wenn nicht noch weniger" zurückgehen.

Nach Angaben der Zeitung hat der Iran die Ölförderung im August auf rund zwei Mill. nach etwa 2,5 Mill. Barrel in den beiden Vormonaten reduziert. Das Angebot an Nordseeöl dürfte ebenfalls sinken, da einige Felder wegen Wartungsarbeiten im August und September die Förderung einstellen müssen.

Die Gesamtförderung der Opec im Juli schätzte Yamani auf 17,8 bis 17,9 Millionen Barrel. Im August werde die Produktion voraussichtlich unter die vereinbarte Fördermenge von insgesamt 17,5 Millionen Barrel pro Tag sinken.

UMWELTSCHUTZ

„Bonn fördert Abwanderung der Industrie ins Ausland"

dpa/VWD, Essen

Die Gefahr, daß energieintensive Produktionen ins europäischen Ausland verlagert werden, besteht nach Auffassung der Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft (VIK) weiterhin, solange dort solche Produktionsstätten geringeren Umweltschutzauflagen unterliegen. Diese Feststellung enthält ein Brief der VIK an den Bundesinnenminister im Hinblick auf die anstehende Beratungen über eine EG-Richtlinie „zur Begrenzung der Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft". Einheitliche materielle Anforderungen an den Umweltschutz „zumindest im EG-Bereich" hält die VIK für eine der wichtigsten umweltpolitischen Aufgaben überhaupt.

Die derzeitige deutsche Vorreiterrolle auf diesem Gebiet führe zu Wettbewerbsverzerrungen und deshalb auch zu Verlagerungsplänen. Das würde dann aber zu einer noch stärkeren Luftbelastung über der Bundesrepublik führen, da jetzt schon 50 Prozent der Immissionen durch grenzüberschreitende Luftbewgungen entstünden. Der zweite Nachteil sei der Verlust wichtiger Arbeitsplätze durch Abwanderung.

Da die Waldschäden der eigentliche „Motor" für das Vorantreiben der Großfeuerungsanlagenverordnung (GFAVO) gewesen seien, müsse gefragt werden, wie die einzelnen Schadstoffe tatsächlich einzustufen seien. Andererseits entferne sich die Wirkungsforschung immer mehr von der These, daß dem Schwefeldioxid eine entscheidende Rolle für die Waldschäden zukomme. Wenn die Bundesregierung Erfolg bei ihren dankenswerten Bemühungen um eine europäische Harmonisierung haben wolle, dann könne sie nicht mehr undifferenziert eine Harmonisierung um der Harmonisierung willen fordern.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Wertpapierabsatz kräftig gestiegen

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Wertpapierabsatz in der Bundesrepublik ist im Juli 1984 gegenüber dem Vormonat kräftig gestiegen. Wie die Bundesbank mitteilte, begaben inländische Emittenten festverzinsliche Wertpapiere über nominal 18 Mrd. Mark, nach 15,1 Milliarden DM im Vormonat und 17,8 Mrd. Mark im Juli 1983. Andererseits waren die die Tilgungen im Juli 1984 mit 12,5 Mrd. Mark niedriger als in den genannten Vergleichszeiträumen. Der Netto-Absatz lag daher mit 5,5 Mrd. Mark erheblich höher als im Vormonat mit 0,2 Mrd. Mark und ging auch über das Volumen vom Juli 1983 (3,9 Mrd. Mark) deutlich hinaus.



Im Juli lagen die Kosten für die Lebenshaltung nur um 2,2 Prozent über dem Niveau vom Juli 1983. Noch im Frühjahr betrug die Teuerungsrate auf Jahresbasis drei Prozent. Für das gesamte Jahr 1984 erwartet man einen Preisanstieg von 2,5 Prozent. QUELLE: GLOBUS

Gebühren in Bewegung

Düsseldorf (Py.) – Die Gebühren für Bankkonten geraten in Bewegung. Nach der Commerzbank hat jetzt auch die Bankhaus Centrale Credit AG, Mönchengladbach, mit ihren 26 Filialen in der Bundesrepublik eine neue Gebührenstruktur beschlossen. Danach wird es keine Postengebühren, keine Gebühren für Daueraufträge und keine Monatsauszüge mehr geben. Dafür wird den Kunden künftig eine Monatspauschale von 7,50 Mark ohne Begrenzung der Buchungszahl berechnet. Kundenguthaben werden weiterhin in jeder Höhe mit (zur Zeit) drei Prozent pro Jahr verzinst.

USA: Gewinne gestiegen

Washington (VWD) – Die Gewinne der US-Gesellschaften nach Steuern sind im zweiten Quartal 1984 um 1,5 Prozent auf 152,9 Mrd. Dollar auf saisonal bereinigter Jahresrate gestiegen. Wie das Handelsministerium in Washington weiter mitteilt, hatte der Zuwachs der US-Unternehmensgewinne im ersten Quartal 1984 noch 6,7 Prozent betragen. Im zweiten Quartal 1983 hatten sich diese Gewinne auf 123,4 Mrd. Dollar, saisonal bereinigt und p. a., belaufen.

Mitgliederzahl sinkt

London (fu) – Die Zahl der Mitglieder der britischen Gewerkschaften, die dem Dachverband TUC (Trades Union Congress) angeschlossen sind, wird bis Ende dieses Jahres von 10,1 auf 9,6 Millionen und damit auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren fallen. Den Rückgang in diesem Jahr um rund 500 000 Mitglieder sagt der TUC selbst voraus. Die Mitgliederzahl ereichte mit 12,2 Mill. 1979 ihren Höchststand. Auch der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der Gesamtzahl der britischen Arbeitnehmer ist inzwischen auf weniger als 50 Prozent zurückgegangen. Die Tendenz ist weiter fallend. Der Rückgang der Mitgliederzahlen bringt den Gewerkschafts-Dachverband in finanzielle Nöte. Für dieses Jahr wird ein Defizit von kanpp 200 000 Pfund (760 000 Mark) vorausgesagt.

Finnische DM-Anleihe

Frankfurt (cd.) – Eine achtprozentige 100-Mill.-DM-Anleihe mit siebenjähriger Laufzeit zu pari begibt die Rautaruukki Oy, Finnlands größter Stahlproduzent, über ein von der Commerzbank geführtes Bankenkonsortium. Die vom finnischen Staat garantierte Anleihe soll an der Frankfurter Börse eingeführt werden.

Wochenausweis

	15.8.	7.8.	31.7.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	71,6	71,5	71,4
Kredite an Banken	72,1	75,9	78,2
Wertpapiere	6,1	6,1	6,2
Bargeldumlauf	105,9	107,2	106,9
Einl. v. Banken	47,7	48,7	50,2
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,8	1,5	1,8

GROSSBRITANNIEN

Streik vermindert Wachstum

WILHELM FURLER, **London**

Der Streik der britischen Bergleute, der jetzt 24 Wochen dauert, wird das Wirtschaftswachstum merklich beeinträchtigen. Davon geht die Midland Bank, eine der vier großen Geschäftsbanken des Landes, in ihrer jüngsten Konjunktur-Analyse aus. Entsprechend hat die Midland Bank ihre Wachstums-Prognose für dieses Jahr um 0,5 auf zwei Prozent reduziert. Sollte der Bergleute-Ausstand vor dem Winter beendet sein, dann dürfte es im kommenden Jahr durch die Wiederaufnahme der Kohleproduktion zu einem beschleunigten Wirtschaftswachstum von drei Prozent kommen.

Danach erwartet die Midland Bank eine Verlangsamung im Welt-Konjunkturzyklus und einen Rückgang des Wirtschaftswachstums in Großbritannien auf einen Durchschnitt von zwei Prozent für die Jahre 1986 und 1987. Während nach Ansicht der Großbank vor allem eine Verringerung der Sparquote und des Lagerabbaus zum Wachstum während der vergangenen drei Jahre beigetragen haben, würden diese Impulse durch eine Zunahme von Exporten und privaten Investitionen abgelöst.

Nach der Anhebung der Hypothekenzinsen im vergangenen Monat *dürfte die Regierung ihre Voraussage*, die Inflationsrate bis Ende dieses Jahres auf 4,5 Prozent zu drücken, kaum erfüllen können. Die Midland Bank geht vielmehr von einem Anstieg der Einzelhandelspreise bis Ende dieses Jahres um 5,5 Prozent aus. Allerdings stellt sie mit dieser Voraussage in keiner Weise den Erfolg der Regierung bei der Inflationsbekämpfung in Frage. Vielmehr sagt sie einen kontinuierlichen Rückgang der Inflationsrate auf 4,5 Prozent bis Mitte nächsten Jahres und auf drei Prozent noch vor den nächsten Wahlen in drei bis vier Jahren voraus.

NAMEN

Karl-Oskar Koenigs, Seniorteilhaber des Frankfurter Privatbankhauses B. Metzler seel. Sohn & Co. und Präsident der Frankfurter Wertpapierbörse, vollendet heute das 60. Lebensjahr.

Kurt Christian Zinkann, Seniorchef der Miele & Cie, Gütersloh, wird am 22. August 80 Jahre.

VEREINIGTE STAATEN / Die Sicherung des Aufschwungs ist wirtschaftspolitisches Hauptziel der Republikaner

Steuererhöhungen zum Budgetausgleich abgelehnt

HORST-A. SIEBERT, **Washington**

Als Teil ihrer politischen Wahlkampfplattform verabschieden die Republikaner heute auf ihrem Parteitag in Dallas, Texas, das konservativste Wirtschaftsprogramm seit den 20er Jahren. Es ist dem der Demokraten diametral entgegengesetzt und spiegelt den Ruck nach rechts, der sich in den USA deutlich verstärkt hat.

Das wichtigste Ziel der Republikaner ist nicht der Abbau der riesigen Haushaltsdefizite, sondern die Fortsetzung und Ausweitung der wirtschaftlichen Erholung. „Aus diesem Grunde lehnen wir alle Versuche zur Erhöhung der Steuern ab; sie würden nur dem Konjunkturaufschwung schaden und die Uhr zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Kontrollmechanismus zurückdrehen", heißt es in dem Programm.

An anderer Stelle werden „Vorschläge für die Anhebung der Steuerlasten als fehlgeleitete Bemühungen zum Budgetausgleich kategorisch zurückgewiesen". *Statt* dessen soll eine Reduzierung der Defizite durch wirtschaftliche Expansion und Zurückschneiden unnötiger und verschwenderischer Regierungsausgaben erreicht werden. Nicht zulassen wollen die Republikaner auch die Annullierung der am 1. Januar in Kraft tretenden Indexierung der Einkommensteuern, die zwar eine inflationäre Progression verhindert, aber die Finanzierung der Haushaltslücken noch erschwert.

Die republikanische Partei geht soweit, daß sie trotz er kritischen Budgetsituation niedrigere Steuern verspricht. Immerhin sind in den USA schon seit 1981 die Einkommensteuern für alle Progressionsstufen um nahezu 25 Prozent gesenkt worden. Eliminiert werden sollen zudem Abgaben, die den Leistungswillen schwächen. Angestrebt wird eine Modernisierung des gesamten Steuersystems, wobei das Schwergewicht auf eine größere Fairness und Vereinfachung gelegt wird. Als vielversprechend wird nicht die Mehrwertsteuer, sondern eine „flat tax" bezeichnet, nach der alle Amerikaner neben einer beschränkten Absetzbarkeit einen bestimmten Prozentsatz ihres Einkommens versteuern würden.

Im monetären Bereich enthält die Plattform scharfe Angriffe gegen die US-Notenbank, der „destabilisierende Aktionen" vorgeworfen werden. Gefordert wird eine Koordination zwischen der Fiskal- und Geldpolitik, eine rechtzeitige Unterrichtung über Entscheidungen des Federal Reserve Board und „ein Ende der Unsicherheit, mit der Kreditnehmer konfrontiert werden". Das würde das Ende der Fed-Unabhängigkeit bedeuten.

Dies ist die Sprache der „Supply Sider" um Jack Kemp, dem Abgeordneten aus New York, der den Notenbankern seit langem eine monetäre Austrocknung der republikanischen Angebotspolitik unterstellt. Die Reagan-Administration ist in diesem Punkt ganz anderer Meinung. Sie lobt den Geldkurs des Fed, weil die USA sonst auch ein weniger positives Konjunktur- und Inflationsbild bieten würden. Der einflußreichen Kemp-Gruppe ist es auch gelungen, den Goldstandard als notwendiges „Mittel einer dauerhaften Preisstabilität" im Programm zu verankern. Aber dieser Leichnam läßt sich kaum zum Leben erwecken.

Vermissen läßt die republikanische Wirtschaftsplattform moderate Einflüsse. Für Ronald Reagan wird es nach seiner Wiederwahl schwer sein zu regieren; denn hinter den hart umkämpften wirtschaftspolitischen Zielen steht jetzt die Minderheit der republikanischen Kongreßmitglieder mit starker Unterstützung von Demokraten aus den Südstaaten. Unter diesen Umständen wäre es falsch, das Dokument als bloßes Papier abzutun. Dem Präsidenten droht zweifellos das Schicksal einer Galionsfigur, wobei der Wille der Partei von den Superkonservativen manifestiert wird.

Den republikanischen Wirtschaftskurs nannte Senator Howard Baker, der Fraktionsführer, einst einen „river boat gamble". Das ist auch dieses, verglichen mit 1980, härtere Programm. Falls die Republikaner 1985 Steuererhöhungen erfolgreich abwehren und der Aufschwung ohne Inflation mehrere Jahre lang anhält, säße die Partei für viele Jahre im Sattel. Stolpert die US-Wirtschaft jedoch über die Haushaltsdefizite von jährlich 160 bis 170 Mrd. Dollar, dann wäre 1988 der Ofen aus.

FRANKREICH / Industrieproduktion schrumpft

Exporte gehen leicht zurück

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Nicht erst seit Anfang Juli schrumpft in Frankreich wegen der Sommerferien die Industrieerzeugung. Wie jetzt bekannt wird, ist sie bereits im Juni zurückgegangen und zwar saisonbereinigt um 1,5 Prozent gegenüber dem Vormonat. Im Jahresvergleich verblieb zwar noch ein Zuwachs von 2,3 Prozent. Aber der Produktionsindex (1970 = 100 ohne Bauwirtschaft) erreichte im Juni mit *131 Punkten gerade das* Niveau *vom* letzten Februar.

Auch das französische Bruttosozialprodukt ging zurück. Nach neuesten Schätzungen des Nationalinstituts für Statistik (Insee) ermäßigte es sich im zweiten Quartal um 0,3 Prozent, nachdem es im ersten Quartal um 0,9 Prozent gestiegen war (jeweils sainsonbereinigt verglichen mit dem Vorquartal). Die Entwicklung verlief damit schlechter als von der Regierung erwartet.

Dies war das zweite negative Quartalsergebnis seit der Mitte 1982 eingeleiteten restriktiven sozialistischen Wirtschaftspolitik. Erstmals hatte sich im ersten Quartal 1983 das Sozialprodukt um 0,4 Prozent zurückgebildet. Im Gesamtjahr 1983 nahm es dann aber doch noch um bescheidene 0,7 Prozent zu. Für dieses Jahr erwartet *die Regierung immer noch ein* Plus von 1,8 Prozent.

Die Produktionsschwäche des zweiten Quartals erklärt das Insee vor allem mit dem Rückgang des privaten Verbrauchs um 0,6 Prozent (erstes Quartal: plus 0,4 Prozent). Andererseits stiegen die Investitionen der Unternehmen um 2,5 (minus 1,5) Prozent. Dagegen verminderten sich die Exporte um 1,2 (minus 0,1) Prozent, während die Importe um 1,3 (minus 0,2) Prozent zunahmen. (Jeweils inflationsbereinigte Werte).

Inzwischen allerdings hat sich das konjunkturelle Klima in Frankreich etwas verbessert, meldete kürzlich das Insee aufgrund einer Unternehmerbefragung. Auch mehren sich die Anzeichen, daß die neue französische Regierung eine etwas weniger restriktive Wirtschaftspolitik verfolgen will, als die des Delors-Plans.

AUSTRALIEN / Labour-Regierung beschließt weiteren Abbau und Export von Uran

Bundesrepublik wichtiger Abnehmer

ANNE BIGING, **Bonn**

Mit dem Ja zum weiteren Export von Uran haben der australische Premier Bob Hawke und Außenminister Bill Hayden den erbitterten Debatten in der Labour-Regierung ein Ende gesetzt: Mit 55 gegen 44 Stimmen sorgte der rechte Parteiflügel dafür, daß die australischen Uran-Minen „Ranger" und „Nabarlek" im Northern Territory und – nach Inbetriebnahme – auch die südaustralische Mine „Roxby Down", weiterhin Uran aus der viertgrößten Reserve der Welt (nach Afrika, Kanada und USA) anbieten. Zehn Prozent des Weltbedarfs von 40 000 Tonnen im Jahr werden zur Zeit aus dem Vorkommen des fünften Kontinents gedeckt. Australien sichert sich damit ein Steueraufkommen von etwa 2,4 Mrd. DM.

Bevor die Regierung den Pro-Uran-Entscheid fällte, hatte Hayden allerdings die wichtigste Bedingung bereits genannt: Australisches Uran wird nur an Länder geliefert, die das Abkommen über die Nichtverbreitung nuklearer Waffen unterzeichnet haben. Die Exportbedingungen – und auch das wurde vor dem Kongreß deutlich – schließen Frankreich wegen seiner Atomversuche im Südpazifik aus.

Für die deutsche Atomwirtschaft ist der Pro-Uran-Entschluß von besonderer Bedeutung – fast die Hälfte des australischen Yellow-Cake-Urans wandert weiterhin in die deutschen Energieversorgungsunternehmen.

Aber, braucht die Bundesrepublik überhaupt Uran aus Australien? Sind Deutschlands Kleinkraftwerke nicht ohnehin auf Diät gesetzt? Das reiche Uran-Angebot und die bisherige Exportverteilung auf dem Weltmarkt haben bisher jedenfalls die Preise gesichert. Und Sicherheit (was Preise und Versorung anbelangt) ist denn auch *von großem Stellenwert im* deutsch-australischen Uran-Handel.

Fünfzig Prozent des weltweiten Uran-Bedarfs stammt aus afrikanischen Minen – also aus einer Region, die als potentiell unsicher angesehen werden muß, was Export- und Preisstabilität anbelangt. Die USA, zweitgrößter Uran-Produzent der Welt, verbrauchen ihre Produktion im eigenen Land. Bleiben Kanada und Australien, wobei der fünfte Kontinent mehr als alle anderen Länder über Billig-Uran verfügt.

Wie stark die Uran-Preise auf auf Veränderungen reagieren, zeigte sich im vergangenen Jahr, als die USA einige unrentable Produktionstätten stillegten und statt dessen auf dem Weltmarkt Uran einkauften. Die Preise zogen in zwölf Monaten um ein Drittel an.

Blieben die Exporte aus Australien aus, würden die Stromerzeugungspreise nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt ansteigen. Deutsche Unternehmen haben sich schon frühzeitig mit 14 Prozent an dem Projekt von mehr als einer Milliarde Mark, der zur Zeit größten australischen Mine „Ranger", beteiligt. „Ranger" schüttete an die Anteils-Eigner mehr als 92 Mill. DM aus.

Protest gegen US-Einfuhrverbot

AFP, **Peking**

Ein Protestschreiben gegen ein amerikanisches Projekt zur Verschärfung der Einfuhrbestimmungen hat der chinesische Botschafter in Washington, Zhang Wenjin, an die amerikanische Regierung gerichtet.

Das Projekt sieht vor, daß gegen Textilien, die nicht in ihrem Ursprungsland vollendet werden, ein Einfuhrverbot verhängt werden kann. Dies würde, so Botschafter Zhang, katastrophale Folgen für die südchinesische Textilproduktion haben, deren Produkte zum Teil in Hongkong vollendet werden. In Südchina würden, wenn es zur Anwendung der neuen Bestimmmungen kommen sollte, 60 000 Menschen arbeitslos, ganz abgesehen von den Einbußen für die Textilindustrie in Hongkong, heißt es. Das Projekt verstoße gegen ein bilaterales chinesisch-amerikanisches Abkommen von 1983. In Peking soll das Thema am Mittwoch von Vertretern der südchinesischen Textilindustrie und des chinesischen Außenhandelsministeriums erörtert werden.

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

Kredite kräftig ausgeweitet

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Fast 3,1 Ecu (6,9 Mrd. DM) hat die europäische Investitionsbank (EIB) im ersten Halbjahr 1984 für Investitionen in der Zehnergemeinschaft und den mit ihr vertraglich verbundenen Drittstaaten bereitgestellt. Verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Ausweitung des Darlehensvolumens um rund 25 Prozent.

Wie aus einer Zwischenbilanz der von den Mitgliedsstaaten getragenen Bank hervorgeht, entfielen etwa 62 *Prozent der Darlehen, die innerhalb* der Gemeinschaft vergeben wurden, auf Italien, Griechenland und Irland; hier bestehen die gravierendsten regionalen Entwicklungsprobleme. Den stärksten Anstieg verzeichneten Finanzierungen für Projekte zur Modernisierung und Stellung von Unternehmen.

Besonders großes interesse bekundeten kleine und mittlere Firmen in den Ländern mit ungünstigen Kreditbedingungen. So hat sich der Umfang der zur weiteren Vermittlung gewährten Globaldarlehen von 315 Mill. Ecu (7,05 Mill.Mark) auf fast 720 Mill. Ecu (1,6 Mrd.Mark) mehr als verdoppelt. Mit den Krediten konnten Investionen in 2300 kleinen Unternehmen finanziert werden.

Auch für Investitionen im Energiebereich, die zur Verringerung der Abhängigkeit von Öleinfuhren beitragen, wurden weiterhin umfangreiche Mittel zur Verfügung gestellt. Im Bereich des Verkehrs finanzierte die Bank unter anderem den Bau von Abschnitten der Autobahnen Lothringen-Burgund und Luxemburg-Trier sowie den Ausbau und die Modernisierung der Telefonnetze in Süditalien und Griechenland.

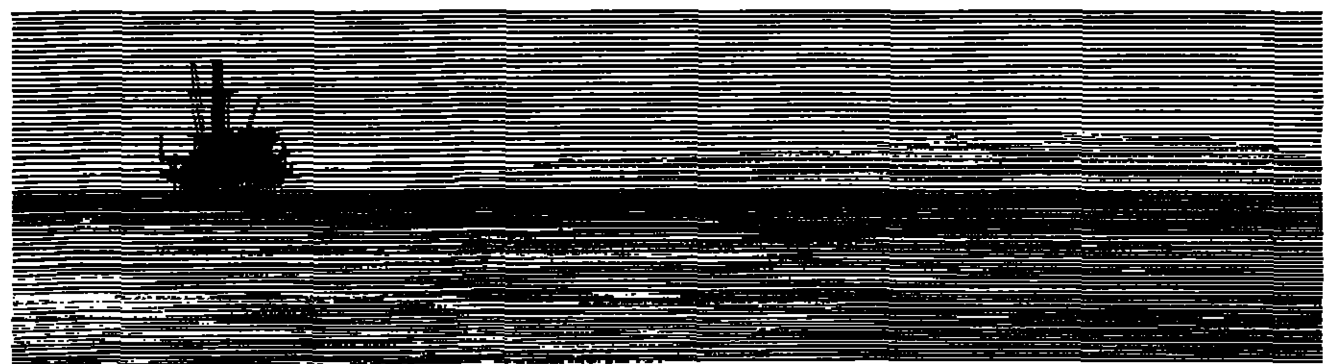
Beschafft wurden die Finanzierungsmittel durch erhöhte Anleihen und Privatplazierungen auf den Kapitalmärkten. Sie stiegen von 1,6 Mrd. Ecu *(3,6 Mrd. DM) im ersten Halbjahr* 1983 auf über 2,1 Mrd. Ecu (5,0 Mrd. DM).

*

Weitere Wirtschaftsnachrichten Seite 13















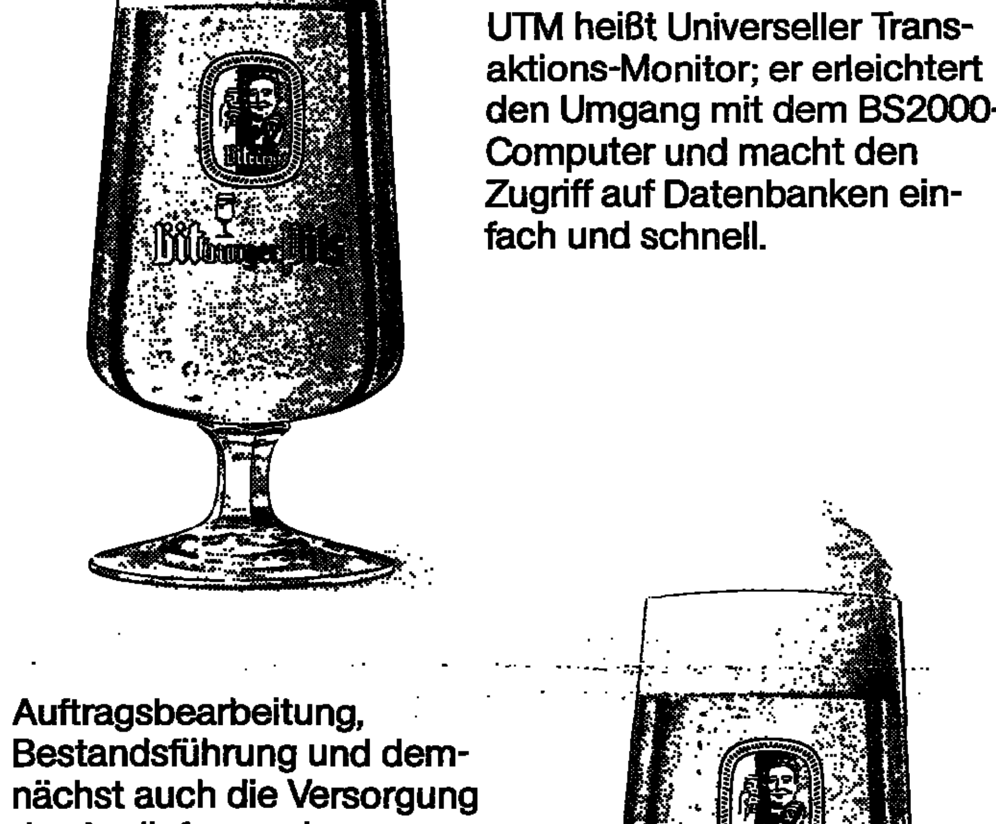
SIEMENS

Jetzt haben die Bit-Leute es leichter mit den Bytes.





Denn die Mitarbeiter der Bitburger Brauerei Th. Simon nutzen das 1000. Datenkommunikationssystem UTM von Siemens.



UTM heißt Universeller Transaktions-Monitor; er erleichtert den Umgang mit dem BS2000-Computer und macht den Zugriff auf Datenbanken einfach und schnell.



Mit dem UTM können die Mitarbeiter der renommierten Privatbrauerei in Verwaltung, Vertrieb und Auslieferung jetzt im Dialog direkt auf die Datenbestände zugreifen.



Auftragsbearbeitung, Bestandsführung und demnächst auch die Versorgung der Auslieferungslager werden mit UTM abgewickelt – und das bei immerhin einer Million Liter Bit am Tag!

So bietet UTM Sachbearbeitern aus verschiedenen Abteilungen aktuellere Daten für erfolgreiche Marktarbeit. Denn natürlich will die Bitburger Brauerei noch weiter wachsen und auch möglichst viel aus ihrer Datenverarbeitung herausholen.

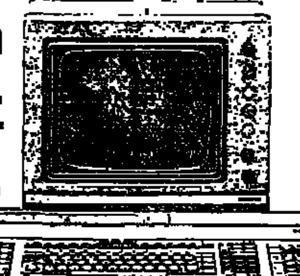


Die Siemens-Leute in München und in Saarbrücken freuen sich, mit »Bit« auf den 1000. UTM anstoßen zu können.



A 19100-D-Z55

Aufgaben gibt's überall. Siemens Computer auch.



Kürzere Laufzeiten bevorzugt

Am Wochenbeginn war der Rentenumsatz zunächst schleppend. Vielen Anlegern ist die Zinssenkung in den letzten Tagen zu schnell über die Bühne gegangen. Immerhin haben sich die Pfandbriefrenditen im Handel unter Banken innerhalb weniger Tage im zehnjährigen Laufzeitbereich von 8,30 auf 8,10-8,15 Prozent und im fünfjährigen Bereich von 8,05 auf 7,75-7,78 Prozent ermäßigt. Eindeutig bevorzugt wurden am Montag Laufzeiten bis zu 5 Jahren. Hier gab es noch begrenzte Kursgewinne. Bei den Langläufern waren teilweise Abschläge zu verzeichnen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	20. 8.	17. 8.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100G	100G
F 7½ Bahola Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl. Pf 106	103,9G	103,9G
10 dgl. Pf 108	108,3G	108,3G
7 dgl. KS 132	96,9G	96,9G
8 dgl. KS 155	100G	100G
9 dgl. KS 189	102,2G	102,2G

Bundesbahn

		20. 8.	17. 8.
F 8 Bdbahn 72	9/84	–	–
8¾ dgl. 76	9/84	–	–
8 dgl. 78 III	11/84	100	100G

	20. 8.	17. 8.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	93,75G	93,5G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	97G	96,5G
7 dgl. Pf 3	96,5G	96,25bG
6½ dgl. KS 14	98,25G	98G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G

	20. 8.	17. 8.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	92G	91G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	95,75G	95,6G
8 dgl. Pf 73	101,3G	100,3G
4 dgl. KO 5	102G	102G

	20. 8.	17. 8.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 96	77bG	76,5G
7 dgl. Pf 100	100,15G	100,15G
D 8 WestLB Pf 350	101G	100,8G
6¾ dgl. Pf 403	88,3G	87,95G
9½ dgl. Pf 1007	108,95G	108,25G
8 dgl. Pf 1015	100,4G	99,7T
7 dgl. KO 558	100,2G	100,05G

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Uneinheitlich war die Tendenz bei NE-Metallen am Freitag in New York. Während Gold leicht dazugewinnen konnte, wurde Silber durchweg zurückgenommen. Kupfer konnte sich in sämtlichen Positionen etwas festigen. Kaffee schloß deutlich fester, Kakao wurde dagegen zurückgenommen.

Getreide und Getreideprodukte

	17. 8.	16. 8.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	344,00	349,50
Dez.	360,50	367,00
März	371,00	376,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	229,40	229,20
Amber Durum	258,32	258,60
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	134,60	136,40
Dez.	138,70	140,70
März	145,00	147,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	125,00	125,60
Dez.	122,00	122,60
März	125,00	125,30
Hafer Chicago (c/bush)		
Sept.	168,75	169,25
Dez.	172,50	174,00
März	175,25	176,25
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	295,00	300,50
Dez.	282,75	287,25
März	290,50	295,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	129,50	131,80
Dez.	129,80	131,10
März	132,00	133,60

Genußmittel

	17. 8.	16. 8.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Sept.	146,50	144,70
Dez.	143,85	142,25
März	141,10	139,50
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Sept.	2180	2240
Dez.	2032	2093
März	2045	2100
Umsatz	4756	2973
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,15	4,08
Okt.	4,35	4,31
Jan	4,87	4,84
März	5,45	5,44
Mai	5,74	5,72
Umsatz	11 650	17 050
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	3,85	3,59
Kaffee		
London (£/t) Robusta-		
Kontrakt Sept.	2327–2328	2290–2291
Nov.	2338–2340	2296–2297
Jan.	2254–2257	2217–2219
Umsatz	2668	2225
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1850–1852	1858–1860
Dez.	1684–1685	1693–1694
März	1653–1655	1668–1669
Umsatz	2992	2228
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Okt.	120,20–120,40	117,00–117,20
Dez.	129,00–130,00	125,20–125,80
März	144,60–144,80	142,20–142,40
Umsatz	5174	2848
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	385,00	380,00
weißer Sarawak	655,00	650,00
weißer Muntok	662,50	657,50

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß

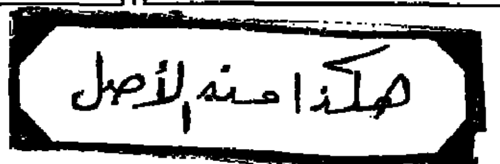
Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919



LEBEK / Mitarbeiter am Gewinn beteiligt

Ein Jahr zum Feiern

INGE ADHAM, Frankfurt

Als „rundum ein Jahr zum Feiern", kennzeichnet Hans Lebek das vergangene Jahr für die G. Lebek GmbH & Co KG, Bad Marienberg. Deutschlands älteste Damenmantelfabrik, die im vergangenen Jahr ihr 60jähriges Bestehen feiern konnte, hat bei insgesamt schrumpfendem Markt für Damenoberbekleidung mit einem Umsatzplus von 4,2 Prozent auf 142,1 (136,4) Mill. DM ihre Marktstellung weiter ausgebaut. Dabei stieg der Auslandsanteil auf gut 43 (42,4) Prozent.

Damit schaffte das Familienunternehmen, das konsequent in Rationalisierung und Qualitätsverbeserung investiert – für dieses Jahr sind 3,2 (2,8) Mill. DM vorgesehen – einen Gewinnsprung um gut ein Viertel. Es wurde für eine deutliche Stärkung der Eigenkapitalquote auf knapp 61 (51) Prozent verwendet und bietet auch den Mitarbeitern Grund zum Feiern. Denn sie partizipierten mit einer gleich hohen Steigerung der Gewinnbeteiligung, die bei Lebek seit 15 Jahren praktiziert wird und zusätzlich mit 2000 DM Sonderprämie pro Mitarbeiter; insgesamt wurden 1,9 Mill. DM an die Mitarbeiter gezahlt.

Lebek beschäftigt 770 Mitarbeiter, davon 300 in Griechenland und 250 in Österreich. Im ersten Halbjahr dieses Jahres erzielte Lebek eine Umsatzsteigerung von 20 Prozent; die gute Nachfrage sichert die Auslastung bis Ende Oktober, und auch für die neue Kollektion Frühjahr/Sommer '85 kündigen sich zweistellige Zuwachsraten an, teilt Hans Lebek mit. Weiter forcieren will die Firmengruppe den sportlichen Bereich, der im vergangenen Jahr bereits 16 (14,4) Mill. DM Umsatz brachte und die traditionell gepflegte damenhafte Linie bei Lebek ergänzen soll.

BYK GULDEN / Konzentration auf Marktnischen – Wachstum mit neuen Produkten

Eigene Forschung im Vordergrund

JOACHIM WEBER, Konstanz

„Wir konzentrieren uns auf ein Nischenprogramm, bei dem wir mit unserem Know-how, unseren Mitarbeitern und unseren Produktionsmöglichkeiten am weitesten vorankommen können", beschreibt Kurt Büttner, Geschäftsführungsvorsitzender der Byk Gulden Lomberg Chemische Fabrik GmbH, Konstanz, seine Strategie, mit einem eher mittleren Unternehmen im von Riesen geprägten Pharmageschäft erfolgreich zu sein.

Worauf es ihm dabei vor allem ankommt: eine starke eigene Forschung. Knapp ein Zehntel des weltweiten Umsatzes von zuletzt 686 (655) Mill. DM gibt das Quandt-Unternehmen (Tochter der Altana AG, Bad Homburg) dafür aus, 335 der 2350 inländischen (und 4050 weltweiten) Mitarbeiter sind in diesem Bereich tätig. Der Einsatz erweist sich als richtig. Das Wachstum des ersten Halbjahres um 9 Prozent im In- und um 17 Prozent im Ausland stammte überwiegend aus dem Geschäft mit neuen Produkten.

„Ausbau der Forschung" lautet denn auch die Devise für die nächsten Jahre, nachdem mit der Errichtung eines Sterilproduktions-Gebäudes für 53 Mill. DM der Aufbau des Standorts Singen (Beginn: 1977) erst einmal abgeschlossen ist. „Damit ist unser Investitionssoll in Sachen Produktion erst einmal erfüllt", freut sich der Mediziner Büttner.

Als er 1973 in Konstanz antrat, war die Geschichte der eigenen Forschung bei Byk Gulden noch recht jung. Bis 1967 nämlich war es Generallinie des Unternehmens gewesen, das Problem über Forschungsverträge „außer Haus" zu lösen. „Das geht auf Dauer nicht. Da muß man schon selbst die Finger am Puls behalten", meint Büttner. Die Zusammenarbeit mit internationalen Kapazitäten sei dabei allerdings sehr nützlich.

Der Byk-Chef pflegt sie seit Beginn seiner Amtszeit. Um eine Struktur in den Wildwuchs aus der Startphase der eigenen Forschung zu bringen, schuf er sich einen wissenschaftlichen Beirat aus fünf Professoren, die die Forschungsunterlagen des Unternehmens auf brauchbare Ansätze durchforsteten. Zwei bis drei Jahre brauchte es danach, die Konzentrationsempfehlungen auch durchzusetzen und Arbeitsgebiete wie Psychopharmaka oder Antirheumatika über Bord zu werfen.

Geblieben ist eine Spezialisierung auf die Bereiche Magen/Darm, Herz/Kreislauf und Lunge. Um auch bei den Zukunftstechniken der Pharmazie keinen Zug zu verpassen, soll noch in diesem Jahr die Kooperation mit einer deutschen Universität auf dem Gebiet der Gentechnologie starten. „Erst einmal geht es darum, unsere Mitarbeiter damit vertraut zu machen", meint Büttner. „Wirtschaftliche Früchte sind davon erst in Jahren zu erwarten."

Den beachtlichen, aber lebensnotwendigen Aufwand können sich die Konstanzer offenbar leisten. Für 1983 hat die Muttergesellschaft von ihrem jetzt 111jährigen Sprößling ein Organschaftsergebnis von knapp 45 Mill. DM verbuchen dürfen. Und obwohl Byk mit ihren 7 inländischen und 10 ausländischen (Schwerpunkt: USA) Töchtern als Gruppe – nach Art des Hauses – noch wenig bekannt ist, hält sie den achten Platz in der Rangliste deutscher Pharma-Unternehmen.

Nicht das gesamte Umsatzvolumen – das 1984 „garantiert um zweistellige Zuwachsraten" anschwellen soll – stammt aus eigener Fertigung. Drei der sieben deutschen Töchter sind Handelshäuser mit jeweils speziellen Produktbereichen. Auffallend stark ist dagegen der Produktionsanteil im Ausland: Sieben der zehn Gesellschaften fertigen selbst.

Branchentypisch ist denn auch der hohe Anteil des Auslandsgeschäfts von 52 Prozent, dem überwiegend ausländische Produktion zugrunde liegt. Größte Brocken sind die USA mit 90 Mill. DM, Lateinamerika mit 40 Mill. DM (bei Absatzmengen von etwa zwei Dritteln des US-Volumens währungsbedingt zu niedrig ausgewiesen) und die europäischen Nachbarn mit 40 bis 50 Mill. DM Umsatz im Jahr.

Daß auch Japan ins Visier des Pharmaspezialisten gerückt ist, war kaum zu umgehen, nicht nur, weil das Land einer der größten Pharmamärkte der Welt ist: Vor seinem „Job" in Konstanz war Büttner selbst dort fünfzehn Jahre lang Manager eines deutschen Unternehmens. Und so weiß er auch, daß es gerade in Sachen Gentechnologie die Fernostkonkurrenz genau im Blick zu behalten gilt: „Die Entwicklung solcher Ideen zur Produktionsreife ist eine Spezialität der Japaner. Da wird in den nächsten Jahren noch einiges auf uns zukommen."

NIXDORF / Auftragseingang stark erhöht

Expansion ist gesichert

H. HILDEBRANDT, Paderborn

Die positive Entwicklung der Nixdorf Comupter AG, Paderborn, setzt sich weiter fort. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres erzielte das Unternehmen, wie in einem Aktionärsbrief mitgeteilt wurde, einen Umsatz von 1,263 Mrd. DM, was einem Plus von 20 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entspricht. Zurückgeführt wird dies vor allem auf die anhaltende Bereitschaft der Wirtschaft, weiterhin in Informationssysteme, die die Produktivität verbessern, zu investieren.

So stieg der Auftragseingang aus dem In- und Ausland gleichzeitig um 19 Prozent, und der Auftragsbestand erreichte damit die Rekordhöhe von 3,17 Mrd. DM. Besondere Impulse gingen von mittelständigen Unternehmen aus, jedoch auch von Geldinstituten und vom Handel. Am Aufwärtstrend ist im verstärkten Maße die Nachrichtentechnik beteiligt, hier stieg die Nachfrage nach den von Nixdorf entwickelten digitalen Telefonvermittlungen auch auf dem internationalen Markt.

Die Ausweitungen der Aktivitäten ließen eine Erhöhung der Mitarbeiterzahl im ersten Halbjahr 1984 um 16 Prozent auf insgesamt 19 000 Mitarbeiter weltweit zu. Besonders erfreulich ist dabei die Aufstockung der Ausbildungsplätze um 17 Prozent auf 1200. Dies führte allerdings zu einem Anstieg der Personalaufwendungen um 21 Prozent auf 571 Mill. DM.

Wesentlich erhöht wurden auch die Sachinvestitionen, und zwar um 53 Prozent auf 145 Mill. DM. Sie kam vor allem der Erweiterung der Produktionskapazität der Betriebe in Paderborn, Köln, Berlin, Toledo und Singapur zugute. Die durch die kürzliche Kapitalaufstockung nach Börseneinführung zugeflossenen Mittel sollen vorwiegend für die Erweiterung der Vertriebs- und Dienstleistungsorganisation verwendet werden. Die Weiterentwicklung wird optimistisch beurteilt, so daß erneut ein insgesamt positiver Jahresverlauf erwartet wird.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alsfeld: Hartmut Hess, Mücke 1; **Betzdorf:** Robert Klein, Helmenzen/Oberolfen; **Braunschweig:** Wolfgang Rommel; **Deggendorf:** Ralf Müller, Osterhofen; **Frankfurt/M.:** DUKO Handelsges. mbH; **Kassel:** Preka-Rohrleitungsbau GmbH i. L., Lohfelden; **Lüdinghausen:** Nachl. d. Anna Köchling; Maue GmbH, Senden; **Neumünster:** Nachl. d. Renate Gertrud Agnes Klever geb. Richter; **Pinneberg:** Nachl. d. Artur Heinz Joachim Stolpmann, Quickborn; **Reutlingen:** KB Konventionell-Bau GmbH, Lichtenstein; **Siegburg:** Friedhelm Weber, Kaufm., Hennef 41-Uckerath; **Wuppertal:** Nachl. d. Anneliese Göring geb. Vogel, Haan.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Oldenburg: Hamann & Hamann Druckereimaschinen GmbH, Wildeshausen

Vergleich eröffnet: Berlin Charlottenburg: Hans Jämmrich.

Vergleich beantragt: Berlin Charlottenburg: Jorgensen Gerhard + Ursula Hummel Leinen und Wasche.

UNIVERSITÄTSDRUCKEREI STÜRTZ

Wende im zweiten Halbjahr

DANKWARD SEITZ, München

Mit einer Zuwachsrate von 3,7 Prozent auf 55,5 Mill. DM erzielte die Universitätsdruckerei H. Stürtz AG, Würzburg, im Geschäftsjahr 1983 den bislang höchsten Umsatz in ihrer 153jährigen Firmengeschichte. Getragen wurde dieses Wachstum, wie es im Geschäftsbericht heißt, ausschließlich von der Konjunkturbelebung im zweiten Halbjahr, nachdem sich noch zu Jahresanfang die negative Entwicklung von 1982 mit einem weiteren Nachfragerückgang fortgesetzt hatte. Der größte Teil der Umsatzsteigerung kam aus dem Bereich Werbe- und Industriedrucksachen. Bei Büchern und Zeitschriften sei die langjährige Stagnation überwunden worden, obwohl die strukturellen Probleme nach wie vor anhalten.

Unter dem Strich verbleibt zwar ein deutlich auf 0,42 (0,22) Mill. DM verbesserter Jahresüberschuß, jedoch ist man mit dieser Umsatzrendite von 0,76 (0,41)) Prozent noch weit von den 1,87 Prozent des Jahres 1979 entfernt. Die Ertragssteigerung war nach Angaben des Vorstands im wesentlichen nur durch „große Anstrengungen zur Kostensenkung und Produktivitätserhöhung" möglich. Begründet wird damit auch der weitere Personalabbau um 45 (56) auf 635 Mitarbeiter. Mit den Investitionen von 1,25 (2,6) Mill. DM für Ersatz- und Rationalisierungsmaßnahmen sei man zwar „deutlich unter den Planungen", geblieben, jedoch würde dies 1984 nachgeholt. Abgeschrieben wurden 2,4 (2,7) Mill. DM.

Als Bilanzgewinn verbleiben nach Einstellung von 0,23 (0,1) Mill. DM in die freien Rücklagen 0,23 (0,12) Mill. DM. Die Hauptversammlung hat zugestimmt, daraus eine unveränderte Dividende von 80 DM je 1000-DM-Aktie auf das Grundkapital von 1,5 Mill. DM auszuschütten. Mit über 50 Prozent ist daran der Springer-Verlag, Berlin-Heidelberg-New York, beteiligt; der Rest befindet sich in Streubesitz. Weitere 0,075 Mill. DM wurden den freien Rücklagen zugeführt, wodurch sich das Eigenkapital auf insgesamt 7,8 Mill. DM erhöht. Bei der allgemein günstigeren Konjunkturentwicklung erwartet Stürtz für die Druckindustrie 1984 eine nur noch leichte Nachfragebelebung.

Wieder Minus im Neugeschäft

DANKWARD SEITZ, München

Eine „zufriedenstellende" Aufwärtsentwicklung konnte die Münchener Lebensversicherung AG, München, nach Angaben ihres Vorstands im Geschäftsjahr 1983 verzeichnen. Erstmals überstieg der Versicherungsbestand mit einem Zuwachs von 4,0 (6,8) Prozent knapp die Marke von 3,0 (2,89) Mrd. DM. Die Beitragseinnahmen erhöhten sich um 10,1 Prozent auf 105,8 Mill. DM.

Wie schon im Vorjahr mußte beim eingelösten Neugeschäft wieder ein leichtes Minus von 0,3 (2,5) Prozent auf 448,9 Mill. DM hingenommen werden. Deutlich verschlechtert hat sich erneut die Stornoquote mit 7,3 (6,0) Prozent gegenüber dem Branchendurchschnitt von um 5 Prozent. Der gesamte Abgang belief sich auf 351,3 (299,8) Mill. DM. An Versicherungsleistungen wurden 46,6 (39,6) Mill. DM erbracht.

Für 1983 weist die Münchener Leben einen auf 43,5 (35,1) Mill. DM gestiegenen Rohüberschuß aus. Hauptgewinnquelle waren die Kapitalanlagen von 775,7 (712,2) Mill. DM, die einen Ertrag von 66,9 (57,8) Mill. DM brachten. Die Durchschnittsverzinsung wird mit unverändert 7,7 Prozent angegeben. Nach Zuführung von 43,1 (34,7) Mill. DM in die Rückstellungen für Beitragsrückerstattung verbleibt ein Bilanzgewinn von unverändert 0,43 Mill. DM. Daraus werden wieder 10 Prozent Dividende auf das eingezahlte Aktienkapital von 4 Mill. DM ausgeschüttet.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

PHB stärker in Brasilien

Düsseldorf (J. G.) – Die mit knapper Mehrheit zum Otto-Wolff-Konzern gehörende Kölner PHB Weserhütte AG hat ihren Anteil an der Pohlig-Heckel do Brasil SA, Belo Horizonte/Brasilien, auf 95 (62,5) Prozent aufgestockt. Dies aus dem Besitz der jetzt noch mit 5 Prozent beteiligten brasilianischen Arbed-Hüttenwerkstochter „Belgo Mineira". Der im „Material Handling" weltweit starke PHB-Konzern verweist darauf, daß die Brasilia-Beteiligung nach kurzer Verlustperiode in 1979/81 inzwischen erfolgreich restrukturiert sei und bereits 1983 aus 50 Mill. DM Gruppenumsatz mit 660 Beschäftigten wieder Dividende brachte. Das verstärkte PHB-Beteiligungsengagement unterstreiche die Zuversicht, die man auf diesem Feld des Anlagenbaus für die Zukunft des rohstoffreichen Landes Brasilien hege.

Stollwerck mit Feingebäck

Düsseldorf (J. G.) – Ab 1. September wird die Kölner Stollwerck AG in der Bundesrepublik und in West-Berlin die Delacre-Feingebäcklinie des Brüsseler Produzenten Campbell SA in ihr Vertriebsprogramm übernehmen. Der deutsche Delacre-Jahresumsatz, bisher durch Handelsvertreter, liege bei knapp 30 Mill. DM und bringe, so der Stollwerck-Kommentar, eine „bedeutende Alternative" zum Süßwarenangebot der Stollwerck/Imhoff-Gruppe.

Roland: Gutes Neugeschäft

Düsseldorf (Py.) – Die Roland Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Köln, hat 1983, in einem Jahr ohne Beitragserhöhungen und nur in Sonderbereichen anfallenden wesentlichen Schadenverteuerungen, ihre gesamte Energie auf das Neugeschäft, die Aktualisierung des Firmengeschäfts und die Sanierung des privaten Bestands, vergelegt. Das Prämienvolumen stieg um 5,3 (11) Prozent auf 139 Mill. DM. Angesichts der hohen Zusatzkosten aus der Bestandsumstellung ist die Ermäßigung des Kostenniveaus und der Schadenquote auf 65 (66,6) Prozent beachtlich. Der technische Gewinn stieg auf 20,9 (8,4) Mill. DM. Zusammen mit den Kapitalanlage-Erträgen wird ein Jahresüberschuß von 2,8 (1,5) Mill. DM ausgewiesen, von denen 2 (1) Mill. DM den Rücklagen zufließen und 0,88 Mill. DM als 12-Prozent-Dividende an die Aktionäre.

Gerling-Fonds gewachsen

Düsseldorf (Py.) – Die von der Kapitalfonds-Kapitalanlage GmbH, Köln, verwalteten Gerling Rendite Fonds und Gerling Dynamik Fonds haben im 1. Halbjahr 1984 ihr Fondsvermögen um 6,5 Prozent auf 382 Mill. DM gesteigert. Dabei sind die Ausschüttungen von 30 Mill. DM im Februar bereits berücksichtigt. Der Nettomittelzufluß stieg beim Rendite Fonds auf 43,9 (31) Mill. DM. Die Anteilswerte des Rendite Fonds verbesserten sich um 2,9 Prozent, der Dynamik Fonds wies einen Wertverlust von 2,6 Prozent aus.

Geringerer Verlust

Bonn (DW.) – Die Dual GmbH, St. Georgen, hat 1983 die Gewinnschwelle nahezu erreicht. Im Rumpfgeschäftsjahr 1982 hatte Dual bei einem Umsatz von 82 Mill. DM noch einen Verlust von 1,4 Mill. DM (und nicht, wie versehentlich gemeldet, von 82 Mill. DM) hinnehmen müssen.

Falsche Beteiligungen

Bonn (DW.) – Durch ein Versehen sind in der gestrigen Liste der 500 größten deutschen Unternehmen die Beteiligungsverhältnisse der Gesellschaften zwischen den Rängen 102 und 134 jeweils um eine Position nach unten gerutscht. Richtig ist: 89 Union Rheinische Braunkohlenkraftstoff AG gehört zu 119 Rheinische Braunkohlenwerke; 233 Teves zu 128 ITT Gesellschaft für Beteiligungen; 261 Allgäuer Alpenmilch zu 109 Deutsche Nestle; 265 Kali-Chemie zu 122 Deutsche Solvay; 294 Schott Glaswerke zu 124 Carl-Zeiss-Stiftung; 306 Rheinbraun Verkaufsgesellschaft zu 119 Rheinische Braunkohlenwerke; 399 Maggi und 422 Nestle Erzeugnisse zu 109 Deutsche Nestle; 443 Otto Wolff Handelsgesellschaft zu Otto Wolff; Zahnradfabrik Passau zu 127 ZF Friedrichshafen.

BEKLEIDUNGSINDUSTRIE / Commerzbank: Leichter Optimismus

Ohne modische Impulse geht es nicht

INGE ADHAM, Frankfurt

Die deutsche Bekleidungsindustrie darf mit „leichtem Optimismus" in die Zukunft sehen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Branchenuntersuchung der Commerzbank. Daran knüpfen die Bankenspezialisten freilich gleich ein Bündel von Voraussetzungen: Denn aufwärts geht es für die Branche, die als Nachzügler der Konjunkturerholung erst langsam wieder aufholt, nur dann, wenn es ihr gelingt, den Verbraucher durch modische Impulse zum Kauf anzuregen und hohe Qualitätsansprüche zu erfüllen.

Denn eigentlich sieht das deutsche Umfeld für die Branche nicht gerade rosig aus: Die Bevölkerungs- und damit Verbraucherzahl nimmt ab. Die ins Berufsleben tretenden geburtenstarken Jahrgänge – qua Alter besonders konsumfreudig – bringen angesichts bescheidener Anfangsverdienste und damit geringer Ausgabenspielräume nicht viel, und ohnehin hat sich der Anteil der Aufwendungen für Bekleidung an den Verbrauchsausgaben ständig zurückgebildet. Vor diesem Hintergrund weisen die Bankexperten der Entwicklung des Exports eine „Schlüsselrolle" zu und halten es für notwendig, die internationale Wettbewerbsfähigkeit auszubauen.

Daß diese Notwendigkeit in der Branche erkannt worden ist, signalisiert die Entwicklung der Investitionen. Während in den zurückliegenden Jahren der Umsatzrückgänge und entsprechender Ertragseinbußen die Investitionen in der Bekleidungsindustrie eindeutig zu kurz kamen, hat die Branche im vergangenen Jahr mit einer Steigerung der Bruttoanlageninvestitionen um 11 Prozent auf 310 Mill. DM deutlich mehr getan als die gesamte Industrie (Durchschnitt plus 2 Prozent); auch in diesem Jahr erwartet die Studie weiter steigende Investitionen.

Wie wichtig das Auslandsgeschäft für die Bekleidungsindustrie und ihre rund 190 000 Beschäftigten ist, zeigt die Entwicklung im vergangenen Jahr, in dem gut 20 Mrd. DM Umsatz erreicht wurden. Zuwächse gab es dabei nur im Auslandsgeschäft (plus 4,3 Prozent), während sich der Inlandsumsatz mit plus 1,2 Prozent kaum bewegte. Auch für die neunprozentige Umsatzsteigerung in den ersten sechs Monaten dieses Jahres (für das ganze Jahr werden gut 21 Mrd. DM Umsatz/plus 5 Prozent erwartet) sorgte vor allem das Auslandsgeschäft.

Die Kunden der Branche, die ihre Chancen vor allem im qualitativ hochwertigen Bereich sieht, sitzen zu 90 Prozent in den europäischen Nachbarländern. Die Exportquote von heute gut einem Fünftel könnte nach Einschätzung der Bank-Studie noch erheblich gesteigert werden, wenn es gelänge, neue Exportmärkte – vor allem in den USA und Japan – zu erschließen.

Während im vergangenen Jahr die Exporte deutlich stärker stiegen als die Einfuhren, dürften in diesem Jahr die Importe im Wachstempo die Ausfuhren wieder überrunden. Dabei holen, so die Studie, die Mittelmeer- und Ostblockländer als Lieferanten stark auf; Hongkong spürt die Folgen des veränderten DM-Dollar-Kurses. Knapp 15 Prozent der Einfuhren (1983: 9,2 Mrd. DM) entfielen auf die passive Lohnveredelung, bei den Bezügen aus dem Ostblock macht sie fast die Hälfte aus.

Ölverträge entpolitisiert?

J. Sch. Paris

Die beiden staatlich kontrollierten französischen Mineralölkonzerne Elf-Aquitaine und Total (CFP) wollen sich nicht mehr in dem gleichen Maße wie bisher in den Dienst der amtlichen Nahostpolitik stellen lassen. Auch wenden sie sich dagegen, durch hohe Preiszugeständnisse den Waffenexport in ihre Lieferantenländer zu fördern. So sieht der von ihnen jetzt unterzeichnete Vertrag mit Irak über den Bezug von 80 000 Barrel täglich Preise vor, die näher an den Marktpreisen liegen als der am 30. Juni ausgelaufene Jahresvertrag gleichen Umfangs, heißt es in Paris.

Nach dem alten Vertrag waren 45 000 Barrel täglich zum offiziellen Listenpreis von 29,43 Dollar je Barrel abgeschlossen worden, obwohl die Preise am Spotmarkt um 2 Dollar darunter lagen. Die näheren Bedingungen des neuen Vertrags sind nicht bekanntgegeben worden. Politische Aufpreise hat in Frankreich auch die staatliche Gaz de France für ihre Gasimporte aus Algerien zu zahlen. Die ihr dafür aus Mitteln des Staatshaushalts zunächst gewährte Entschädigung wurde gestrichen.

Allianz haussieren weiter

Aber auch Technologieaktien blieben gesucht

DW. – Im Mittelpunkt des Aktienhandels am Montag standen die Aktien der Allianz Versicherung. Ihr Wert hatte sich bereits am Wochenende um knapp 5 Prozent erhöht, am Montag legte er noch einmal knapp 8 Prozent zu. Anlaß für die spekulativen Käufe waren Vermutungen, die Allianz würde in eine Holding und eine aktive Versicherungsgesellschaft aufgesplittet. Nach einer ruhigen ersten Börsenstunde gab es auch in anderen Bereichen Meinungskäufe. Dabei erzielten insbesondere die Technologieaktien neue Kursgewinne.

Sowohl Nixdorf als auch PKI erreichten neue Spitzenkurse. Kräftiger Anstieg auch bei SEL. Für Siemens lagen offensichtlich Kaufaufträge aus dem Ausland vor. Wegen der großen Marktbreite stieg hier der Kurs jedoch nur minimal. Gegen Börsenschluß lebten auch im Großchemiebereich die Anlagekäufe wieder auf. Dies geschieht vermutlich im Vorgriff auf die zu erwartenden günstigen Zwischenberichte, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Als „konjunkturgeschädigt" gelten die Warenhausaktien. Der streikbedingte Umsatzeinbruch im Einzelhandel läßt in diesem Bereich kaum Anlagebereitschaft aufkommen. Knapp behauptet lagen die Autoaktien.

Düsseldorf: Aseag erhöhten um 10 DM auf 475 DM und Gerresheimer Glas um 3,50 DM auf 124,50 DM. Nachgegeben haben Audi NSU um 8 DM und Deutsche Texaco um 5 DM. Heinrich und Hochs Adler verloren je 5 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 20 DM und Allianz Vers. um 48 DM.

Frankfurt: ADT verminderten um 6,80 DM auf 103 DM, und Chemieverwaltung erhöhten um 9 DM auf 284 DM. Texaco verloren 5 DM auf 184 DM, und Hartmann & Braun Vorzüge erhöhten um 14 DM auf 365 DM.

Hamburg: Auf der Gewinnerseite standen Reichelt bei 104 DM (plus 3 DM) sowie Bremer Vulkan bei 64,50 DM (plus 1,50 DM). HEW wurden unverändert mit 82,10 DM gehandelt, NWK-Vorzüge gaben leicht um 0,50 DM auf 162,50 DM nach. Knapp gehalten waren Beiersdorf bei 335 DM (minus 0,50 DM) und Phoenix Gummi bei 115,50 DM (minus 1 DM).

München: Agrob St. verminderten um 1 DM und Dywidag um 0,50 DM. Grünzweig gaben um 13 DM und Hutschenreuther um 1 DM nach. Erhöht haben Augsburger Kammgarn um 0,30 DM und Dekkel AG um 0,70 DM. Leonische Draht stockten um 1,50 DM und NAK Stoffe um 0,40 DM auf. Patrizier Bräu verloren 9 DM auf 246 DM. Zahnräder Renk gaben um 6 DM auf 223,50 DM nach.

Berlin: Bergmann und DeTeWe wurden um je 5 DM, Orenstein um 4 DM, Lehmann um 3,50 DM und Berthold um 3 DM heraufgesetzt. Schering verbesserten sich um 2,50 DM, Herlitz Stämme um 1,70 DM und Herlitz Vorzüge um 1,50 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 143,7 (143,8)
WELT-Umsatzindex: 1630 (1460)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf	20. 8.	17. 8.
AEG	91,2-1,5-2G	91,5G
BASF	155,5-6-6,5G	155,2
Bayer	167-7,5-8,5-9	166,5G
Bayer. Hypo	263,5-4,5G	264G
Bayer. Vbk.	304-10-10G	305G
BMW	386,5-6-9,2G	385G
Commerzb.	150-50G	149G
Conti Gummi	117,5-7-8G	117G
Daimler	546-7-50G	546G
Dt. Bank	334-3,5-5G	334G
Dresdner Bk.	152,5-2-4G	152G
DUB	218G-20-19G	219G
GHH	140-39-40G	139G
Harpener	289,5-9-9G	290,5
Hoechst	167,9-8-9G	167,5G
Hoesch	94,5-4,4-4,3	94,5
Holzmann	420-21G	415G
Horten	163,5-4G	166G
Kali + Salz	213-1-1G	212G
Karstadt	237-6-7G	238G
Kaufhof	205,5-6-5,5	211G
KHD	226-7-8G	227G
Klöckner-W.	58-7,8-7,8G	57,5G
Linde	356,5-6-6G	355G
Lufthansa St	148-8,5-50G	148,5G
Lufthansa VA	149,5-50,5G	148
Mannesmann	141,8-1,5-2G	141,5
MAN	138G-41G	138G
Mercedes-H	486-7G	485G
Metallges.	209G-10G	209G
Nixdorf	504-3-10-09	498,8G
Porsche	–	–
Preussag*	251G-1-4G	250G
RWE St	158-8,5-8,5G	158G
RWE VA	157-7G	156
Schering	355-5,5-5,5G	355,5G
Siemens	391,2-1,5-3,2	390,2G
Thyssen	75,6-5,8-6,5G	76
Veba	170,5-70,3-1,5	170
VEW	118-8,5-9G	117G
VW	176,5-7-8,5-7,8	177G
Philips**	43,7-3,6-3,6	43,5
Royal D.**	138-7-7,5G	138
Unilever**	237,5-7	237G

Kurswert in 1000 DM

Optionshandel

Frankfurt: 20. 8. 84: 508 Optionen = 27 150 (31 350) Aktien, davon 139 Verkaufsoptionen: = 7450 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-95/3,4, 10-110/1, 1-95/6,4, 1-100/4, 4-100/6,5, 4-110/2,85, BASF 10-160/3,5, 10-163/2,4, 1-160/7,2, 1-170/2,6, 4-160/12, Bayer 10-160/10,4, 10-170/4,4, 10-180/1,6, 1-160/15, 1-170/8,4, 1-180/4,8, 4-160/17, 4-170/11,9, 4-180/7, Bay. Hypo 4-280/8,4, BMW 1-410/10, 4-400/19, Commerzbank 10-16/1, 10-150/5,1, 1-160/5,2, 4-15/14, Conti 10-110/10,5, 10-120/3,5, 1-120/7,4, 1-130/3,1, 4-120/10, 4-130/5,6, Deutsche Bank 10-330/14,4, 10-350/4,4, 1-360/5, 4-370/8,4, Dresdner Bank 1-150/10, 4-160/7,7, 4-170/4,1, GHH Vz. 1-140/5, Hoechst 10-170/4,5, 1-170/9,3, 1-180/5,1, 4-170/11, 4-180/8, Hoesch 10-90/8, 10-95/4,5, 10-100/2,5, 1-95/8,1, 1-100/5,9, 4-95/11, 4-100/8,75, 4-110/5,5, Klöckner 10-60/2,2, 1-65/2,2, 4-50/14,85, 4-65/3,4, Lufthansa St. 10-140/9, 1-140/19, 1-150/12, 1-160/5, Lufthansa VZ 1-160/4,1, Mannesmann 10-140/5, 10-150/1,4, 1-140/8,8, 1-160/1,4, 4-160/4, RWE St. 1-160/7,4, Schering 10-350/11,4, Kali + Salz 1-210/10,6, Siemens 1-390/17, 1-400/10, 1-420/4, 4-400/15,5, 4-420/7,6, Thyssen 10-75/3,5, 1-80/3,5, Veba 1-170/9, 1-180/3,2, VEW 10-120/1,55, 1-120/3,6, VW 10-170/12, 10-180/4,9, 10-190/2, 1-170/16,5, 1-190/5,5, 1-200/3,5, 4-170/20,2, 4-190/9, 4-200/6, 4-220/2,5, Alcan 1-90/3,4, Chrysler 10-65/4,25, 1-80/9, 1-90/4, IBM 10-320/3,4, 1-360/18, Litton 1-230/15,6, Philips 10-43,9/2, 4-40/7,4, 4-45/3,9, Royal Dutch 10-130/11,4, 1-140/6, Sperry 10-110/11, 1-120/8,5, Xerox 1-120/6,2. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-85/1, 10-90/2, 1-85/2,2, Bayer 10-170/3, 1-160/1,6, 1-170/5,6, 4-160/2,5, BMW 4-360/10,8, Commerzbank 10-150/2,5, Conti 1-110/1,5, 1-120/5, Deutsche Bk. 10-340/7, Hoesch 1-90/2,3, 1-95/3, KHD 1-220/3,2, Klöckner 10-60/3,8, Linde 10-350/6,6, Mannesmann 4-140/4,6, Simens 10-37/1, 10-372/2,5, 1-370/5,7, 1-380/10,7, 1-390/17, Thyssen 10-75/1,6, VW 10-170/2,5, 10-180/6,8, 1-160/2, 4-170/6,4, Alcan 10-90/5,4, Chrysler 10-80/2, 1-70/1,6, 1-85/6,4, 4-90/13, IBM 1-340/13, 1-350/19,2, Philips 1-45/3,4, Xerox 10-110/4,5. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.7, 2. Zahl Basispreis. 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅝–11⅞	5⅜–5½	4¼–4⅜
3 Monate	11¾–12	5½–5⅝	4⅝–5
6 Monate	12–12¼	5⅞–6⅛	4⅞–5⅛
12 Monate	12⅜–12⅝	6¼–6½	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Devisen

Nach ruhigem Devisengeschäft in Asien, wo der Dollar zwischen 2,8550 und 2,8600 quotiert wurde, wurde er in Europa bei meist ebenfalls ruhigem Geschäft höher bewertet, ohne daß neue Faktoren vorlagen. Die Bundesbank verkaufte am 20. 8. zu der amtlichen Notiz von 2,8708 42,4 Mill. Dollar und geringe Aktivitäten schienen auch im Freiverkehr vorhanden, nach Bekanntgabe des Bruttosozialprodukts in den USA, das mit 7,6 nach ursprünglich 7,5 Prozent ausgewiesen wurde, wurde der US-Dollar nicht ganz verständlich bis 2,8780 bezahlt. Die in den letzten Tagen zu beobachtende Nachfrage nach schweizer Franken scheint zum Stillstand gekommen zu sein. Darauf deutet jedenfalls der heutige Rückgang um 2,8 Promille auf 119,69 hin. Bei unterschiedlichen Kursentwicklungen verbuchte der Escudo mit einem Gewinn von 6,2 Promille die höchste Veränderung des Tages.

US-Dollar in: Amsterdam 3,2395; Brüssel 57,9650; Paris 8,8130; Mailand 1775,50; Zürich 2,3985; Ir. Pfund/DM 3,086; Pfund/Dollar 1,3195; Pfund/DM 3,788.

Ostmarkkurs am 20. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Mit den etwas höheren Kassakursen wurden am 20. August die Terminabschläge ohne daß es zu Änderungen im Zinsgefüge kam etwas vergrößert genannt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,70/1,60	4,53/4,43	8,55/8,35
Pfund/Dollar	0,11/0,15	0,43/0,48	0,96/1,01
Pfund/DM	2,50/1,10	5,20/3,80	8,90/7,50
FF/DM	25/9	57/41	103/87

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 20. 8.: Tagesgeld 5,40 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 20. 8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 20. 8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,85, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,2, Rendite 7,70.

Anonym, aber groß

jn. – Was motiviert einen Schreiber, sich hinter einem Pseudonym zu verbergen? Früher legte man sich einen *Nom de guerre* zu, wenn es darum ging, sich dem Angriff und der Verfolgung in politischen und religiösen Kämpfen zu entziehen. So mancher wählte einen Decknamen aus Rücksicht seinem Stande bzw. seiner Familie gegenüber. Literarische Größen bedienen sich zuweilen eines fingierten Namens, um auszuprobieren, ob sie auch als „Mister Nobody" Erfolg haben.

Im Klett-Cotta-Verlag erschien jetzt ein Roman, „Das Tagebuch der Jane Somers". „Die Autorin, wer auch immer sich hinter dem Pseudonym verbirgt . . .", heißt es geheimnisvoll im Klappentext, und weiter: „Jane Somers ist das Pseudonym einer bekannten Journalistin". Warum dann überhaupt noch ein Pseudonym? Einerseits will die Autorin ihr Visier nicht öffnen, andererseits aber scheint sie von ihrem vermeintlichen Ruhme zehren zu wollen. „You cannot have a cake and eat it", heißt ein englisches Sprichwort. Ebenso kann man mit einem Namen, auf den man bewußt verzichtet, nicht gleichzeitig hausieren gehen.

Will die „berühmte Journalistin" erst einmal abwarten, ob sie in ihrem neugewählten Genre genauso erfolgreich ist wie in ihrem Beruf, bevor sie sich dann doch die Lorbeeren ansteckt? Ist des Pudels Kern vielleicht eine versteckte Kriegserklärung an ihr Zeitungsmetier, zu der sie aber mit ihrem richtigen Namen nicht stehen mag? Oder aber, will sie sich zu einer Mrs. Traven emanzipieren?

Eins steht fest: Der Bucherstling der „Jane Somers" wird durch das Ratespiel nicht besser – vielleicht aber besser verkauft!

London: Andrej Gawrilows Rückkehr in den Westen

Charmanter Tiefsinn

Die Rückkehr des 29jährigen russischen Pianisten Andrej Gawrilow nach fünfjähriger Abwesenheit auf ein westliches Konzertpodium hatte in London nicht allzuviel Vorausreklame auf sich gezogen. Sein Auftritt war versteckt worden, einen Tag vor einem Konzert Vladimir Spivakovs und der „Moskauer Virtuosen", im Rahmen der Sommerkonzerte in der Queen Elizabeth-Hall, die in diesem Jahr unter der Direktion von John Williams, dem Klassikgitarristen und Pop-Komponisten, stehen.

Die scharf linke Stadtverwaltung von London unter der Führung von Ken Livingstone hatte als Teil ihres politischen Programms beschlossen, den von ihr getragenen künstlerischen Veranstaltungen, darunter auch diesen Sommerkonzerten, ein sehr populistisches Image zu geben. Russische Künstler, obwohl sie natürlich total „bourgoise" Musik spielen, befriedigen gleichzeitig Williams Wunsch nach einem herkömmlichen Konzertprogramm und Livingstones Sympathie für sowjetische Protagonisten. Gawrilows Programm aus Skrjabin und Rachmaninow allerdings kann kaum als besonders konventionell bezeichnet werden, und vielleicht war die Halle auch deswegen nur halb voll.

Vielleicht aber hatte auch Gawrilows Agentur gezögert, laut die Werbetrommel für den brillanten Pianisten zu rühren, aus Furcht, es könne Gawrilow abermals und in letzter Minute doch nicht gelingen, den Eisernen Vorhang zu durchqueren.

1979 hatte Gawrilow mit der Agentur „Allied Artists" als britischem Repräsentanten abgeschlossen, die bisher wenig Freude an ihm hatte. Jetzt hatte man wieder eine Routineanfrage wegen Gawrilow an Moskau gerichtet, und man war höchst überrascht zu erfahren, daß Gawrilow für Williams' Festival verfügbar sei. Die Lesart der Agentur: „Nach dem Gewinn des Tschaikowskij-Wettbewerbs wurde Gawrilows Karriere im Westen fünf Jahre lang sehr gefördert; und wir verstehen, daß die Machthaber in Rußland fühlten, es sei Zeit für eine Periode der Konsolidierung seiner künstlerischen Mittel in seinem Heimatland. Jetzt haben sie offenbar das Gefühl, daß die Welt ihm wieder offenstehen soll."

Gawrilow verbringt eine Woche in London, aber seine Pläne für Schallplattenaufnahmen hat er schon verschoben. So wird er diese Woche hauptsächlich damit verbringen, seiner Plattenfirma EMI zu helfen, die Image-Schäden, die aus seiner fünfjährigen Abwesenheit erwachsen sind, zu beseitigen.

Das Podium des Saales, wo Gawrilow nicht auf dem üblichen Steinway, sondern auf einem extra herbeigeschafften Instrument spielte, zeigte, zufällig, doch mit charmantem Tiefsinn, die Kulisse für ein Maskenspiel aus dem 17. Jahrhundert, „Cupido und der Tod". Die tristanische unendliche Melodie, die Skrjabins 24 Préludes durchzieht, hatte schon eine Verbindung zu den beiden Figuren, obwohl ihr barocker Aufputz in nichts zu Gawrilows Musik paßte, es sei denn, zu einer Zugabe, der Passacaglia aus Händels g-Moll-Suite.

Gawrilows Händel, total pianistisch und mit stark gefärbten Registern, muß andererseits die puritanischen Händel-Exegeten in London sehr beleidigt haben. Für meine Ohren allerdings erbrachte Gawrilow hier den Beweis, daß das zuvor vernachlässigte Mezzoforte bei ihm sprechende Gestalt gewinnen kann. Gawrilow ist, auch nach den fünf Jahren erzwungener Eremitage, ein in höchstem Maß kontroverser Künstler geblieben. Mancher mag Wärme und Liebe in seinem Spiel vermissen. Die Heftigkeit des Fortissimo eruptiert geradezu wie aus dem Nichts. Es wächst nicht organisch. Aber es explodiert mit überwältigender Kraft. Ähnlich gelingt ihm das schnelle Passagenwerk mit geradezu alarmierender Virtuosität.

Immer wieder bricht der Jubel im Auditorium los, leider auch zuweilen, bevor ein Stück abgeschlossen ist. Gawrilow, offensichtlich selbst glücklich, so viel geben zu können, beantwortet die schließliche „Standing Ovation" mit insgesamt vier Zugaben, lacht ins Publikum, und seine Lippen formen ein englisches „Bye bye", bevor er das Podium endgültig verläßt. Schon in vier Wochen soll dieses Wiedersehen wahr werden, mit einem Chopin-Recital im Barbican-Center.

TOM SUTCLIFF



Start zur zweiten Westkarriere: Pianist Andrej Gawrilow FOTO: TIMPE

Neue Platte: Bob Marleys beste Reggae-Nummern

Liebe deinen Nächsten!

Der Rhythmus ist simpel, die Harmonik nicht minder schlicht und eintönig, der orchestrale Background alles andere als spektakulär – und doch haben wir es hier mit einer Legende zu tun: „Legend" heißt denn auch die soeben erschienene LP mit den besten Songs von Bob Marley, jenem unvergessenen Reggae-Musiker aus Jamaika, der 1981 starb. „Legend" (Island-Records 206285) faßt noch einmal alle Welterfolge Marleys („I shot the Sheriff", „No woman no cry", „Exodus", „People get ready") und die Instrumentalkünste seiner Mitmusikanten (Peter Mackintosh, „The Wailers") zusammen.

Dabei erweist sich wieder einmal: Das Beeindruckende, vielleicht auch das einmalige an diesem „Dritte-Welt-Rock" manifestiert sich nicht in den kinderliedhaften Akkorden mit ihren permanenten Riff-Wiederholungen und der dahinschlendernden Rhythmus-Motorik, sondern in der textlichen Aussagekraft der Songs – in der sanft, aber unnachgiebig hämmernden Botschaft: „Liebe deinen Nächsten; wir sind gleich, und jeder ist frei".

Der Reggae-Stil – mit seinen Vorfahren „Blue Beat", „Ska" und „Rock Steady" – enthält eine unbestimmbare musikalische Mischung aus westafrikanischer Folklore, archaischem New Orleans-Liedgut und gebremstem Rock'n Roll. Textlich stellt der Reggae – frühere Bezeichnung: „Ragamuffin" („zerlumpter Straßenjunge") – eine Bewegung der Bewußtseinsbildung und Bewußtseinserweiterung dar: Er formuliert Protest gegen die Jahrhunderte währende Ausbeutung der Schwarzen, lehnt sich auf gegen das, was als Neokolonialismus empfunden wird und propagiert mehr soziale Gerechtigkeit und ein „schwarzes" Selbstbewußtsein.

Allerdings: Bob Marley, der die Spannungen zwischen der reichen Oberschicht und den Menschen in den Slums von Jamaika in seinen Songs verarbeitete, suchte die Überwindung der Spannungen „durch Liebe, nicht durch Kampf". Und so hält der Marley-Fan denn auch mit der LP „Legend" eine Art Vermächtnis in der Hand.

KLAUS BERGER

Stenographie in Bildern, Kaskaden rückwärts und westliche Bockshörner – Neue Filme in der „DDR"

Wenn der Plenzdorf mit dem Meckel

Der neue DEFA-Film „Der Mann mit dem Ring im Ohr" von Jo Hasler (nach einem Roman von Bernhard Seeger) habe „im Kino keine Überlebenschance", prophezeite das Ostberliner Witzblatt „Eulenspiegel", denn der Streifen sei „bebilderte Stenografie" und „ohne Stil". Regisseur Hasler erzählt da die Geschichte eines Mannes, der kurz vor Kriegsende einem KZ-Transport entkommt und sich später in der sowjetischen Besatzungszone niederläßt. Doch – so der „Eulenspiegel" – die „Klischee-Nazis", die hier präsentiert würden, seien „allesamt ohne Individualität".

Die SED ist nach wie vor äußerst unzufrieden mit der „DDR"-Spielfilmproduktion; sie fordert Filme, „die auf die sozialistische Veränderbarkeit der Welt hinweisen und wirkungsvoll den geschichtlichen Optimismus und das Lebensgefühl der Erbauer des Sozialismus und Kommunismus zum Ausdruck bringen", aber statt dessen mache sich innerhalb des Spielfilmschaffens ein „gewisser Eskapismus" breit, klagte kürzlich der Regie-Veteran Maetzig.

Von herber SED-Kritik betroffen sind mehrere neue DEFA-Streifen. Beispielsweise „Kaskade rückwärts", mit dem Iris Gusner ihr Talent für exzentrische Spielmomente, für Burlesken und Harlekinanden erneut unter Beweis stellt. Das ist ein recht amüsanter Film über eine Frau Mitte dreißig, die einen neuen Anfang sucht. Sie ist der harte Kern in einer Gruppe von Frauen, die scharf auf Männer sind. Eine von ihnen äußert sich sehr drastisch über die Lebensbedingungen im System des real existierenden Sozialismus: „Jeder muß mit seinem bißchen Scheißleben zurechtkommen!"

„Um das persönliche Glück muß sich jeder selbst bemühen", konterte die Ostberliner Fachzeitschrift „Film und Fernsehen". „Im Film werden die Methoden vorexerziert, wie das geschieht oder geschehen könnte. Verwundert sieht man, daß sie nach Ansicht der Drehbuchautoren Roland Kästner und Iris Gusner denen unsere Mütter verteufelt ähneln."

Als einen Versuch, mit der jungen Generation ins Gespräch zu kommen, bezeichnet Helmut Dziuba seinen neuen DEFA-Beitrag „Erscheinen Pflicht" (nach Motiven des gleichnamigen Erzählungsbandes von Gerhard Holtz-Baumert), auf den die SED besonders ungnädig reagiert hat. So warf das „Neue Deutschland" dem Regisseur vor, er bediene sich „einer Erzählweise, die mitunter in resignative Melancholie abgleitet, in eine Konfliktgestaltung, die kaum zu konstruktivem gesellschaftlichem Handeln motiviert, sondern Verdrossenheit hinterläßt".



Ihre Welt gerät ins Wanken: Vivian Hanjohr in dem Defa-Film „Erscheinen Pflicht" FOTO: DEFA

Die Verärgerung der Kritiker erklärt sich u. a. daraus, daß Helmut Dziuba ein Stück unverstellten „DDR"-Alltag vorsichtig ins Bild gebracht hat und damit eine Reihe unbequemer Fragen verbindet. Wie verhält sich ein junges Mädchen, das in der „DDR"-Gesellschaft Privilegien genießt, weil der Vater ein einflußreicher SED-Genosse ist? Der Vater des Mädchens Elisabeth stirbt „plötzlich und unerwartet", sein Bild auf rotem Fahnentuch wird nach einer gewissen Zeit abmontiert. Elisabeth begegnet Menschen, die politisch desinteressiert sind oder dem SED-Staat feindlich gegenüberstehen. Jemand sagt: „Man hat uns nur Beifallklatschen und Fähnchenschwenken beigebracht!"

Eines Tages trifft Elisabeth mit einem Jungen zusammen, der seltsam reagiert, als er erfährt, daß sie die Tochter des verstorbenen SED-Funktionärs ist: „Dann war das dein Alter, der so dämlich auf unsere Eingabe reagierte." Der Satz wurmt sie. Also geht sie der Sache nach und sieht – es gibt Leute, die ganz anders leben als sie, die schlimme Probleme haben. Da fragt sie sich, ob Ihr Vater wußte, wie andere leben. Plötzlich hat sein Bild einen Fleck. Sie fängt an, Fragen zu stellen, und sie erkennt, wie sie künftig nicht leben will.

Hierzu das „Neue Deutschland": „Die künstlerischen Metaphern, die einen Generationskonflikt suggerieren wollen, stehen in allzu deutlichem Gegensatz zu unserer 35jährigen Wirklichkeit."

Jugendliche, die eine Nachmittagsvorstellung im Ostberliner Filmtheater „International" besucht hatten, waren dagegen von dem Film sehr angetan. Ein etwa 18jähriger Junge meinte, er habe den Erzählungsband „Erscheinen Pflicht" gelesen. Wörtlich: „Nicht nur das Buch hat mir gefallen – auch der Film, weil hier Probleme zur Sprache kommen, die junge Menschen beschäftigen und die von gewissen Leuten stur geleugnet werden."

Daß die meisten DEFA-Spielfilme auf literarischen Vorlagen beruhen, ist übrigens nicht nur eine Folge des Mangels an guten Originaldrehbüchern, sondern auch das Ergebnis der Absicht immer wieder von der SED gemaßregelter Filmemacher, möglichst wenig Risiko einzugehen. Allerdings geht diese Rechnung nicht immer auf. So verurteilte das „Neue Deutschland" den nach einer Novelle von Gottfried Keller entstandenen Film „Romeo und Julia auf dem Dorfe" als „eine Inszenierung, die sich stilisiert gibt, aber doch in ihrer Gespreiztheit mehr dem Manierismus des bürgerlichen Films der zwanziger Jahre gleicht".

Mit der gleichen barschen Ablehnung reagierten die SED-Kritiker auf Frank Beyers Spielfilm „Bockshorn" (Drehbuch: Ulrich Plenzdorf nach einem Roman von Christoph Meckel), der in den USA spielt. Dazu der Ostberliner „Sonntag": „‚Bockshorn' ist wieder eine Literaturverfilmung innerhalb kurzer Zeit, eine Verfilmung einer Vorlage aus einem nichtsozialistischen Gesellschaftssystem. Zeichen einer Flucht, nicht nur der Helden, auch der Filmkünstler! Ich finde es verwunderlich, daß in einer so ‚spannungsgeladenen' Zeit wie der unsrigen in der nationalen Filmproduktion, Spielfilmproduktion, kaum Zeichen auf eine Auseinandersetzung mit dieser Zeit, hier und heute, deuten."

HARALD BUDDE

Salzburg erinnert an P. Wessely und A. Hörbiger

In den Diensten Apolls

Zu den Pflichtübungen für gelernte Salzburger Festspielgäste gehört der Besuch der jeweils neuen Ausstellung im Schloß Arenberg, in der „Max-Reinhard-Gedächtnisstätte". In diesem Jahr ist sie den beiden österreichischen Schauspielkoryphäen Paula Wessely und Attila Hörbiger gewidmet, die man gewissermaßen von Kindesbeinen an verfolgen kann, wobei sich zumal bei Hörbiger zeigt, wie sehr ein Altersgesicht die edlen Züge seines Trägers herauszukehren weiß.

Bei Paula Wessely wieder bewundert man, wie schon ihre Jugendaufnahmen das apart Elitäre ihres Wesens ahnen lassen. Ein Bildchen ihrer Tante, der Burgschauspielerin Josephine Wessely – Schwester ihres Vaters – greift auch ans Herz: Die selbst noch auf der Guerrotypie als Schönheit Erkennbare ist achtundzwanzigjährig an gebrochenem Herzen gestorben. So etwas gibt es heute so wenig mehr wie Bleichsucht. Viele Erinnerungen werden bei älteren Besuchern der Ausstellung wach. So flossen bei der Ausstellungseröffnung reichlich Tränen. Die beiden Großen fielen einander weinend in die Arme. Das Leben schmilzt dahin wie ein Eisklümpchen in der Hand.

Schon in der Schule hatte Paula Wessely in einem Aufsatz – in dem die zweimalige Verwendung des Wortes „auftreten" allein rot angestrichen ist – als ihren Zukunftswunsch das Theaterspielen genannt. Bei Attila Hörbiger, das weiß man, kam dieser Wunsch eigentlich zufällig zustande, als er aus dem Ersten Weltkrieg heimkehrte, der ihm, unter anderem einen hier ausgestellten „Belobigungsantrag" seines Kompaniechefs für tapferes Verhalten in exponierter Lage, wobei er „10 Italiener abgeschossen" habe, eingebracht hatte.

Die erste Rolle, die Paula Wessely spielte, war merkwürdigerweise die des Baruch Spinoza, bei einer Schulaufführung. Ihre unendliche Dankbarkeit für Reinhardt, ihren großen Mentor, drückte sie in einem Geburtstagsbrief aus, worin sie ihm einmal jenes Glücksgefühl zu empfinden wünscht, das sie bewegte, wenn er sie „nach Erfüllung aller Aufgaben ein kleines Zeichen der Anerkennung merken ließ". Für den Theaterforscher sicher auch interessant ist der Brief des Burgtheaterdirektors Beer aus dem Jahre 1921 an Attila Hörbiger, in dem er ihm empfiehlt, doch erst einmal eine Bühnenlehre bei Provinzbühnen zu absolvieren.

Daß das Ehepaar bewegt vor dem Familienbild gestanden war, das mit ihm die drei ebenfalls zu Bühnenruhm gelangten Töchter Elisabeth Orth, Christiane und Maresa Hörbiger zeigt, läßt sich verstehen. Und wenn nach Schillers poetischer Meinung von der Kunst der Schauspieler nichts in die Zukunft zu wirken vermag, eines läßt sich gewiß tradieren, was immer wieder in den Kritiken erwähnt wird: Die große Sprechkultur, die das Paar im Dienste Apolls bewährt hat und die bei den nun selten gewordenen Auftritten der 77jährigen und des 88jährigen immer wieder als Vorbild hervortritt.

Übrigens bildet die mit viel Mühe und Akribie zusammengetragene Ausstellung den Grundstock eines demnächst bei Langen-Müller mit den Texten von Gisela Prossnitz und von Edda Fuhrich herauskommenden Prachtbandes zu absichtlich niedrig gehaltenem Preis.

ERIK G. WICKENBURG

KULTURNOTIZEN

„Der seidene Schuh", Paul Claudels dramatische Tetralogie aus dem Jahre 1943, wird derzeit von dem portugiesischen Regisseur de Oliveira in französisch-portugiesischer Koproduktion verfilmt.

„Wallraff kommt" von Wolf Deinert wählte die Jury der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste in Darmstadt zum Hörspiel des Monats.

„Zeitgenössische Kunst aus Polen" heißt eine Ausstellung, die bis zum 2. September 1984 in Ingelheim am Rhein zu sehen ist.

Zeichnungen von Ludwig Richter (1803-1884) sind vom 26. August bis 14. Oktober im Essener Museum Folkwang ausgestellt.

Die dänische Architekturausstellung „Städte mit menschlichem Maß" wird vom 30. August bis 7. September im Rathaus von Recklinghausen gezeigt.

Das erste Festival wissenschaftlicher Filme findet vom 6. bis zum 11. September in Oaxtepec bei Mexico-City statt.

Karl Horst Hödicke im Hamburger Kunstverein

Berlin und Irlands Küste

Eine zeittypische „Uraufführung" besonderer Art veranstaltet gegenwärtig der Kunstverein in Hamburg: erstmals werden dort nahezu hundert Gouachen des 1938 in Nürnberg geborenen Berliner Malers Karl Horst Hödicke ausgestellt, die zum größten Teil noch niemals öffentlich zu sehen waren. Eigentlich sollte die von Uwe M. Schneede initiierte Ausstellung, die nur in Hamburg gezeigt wird, eine weitgespannte Retrospektive seines malerischen Schaffens werden, doch hatte Hödicke die Idee, die Auswahl auf seine großformatigen Papierarbeiten aus dem Zeitraum von 1975 bis 1984 zu konzentrieren, die parallel zu den Gemälden entstanden und einen unmittelbaren Einblick in seine spontane und doch zugleich auch reflektive Schaffensweise erlauben. Nicht zu Unrecht gilt Hödicke als ein Vater der „neuen Wilden", als schulbildender Begründer der „heftigen Malerei" aus Berlin, wo er seit nunmehr zehn Jahren als Professor an der Hochschule für bildende Künste lehrt. Helmut Middendorf und Salomé zählen zu seinen bekanntesten Schülern.

Zwei Themenbereiche beherrschen die Rückschau aus dem letzten Jahrzehnt: die vom Atelier des Malers nahe der Mauer sichtbare Umwelt in Berlin und das Leben in Irland am Meer, wo Hödicke sich regelmäßig aufhält. In Anspielung auf das berühmte Bild „Berlin am Meer" des von ihm verehrten Werner Heldt (1904–1954) hat er seine Ausstellung „Berlin & Mehr" genannt. Das „Mehr" bezieht sich nicht nur auf Mensch und Natur in Irland, sondern auch auf Erinnerungen an Reisen nach Nepal, Thailand und Indonesien, wo der Maler Mythen, Tänzen und Ritualen begegnete, die ihm nachhaltige Eindrücke machten.

Anklänge an den Tachismus: Hödickes Gouache „Reeling" (1977). Aus der Hamburger Ausstellung FOTO: KATALOG

Wie in den besten seiner Gemälde erweist sich Hödicke auch in vielen seiner großformatigen Gouachen als ein vitaler Maler mit eigenständigem Konzept und starkem Temperament, der in der Lage ist, Elemente des deutschen Expressionismus und des Informel der fünfziger Jahre aus dem Geiste der Gegenwart neu zu formulieren. Seine Bilder entstehen nach eigener Aussage aus dem „Rühren mit der Farbe". Der ehemalige Schüler von Fred Thieler fühlt sich als ein „trainierter Tachist", der figurative Bilder malt. Nach seiner Ansicht mußte die neue figurative Malerei durch den Tachismus hindurchgehen. Jedenfalls führen seine eigenen Bilder vor Augen, wie bei ihm Figur und Landschaft ganz aus der Farbe und Bewegung entstehen.

„Moderne ist Design", sagt Hödikke, und: „Es gibt keine andere Chance, als Tradition aufzugreifen." Aus solcher Einsicht heraus erscheint ein Rückgriff auf den Expressionismus und das Informel durchaus legitim, und wie auch seine Weggefährten unter den „neuen Wilden" kennt sich Hödicke in der Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts gut aus. Doch auch die Mythen und Allegorien von Malern des 19. Jahrhunderts wie Feuerbach, Böcklin und Stuck haben ihn gefesselt und zu Bildern angeregt.

Zu den verbalen Einsichten und der bildnerischen Begabung des Berliner „Pinselschwingers" (ein Bildtitel!) bildet die malerisch-zeichnerische Brutalität und Simplizität einen verwunderlichen Kontrast. Der Betrachter fühlt sich hin- und hergerissen zwischen Faszination von treffender Schilderung und Enttäuschung über mißglückten Elan. Dennoch bleibt als Fazit festzustellen, daß Hödicke im Gegensatz zu vielen seiner Weggenossen und Nachfolger zuweilen ein starkes Talent mit packender Ausdruckskraft zu sein vermag (Bis 30. September, Katalog 29 DM).

HANNS THEODOR FLEMMING

JOURNAL

Eine Kampagne gegen führende KOR-Leute

J.G.G., Köln

In Polen hat eine heftige Kampagne gegen führende KOR-Leute begonnen. Das KP-Magazin „Perspektywy" hält Kuron, Michnik, Lipski und Kolakowski „Landesverrat" zu Gunsten des „deutschen Revisionismus und Militarismus" vor. Sie stünden sogar in „extremer Opposition" zur katholischen Kirche ihres Landes, weil sie auch das Vorhandensein des Deutschtums und von Deutschen in Schlesien bejahten. Es sei kein Zufall, daß die polnische intellektuelle Opposition „dieser national entarteten" Leute ihren Ursprung in der Bundesrepublik gehabt hätte, um dann zur Geburt der „Solidarność" in der „freien Stadt Danzig" zu führen. Die „Trybuna Ludu" rät in einem Kommentar Lipski dringend, sich nicht mehr mit Politik zu befassen und zur Literatur zurückzukehren.

Landeszuschuß für Museumsverband Hessen

jn, Bonn

Einen Landeszuschuß in Höhe von 783 400 Mark für das Haushaltsjahr 1984 wurde jetzt vom Hessischen Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Vera Rüdiger, dem Hessischen Museumsverband für seine Arbeit bewilligt. Die Forschungs- und Bildungsarbeit an hessischen Museen soll künftig erheblich verstärkt werden. Insgesamt 713 400 Mark werden dem Museumsverband für die Durchführung von Schwerpunktmaßnahmen, Wanderausstellungen, Beschäftigung von Museumsarchitekten sowie für Heimatmuseen zur Verfügung gestellt. 70 000 Mark werden zur teilweisen Deckung der allgemeinen laufenden Kosten der Verbandsarbeit bewilligt.

Niedersachsens Orchester geht „über Land"

dl. Hannover

Das niedersächsische Staatsorchester wird von der kommenden Spielzeit an „über Land gehen". Auch die in dünnerbesiedelten Regionen lebenden Bürger hätten Anspruch darauf, an künstlerischen Veranstaltungen zu erträglichen Bedingungen teilzunehmen. Bisher hätten die Veranstalter, die weiter als 100 km von Hannover entfernt waren, die Mehrkosten für Übernachtung und Reise selber übernehmen müssen. Diese Regelung wird nun geändert: Die Mehrkosten trägt künftig das Land Niedersachsen.

Die 7. Internationale Medikinale von Marburg

wm. Marburg

Die 7. Medikinale Marburg, der – im alljährlichen Wechsel mit der Medikinale International Parma – bedeutendste Internationale Wettbewerb für medizinische Filme findet in diesem Jahr vom 5. bis 10. Oktober statt. Die Medikinale ist nicht nur dem medizinischen Fortbildungsfilm sondern vielmehr noch dem populär-medizinischen Informationsfilm gewidmet. Sie verfolgt damit das besondere Ziel, Maßstäbe für eine optimale Gesundheitsförderung der Bevölkerung durch das Medium Film zu setzen. Veranstalter sind das Grüne Kreuz, der Fachbereich Humanmedizin der Philipps-Universität und der Marburger Magistrat.

6. Berlioz-Festival: „Shakespeares Einflüsse"

AFP, Paris

Das 6. Berlioz-Festival ist in Lyon und in Berlioz' Geburtsort La Côte St. André eröffnet worden. Es ist den Einflüssen Shakespeares im Werk des französischen Komponisten gewidmet. Die Beziehung Berlioz – Shakespeare wird in Konzerten, Opern- und Marionettenvorstellungen sowie in Vorträgen erhellt. Unter den Berlioz-Opern wurde dieses Jahr „Beatrice und Benedict" ausgewählt. Außerdem werden Werke anderer Komponisten gespielt, die von Shakespeare inspiriert waren (u. a. Liszt, Verdi, Mendelssohn, Gounod, Prokofiew und Débussy). Neben Ensembles aus Lyon nehmen das „Orchéstre de Paris" und die Londoner Philharmoniker teil.

Das Kunstwerk erst körperlich erleben

AFP, Mülhausen

Der 32jährige André Beldeck – mit Künstlernamen „Decko" – will in einer von dem Architekten Le Corbusier entworfenen Anlage in Mülhausen siebzehn Telegraphenmasten als Symmbol europäischer Hauptstädte aufstellen, die mit mehr als einem Kilometer Seil verbunden werden sollen. Um sein geplantes Kunstwerk zunächst körperlich zu erleben, hat der junge Elsässer siebentausend Kilometer zwischen vierzehn europäischen Hauptstädten auf dem Fahrrad zurückgelegt. Allein für die „DDR" erhielt der Radler keine Einreiseerlaubnis – ihr will Decko deshalb einen schwarzgestrichenen Telegraphenmast widmen.

Das Waldsterben im Kottenforst und der politische Nutzen

Sind die vielen Katastrophen-Meldungen übertrieben?

Von EBERHARD NITSCHKE

Bisher war das Waldsterben für Bonner Politiker eine Erscheinung, die sich hauptsächlich im Süden und Südwesten der Bundesrepublik abspielte. Jetzt aber heißt es, die direkte Umgebung von Bonn könnte schnellstens kahl werden. Was stimmt?

Stirbt der Wald in bisher ungeahnter Schnelligkeit im Kottenforst, dem großen Naherholungsgebiet der Bonner? Am 7. Mai dieses Jahres meldete der Bonner „General-Anzeiger", das zuständige Forstamt habe hier einen „Lehrpfad für Waldschäden" angelegt, um „auch Unkundigen die Augen zu öffnen über die ersten Anzeichen des Waldsterbens". Zwei Monate später beruft sich nun eine andere Regionalzeitung auf die gleichen Forstleute mit der Meldung: „Der Kottenforst liegt in den letzten Zügen", *und „nur noch einen Sommer* lang haben die Bonner Gelegenheit, ihren Wald in seiner heutigen Form zu erleben".

Daß es da doch noch etwas länger mit Zuständen wie auf dem Kamm des Erzgebirges dauern könnte, räumt Forstamtsleiter Friedrich Hein gerne ein. Die Tendenz in seinem Wald, der schon im Jahre 886 in einer Akte der Abtei Prüm in der Eifel erwähnt wird, ausführlich in einer Urkunde des Kaisers Otto von 973 zur Darstellung kommt, sei aber „zunehmend schlecht". Beunruhigend sei wirklich das Tempo, in dem manche bisher gesunden Bäume, wie zum Beispiel 150jährige Buchen, dahinsiechten. Was ihn aber wirklich so hoffnungslos stimmte, das sei die Tatsache, daß sein Wald „genauso gesund und genauso krank aussieht wie eben in Bayern die Wäler *vor zwei* oder drei Jahren".

Im Gegensatz zu diesen Wäldern aber oder zum Schwarzwald hat diese 43 700 Hektar große Forstfläche mit 10 600 Hektar Wald „beste Humus-Form" und „gute Streuzersetzung", die eine eventuelle Düngung völlig überflüssig machen würden. Daß die Boden- und Wasserverhältnisse hier so gut sind, erzeugt die besonders große Ratlosigkeit vor der Frage, woher die jetzt festgestellte Bedrohung denn kommt.

Dramatische Aussagen durch Betroffenheit

Wenn allerdings aus der Tatsache, daß Hein in seinem größten alten Buchenbestand im Herbst wahrscheinlich 3000 Bäume fällen lassen muß, der Schluß gezogen wird, daß „in nicht allzu ferner Zukunft der Kottenforst nur noch eine riesige Schonung sein wird", möchte er doch richtigstellen, daß diese Annahme „unrealistisch" ist. Die Dramatik der Aussage rühre eben von der Betroffenheit her, die jeden überkommen müsse, der sich vor Ort vom Stand der Dinge überzeuge.

Immerhin: Beim geplanten Einschlag von 13 000 Festmetern Holz im laufenden Holzwirtschaftsjahr, das immer von Oktober bis September reicht, werden 15 Prozent krankheitsbedingter Einschlag sein, nach vorsichtiger Schätzung für das nächste Holzwirtschaftsjahr aber schon 20 Prozent.

Der Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, der von Ministerpräsident Johannes Rau aus Schleswig-Holstein an den Rhein geholte Klaus Matthiesen (SPD), hat in diesen Tagen erkannt, daß aus dem Waldsterben so dicht bei Bonn auch noch andere als Holznutzung gezogen werden kann, nämlich auch eine politische. Er ließ sich unter kundiger Führung die größten Schadensstellen demonstrieren, zeigte sich, während der Dienstwagen über die Forstwege fuhr, tief betroffen und sagte, daß umgehend etwas zur Entschwefelung von Kohlekraftwerken getan werden müsse. Soeben hat Raus Regierung in Düsseldorf dafür ein Vier-Milliarden-Mark-Programm vom Bund verlangt, von dem 80 Prozent der Gesamtsumme Nordrhein-Westfalen zugute kämen. Auch kleine und regionale *Kraftwerke müßten* bei der gemeinsam zu tragenden „großen Anstrengung" mitmachen und sich den Fakten anpassen, meinte Matthiesen, der Kraftwerkspläne in der CDU-regierten Stadt Bonn kennt. Der Forstamtsleiter Hein kann ihm nur beipflichten: „Die Natur kennt bei Schadstoffen keine anderen Grenzwerte als Null – und im Rahmen von technischen Notwendigkeiten ist diese Zahl anzustreben."

Der Forstmann weiß die Bonner hinter sich

Hein weiß bei dieser Forderung zumindest alle um das berühmte Bonner Klima besorgten Bewohner hinter sich. Hier, wo jeder Hochhausbau nach dem Gesichtspunkt genehmigt, abgelehnt oder zumindest energisch bekämpft wird, daß im engen Rheintal die Frischluftzufuhr behindert oder beeinflußt werden könnte, wäre *der Fortfall großer Waldflächen* oberhalb der Stadt eine Katastrophe. Gerade die Waldfläche im sogenannten „Katzenlochbachtal", dem von Naturschützern die höchsten Loblieder gesungen werden, führen Frischluft in Richtung Innenstadt.

Nach mancher Bedrohung begann für den Kottenforst eine Periode absoluter Sicherung, als die Abtei Siegburg 1549 den Wald an den Erzbischof von Köln verkaufte, dem hier das Jagdrecht zustand. Aus dieser Zeit ist unter anderem noch ein „Jägerhäuschen" *erhalten, das als Aus*gangspunkt für Jagden und als Aufbewahrungsort für Waffen gilt. Vor allem in der Zeit von Clemens-August, dem aus dem Haus Wittelsbach stammenden Kurfürsten von Köln in der Zeit von 1723 bis 1761, wurden jene schnurgeraden Schneisen in den Wald geschlagen, die für Parforcejagden notwendig waren. Heute stellt man in den vom Waldsterben bedroh*ten Regionen der Bundesrepublik* Deutschland fest, daß der Baumtod häufig gerade an Waldrändern, in Lichtungen und Schneisen beginnt.

Wenn heute der Landwirtschaftsminister Matthiesen dem Bundeskabinett empfiehlt, sich zu Kabinettssitzungen einmal unter dem stark gelichteten Dach einer uralten kranken Buche zusammenzusetzen, „um sich einmal selbst ein Bild von der Zerstörung der Natur zu machen", dann kann er hier wohl kaum mehr an jemanden appellieren, der nicht schon an mehreren Besichtigungsreisen *in* bedrohte Wälder teilgenommen hat. Soeben hat das Bundeskabinett aus dem Haus des Bundesinnenministers *Friedrich Zimmermann* den Referentenentwurf eines Bodenschutzprogramms erhalten, das als sogenanntes „Artikelgesetz" alle schon vorhandenen Bestimmungen des einschlägigen Umweltschutzes zusammenfassen wird. Und noch nie hat es eine solche Fülle von Umweltschutzgesetzen gegeben wie jetzt.

Kein Trost für den Kottenforst: Als 1815 die Preußen das Rheinland übernahmen, war er schon einmal völlig kaputt, abgeholzt, zerfranst und ausgepowert. Aber, sagen die Förster: „*Dafür gab es auch keine Kohlekraftwerke.*"

Über den Heiligen Ivo streiten die Experten

Ein unrasiertes Kinn und eine kleine Narbe im Mundwinkel des Heiligen St. Ivo haben erhebliche Zweifel an der Echtheit ei*nes der teuersten Gemälde in der* Londoner Nationalgalerie geweckt. Wie der englische Kunstexperte Christopher Wright in einem im nächsten Monat erscheinenden Buch mit dem Titel „The Art of the Forger" (Die Kunst des Fälschers) schreibt, deutet vieles darauf hin, daß das dem Flamen Rogier van der Weyden zugeschriebene Bild des Heiligen St. Ivo eine Fälschung aus der Werkstatt des Franzosen Emile Delobre ist.

Das Urteil des anerkannten Kunstexperten für Fälschungen könnte zu einem Skandal für die berühmte Londoner Galerie werden, die das Bild 1971 für 500 000 Pfund (nach heutigem Kurs: 1,9 Millionen Mark) erworben hatte und die sich bisher damit brüstete, es zu einem Zehntel seines Marktwertes von heute fünf Millionen Pfund erhalten zu haben.

Die von Wright vorab veröffentlichten Argumente für eine Fälschung sorgten dann auch für entsprechende Aufregung. Wright nimmt besonders daran Anstoß, daß

- der Heilige St. Ivo einen modernen Gesichtsausdruck mit photographischen Details aufweist,
- die Augen schlecht gemalt sind und *nicht auf den Brief* blicken,
- der Brief aus einem bedeutungslosen Text besteht.

Heiligenbilder aus dem 15. Jahrhundert, so Wright, wurden anders gemalt. In einem religiösen Bild würde einem Geistlichen zudem ein in*haltsreicher Text gegeben.*

Auf die Vorwürfe Wrights beeilte sich vergangene Woche der führende Rogier-Experte Großbritanniens, Lorne Campbell, zu antworten. Er wies die Anschuldigungen Wrights, das Bild sei eine moderne Fälschung des französischen Nachmalers Delobre (1873 bis 1954) zurück, zweifelte aber ebenfalls, ob der Heilige St. Ivo wirklich Rogier zugeschrieben wer*den kann. „Entweder ist das Bild in* Rogiers Atelier von seinen Schülern gemalt worden oder von jemandem,



Ein Kuckucksei in der ehrwürdigen Londoner Nationalgalerie?
FOTO: NATIONAL GALLERY

der seine Arbeiten kannte." Sollte Campbell Recht behalten, dann wür*de das Bild nur noch ein Zehntel* seines Marktpreises wert sein.

Auch der Kurator der Nationalgalerie, Alistair Smith, bestand darauf, daß das Bild aus dem 15. Jahrhundert stamme, wollte sich aber nicht mehr darauf festlegen, ob der Heilige St. Ivo wirklich von Rogier gemalt wurde. „Wenn wir unsere Flamen beim nächsten Mal wieder katalogisieren, werde ich mir den Heiligen *noch einmal anschauen.*"

Über den Maler Rogier, der seine Werke nicht signierte, ist nur wenig bekannt. Das Bild des Heiligen St. Ivo, der in Großbritannien histo*risch als der „Anwalt der Armen"* bekannt war, gehörte bislang zu der wichtigsten Entdeckung der flämischen Malerei in den vergangenen Jahren.

Ein Kunstsachverständiger vom Auktionshaus „Christie's" sah das Bild zufällig 1968 bei einem Privatbesuch in Berkshire. Er identifizierte es sofort als einen Rogier. Drei Jahre erwarb die Nationalgalerie das Bild von *Christie's*.

Wie der Londoner Observer zu den aufsehenerregenden Behauptungen Wrights, die inzwischen zu erheblichem Wirbel in der britischen Kunstszene geführt haben, weiter herausfand, wurde der angebliche *Rogier bereits 1858 in einem Skizzen*block erwähnt.

Damals soll er allerdings nicht Ro*gier zugeschrieben worden* sein, sondern einem anderen Flamen, Quentin Massys. Das Bild sei dann ein Jahr später für 33 Pfund an Christie's verkauft worden, das es nun erneut, über 100 Jahre später, noch einmal für eine halbe Million Pfund verkaufte.

Auf Anfrage der WELT teilte die Londoner Nationalgalerie mit, es ste*he außer Zweifel, daß das Bild des* Heiligen St. Ivo aus dem 15. Jahrhundert stamme. Dies hätten spektroskopische Tests ergeben. Zur Echtheit des Gemäldes sagte der Sprecher allerdings nichts. Weitere Untersuchungen sollen nun die Warheit *ans* Licht bringen. DW.

*

Dürer verglich ihn mit Michelan*gelo, und auch Goethe hat* seine Bilder gelobt (die er allerdings noch für Werke Jan van Eycks hielt). Denn Rogier van der Weyden, obwohl sein Name immer bekannt war, hat seine Werke weder signiert noch datiert.

Man weiß von ihm nur, daß er 1399 oder *1400 im damals noch französi*schen Tournai geboren wurde, dort 1427 als Lehrling in die Werkstatt von Robert Campin (des „Meisters von Flémalle") eintrat und 1432 Meister wurde. 1436 ist er „Stadtmaler" in Brüssel, 1449/50 unternahm er eine Reise nach Rom (die stilistisch ohne Bedeutung blieb), und am 18. Juni 1464 ist er in Brüssel gestorben.

Rogier van der Weyden war kein Neuerer wie die Brüder van Eyck, die der Malerei neue Darstellungsformen gewannen. Er „begnügte" sich damit, der Malerei seiner Zeit, die zu einem gewissen Schematismus neigte, ihre Lebendigkeit und spirituelle Kraft zurückzugeben. Rogier van der Weyden verkörpert deshalb die Vollendung der gotischen Malerei.

P. Jo.

LEUTE HEUTE

Gescheitert

Nach Bewältigung von drei Viertel seiner Strecke hat der polnische Langstreckenschwimmer **Boguslaw Kizak** gestern seinen Versuch aufgegeben, als erster die Ostsee von Rügen nach Trelleborg in Schweden zu durchschwimmen. Der aus Stettin stammende Schwimmer war am Sonntag von der Insel Rügen zu seinem 80-Kilometer-Unternehmen gestartet. 20 Kilometer vor dem Ziel ließ er *sich* erschöpft an Bord eines Begleitbootes nehmen.

Peking-Korrespondent

Ständiger Korrespondent des Zweiten Deutschen Fernsehens in der Volksrepublik China ist ab 1. Oktober dieses Jahres **Dietmar Schulz**. Das ZDF teilte gestern in Mainz mit, der 41jährige Schulz, seit 1979 Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur in Peking und seit 1980 auch freier Mitarbeiter für das ZDF, werde das neue Studio in Peking übernehmen.

Robinson in der Taiga

Zwei Wochen lang ist der zwölfjährige **Sascha Karmischin** auf der ostsibirischen Halbinsel Kamtschatka allein durch die Taiga geirrt. Als ihn Fischer *entkräftet an einem Flußufer* auffanden, wog er nur noch 17 Kilogramm, das Gewicht eines fünf- bis sechsjährigen Kindes. Bei seiner Odyssee nährte sich Sascha von Gräsern und Wurzeln. Er hatte sich beim Beerenpflücken verirrt.

Kassen müssen Schwerhörigen Verstärker zahlen

AP, Kassel

Bei Schwerhörigen muß die Krankenkasse auch für einen Telefonverstärker aufkommen, wenn der Behinderte für seinen Lebensbedarf unumgänglich auf das Telefonieren angewiesen ist. Dies hat das Bundessozialgericht in Kassel entschieden.

In der Urteilsbegründung hieß es, das Telefonieren gehöre allerdings *nicht generell zur allgemeinen Le*bensbetätigung. Das ergebe sich schon daraus, daß in der Bundesrepublik noch mehrere Millionen Haushalte auf einen eigenen Telefonanschluß verzichten. Dementsprechend diene das Telefon bisher in der Regel den besonderen privaten sowie beruflichen oder gesellschaftlichen Zwekken, meistens aber nicht den elementaren Lebensbedürfnissen. Wenn da*gegen jedoch das Telefonieren im* Einzelfall lebensnotwendig sei, dann müßten dafür auch die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

In dem von einem allein lebenden alten Mann aus Berlin angestrengten Prozeß wurde deshalb vom Bundessozialgericht eine Nachprüfung darüber angeordnet, ob der Mann zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse zwingend auf das Telefonieren angewiesen ist. Der Mann leidet an einer an Taubheit grenzenden Innenohrschwerhörigkeit. Die Krankenkasse hatte sich geweigert, die 86,30 *Mark für den von dem Mann* benötigten Telefonverstärker zu bezahlen (AZ: Bundessozialgericht 8 RK 33/83).

Sommertheater in Österreich mit „Kanzler Kohl"

Po. Wien

Große Sprünge unternimmt gegenwärtig Kanzler Kohl am „Sausenden Bach" in der oberösterreichischen Ortschaft Engelhartszell. Gemeinsam mit Österreichs weiblichem Ski-Idol Annemarie Moser-Pröll läßt sich der Kanzler, wie schon vor ihm Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, zum Star einer einmaligen *Zirkusattraktion* heranbilden. Kohls Spezialität: Wasserslalom und der waghalsige „Sprung ins Bierglas".

Von seinen Trainern wird dem Kanzler „unerhörte jugendliche Elastizität und ausgesprochenes Naturtalent" bescheinigt. Um geharnischten Protesten aus dem amtlichen Bonn zuvorzukommen, sollte rechtzeitig gesagt werden, daß es nicht der Kanzler selbst ist, der sich einem Fit*nesstraining für die bevorstehende* nachsommerliche Regierungsarbeit unterwirft. Es handelt sich um eine junge Bachforelle aus dem berühmten „Forellenzirkus" von Engelhartszell, die unter dem Namen „Bundeskanzler Kohl" auf ihr Artistendasein vor deutschem Urlauberpublikum vorbereitet wird. In diesem seit dreißig Jahren existierenden Forellenzirkus tragen die flossenbewehrten Artisten seit jeher die *Namen prominen*ter Zeitgenossen. Insgesamt produzieren sich 15 dressierte Forellen vor dem stauenden Publikum. Spezialität: Sprung in ein Bierglas, Slalom, Reifenspringen – mit „Kanzler Kohl" als Star in der „Wassermanege" ...

Spaniens Kinderzirkus gekündigt

SAD, Madrid

Pater Jesus Silva, der Gründer und *Vater der Kinderrepublik von* Bemposta in Nordspanien, ist verzweifelt: Sein weltberühmter Kinderzirkus soll aus Madrid verschwinden. „Erst hatte uns Bürgermeister Tierno Galvan nach Madrid geholt. Mit dem Zuschuß der Stadt sollten wir hier einen Dauerzirkus aufbauen. Und jetzt wollen sie uns rauswerfen."

1981 bauten die Waisenkinder mit ihrem Pater voller Zukunftserwar*tungen einen provisorischen Zirkus* in der Nähe des Fernsehturms auf. Hier trat zum letzten Mal auch der inzwischen verstorbene Charly Rivel („Akrobat Schöööön") auf. Jahrelang hatten die jungen Artisten ihr Können in aller Welt gezeigt. Sie waren in Amerika und Rußland, in der Bundesrepublik Deutschland, in England und in vielen Teilen der Welt.

Der Ständige Zirkus in Madrid sollte mit einer besseren *Schule* seine Basis verbreitern. Jetzt aber lehnte die Stadtversammlung einen Kredit von anderthalb Millionen für den neuen Zirkus ab.

Offensichtlich stehen höhere Interessen einer mit dem Rathaus eng ver*bundenen Baugesellschaft auf dem* Spiel. „Wenn Pater Silva nicht selbst räumt, tun wir es", erklärte jetzt trokken der stellvertretende Bürgermeister. Die Kündigung hatten die jungen Artisten und ihr Pater schon zu Weihnachten erhalten.

Die „Wiege der Bundeswehr" soll verschwinden

E. N. Andernach

Sind etwa 35 hellgrau gestrichene Holzbaracken mit unansehnlichen Welldächern ein erhaltenswertes Baudenkmal und ein Markstein deutscher Geschichte seit 1945? Die Frage ist aktuell durch den bevorstehenden Abriß der „Krahnenberg-Kaserne" in Andernach am Rhein.

Auf dem Appellplatz der vor fast 50 Jahren als Luftwaffenlazarett erbauten *Anlage* hat am *20. Januar 1956* Bundeskanzler Konrad Adenauer die rund tausend ersten Freiwilligen der neuen deutschen Streitkräfte begrüßt. Die „Wiege der Bundeswehr", in der das PSV-Bataillon 850 (Psychologische Kampfführung) untergebracht *ist, soll durch steinerne Norm*bauten ersetzt werden. Protest kommt nicht zuletzt von den Bewohnern selbst.

Es ist alles noch genau so wie damals, als am 25. November 1955 zum ersten Mal zivile Gäste das Gelände besuchen *durften, in dessen* „Baracke Nr. 31" der Oberst außer Dienst August Frede die „Annahmestelle Andernach" leitete, die täglich etwa 100 Freiwillige für die Truppe in Augenschein nahm, die später den Namen „Bundeswehr" erhalten sollte. Das Besondere *an jenem ersten* Besuchstag war die erste „Presse-Information", die von der neuen Armee herausgegeben wurde. Im Text wurde richtiggestellt, daß man mit den ersten Aufstellungen keineswegs eine „Paradeeinheit" schaffen wolle, da man in diesem Falle nicht auf ungediente Soldaten zurückgreifen würde, die „bis zum 1. April 1956 für derartige Zwecke gar nicht ausgebildet werden können".

Was da in Andernach zusammenströmte, konnte und durfte auch nicht zu einem Bataillon zusammengefaßt werden; der Paragraph 1 des Freiwilligengesetzes stand dem entgegen. Es wurde außerdem bekanntgegeben, daß auch „eine kleine Wirtschaftsgruppe" in Andernach vorgesehen sei und eine „Militärpolizei-Lehrkompagnie", um „möglichst frühzeitig Ordnungsdienst für den inneren Bereich der Streitkräfte zur Verfügung zu haben".

Die damals etwas karge Anlage, die bis kurz vor dem Eintreffen der ersten Freiwilligen für die neue deutschen Truppe als Lazarett für die französische Besatzungsarmee genutzt worden war, hat heute den Charme eines abgewohnten Bungalow-Hotels. Bäume und Sträucher sind mächtig gewachsen, es gibt Rosenrabatte und Tomatenzucht. Der „Jägerhof" genau gegenüber der Kaserne, dem 1955 schon Experten eine große Zukunft voraussagten, steht noch und prosperiert, nur wirkt am *Zapfhahn nicht* mehr jene *Witwe* Zack von damals.

Wenn die Bundeswehr nun auf diesem Gelände, wie es heißt, 60 Millionen Mark für Neubauten investieren will, dann kann man sich leicht vorstellen, wieviel von dem Grün dessen, *was Hausherr Oberstleutnant* Hans-Jochen Annuß „eine der schönsten Kasernen der Bundeswehr" nennt, stehen bleiben wird. Auf der anderen Seite ist der gebremste Komfort im Inneren der Baracken, vor allem im sanitären Bereich, den Soldaten wohl nicht mehr zuzumuten.

Daß es sich bei der „Krahnenberg-Kaserne" aber um etwas Besonderes handelt, wird schon durch die Gedenktafel am Eingang deutlich. „Hier entstand am 2. Januar 1956 das neue deutsche Heer", heißt es da, „und *hier* begrüßte Bundeskanzler Konrad Adenauer am 20. Januar die ersten Soldaten der neuen deutschen Streitkräfte".

Ein frostiger Tag. Die Schulkinder standen mit den Lehrern auf der ganzen Strecke an der Stadt Spalier, was an Fahnen vorhanden war, wehte an Stangen und Masten. Das zivile Volk war nicht zugelassen, als Adenauer hinter dem Kasernentor dem Mercedes 300 entstieg, der angetretenen Tuppe ein „Guten Morgen, Soldaten" zurief, und mit der Generalität und dem ersten *Verteidigungsminister* Theodor Blank zu den Klängen des York'schen Marsches von Beethoven die Front abschritt.

Neben den Deutschen standen bei dieser ersten Parade die amerikanischen Ausbilder, etwa 30 Offiziere und *Unteroffiziere unter Leitung* des US-Majors Jack Schumacher, geboren in Essen. Die Panzer, an denen sie die Deutschen ausbilden sollten, durften noch nicht rollen, weil das zuständige Straßenverkehrsamt sie noch nicht zugelassen hatte.

An den Anfang der Bundeswehr erinnert ein Schild am Eingang der Kaserne: Hier entstand am 2. Januar 1956 das neue deutsche Heer...
FOTO: POLYPRESS

WETTER: Sommerlich

Wetterlage: Ein umfangreiches Hochdruckgebiet über Mitteleuropa bestimmt auch weiterhin mit seiner Warmluft das Wetter in ganz Deutschland.

20. August 1984, nachm. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Dienstag:
In Norddeutschland in den Frühstunden starker Dunst oder Nebel, nach deren Auflösung wie im übrigen Gebiet sonnig und trocken. Höchsttemperaturen im Norden 23 bis 25 Grad, im Süden 26 bis 30 Grad. Nachts Abkühlung auf 16 bis 13 Grad. Schwach windig.

Weitere Aussichten:
Sehr warm und zunehmend schwül, im Südwesten nachmittags einzelne Wärmegewitter.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	22°	Kairo	30°
Bonn	24°	Kopenh.	18°
Dresden	20°	Las Palmas	24°
Essen	24°	London	24°
Frankfurt	23°	Madrid	26°
Hamburg	18°	Mailand	22°
List/Sylt	19°	Mallorca	28°
München	20°	Moskau	17°
Stuttgart	22°	Nizza	25°
Algier	30°	Oslo	22°
Amsterdam	23°	Paris	24°
Athen	28°	Prag	20°
Barcelona	26°	Rom	25°
Brüssel	24°	Stockholm	21°
Budapest	22°	Tel Aviv	38°
Bukarest	15°	Tunis	28°
Helsinki	18°	Wien	19°
Istanbul	26°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.19 Uhr, Untergang: 20.30 Uhr; **Mondaufgang:** –.– Uhr, Untergang: 18.03 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Weltrekord mit Schwebebahn aufgestellt

rtr, München

Mit 302 Kilometern in der Stunde ist im Emsland ein neuer Weltrekord für ein personenbesetztes elektromagnetisches Schwebefahrzeug aufgestellt worden. Wie die Messerschmitt-Bölkow-*Blohm* GmbH (MBB) gestern in München mitteilte, ist diese Rekordgeschwindigkeit „ein wichtiger Meilenstein für die Magnetschwebetechnik". Der Rekord wurde auf einer rund 20 Kilometern langen Strecke zwischen Lathen und Dörpen bei der niedersächsischen Stadt Meppen gefahren.

Das Schwebefahrzeug Transrapid 06 besteht aus zwei Sektionen, die jeweils 100 Personen fassen. Eines der beiden Abteile ist bereits für den Personenverkehr mit Sitzplätzen aus*gestattet, im anderen Teil befinden* sich Meßanlagen. Beim Rekord war eine Besatzung von rund zehn Technikern „an Bord". An dem Bau der Anlage sind neben MBB die Firmen AEG, BBC, Dyckerhoff und Widmann, Krauss-Maffei, Siemens und Thyssen-Henschel beteiligt. Bislang wurden ähnliche Rekorde von den Franzosen mit einem Rad-Schiene-System und den Japanern mit einem *anderen Schwebeverfahren erreicht.*

Im Auto verbrannt

dpa, Fritzlar

Ein 22jähriger Mann ist in seinem Wagen verbrannt, nachdem er auf der Autobahn A 49 in der Nähe von Fritzlar (Hessen) verunglückt war. Das Fahrzeug war aus noch ungeklärter Ursache von der Fahrbahn abgekommen. Wahrscheinlich fing es Feuer, als Benzin aus einem auf dem Beifahrersitz stehenden Kanister lief.

Überfall auf Rennplatz

AFP, Cagnes-sur-Mer

850 000 Francs (rund 285 000 Mark) haben drei Gangster gestern bei einem *Überfall* auf das Wettbüro der Pferderennbahn in Cagnes-sur-Mer an der französischen Riviera erbeutet. Wie es aus unterrichteter Quelle hieß, überwältigten die ohne Maske arbeitenden Männer mehrere Angestellte und öffneten dann mühelos den Tresor, in dem sich die Wetteinnahmen vom Wochenende befanden.

Hungersnot verschärft

dpa, Nairobi

Die Hungersnot in dem von jahrelanger Dürre heimgesuchten Äthiopien hat sich nach Angaben des UNO-Kinderhilfswerks (UNICEF) in diesem Jahr weiter verschärft. Nach Schätzungen der äthiopischen staatli*chen Hilfsorganisation* stieg die Zahl der von Dürre und Hungersnot betroffenen Einwohner von 4,8 Millionen auf rund 5,2 Millionen.

Nancy „Denver"-Star?

SAD, London

Die Familie Carrington wird möglicherweise höchstkarätigen Zuwachs erhalten: die Frau des US-Präsidenten Ronald Reagan. Dies ist nach einer Meldung des Londoner Massenblatte „Daily Star" das jüngste Gerücht in den amerikanischen „Denver-Clan"-Studios. Angeblich ist Nancy Reagan entschlossen, ihre vor Jahren durch Heirat mit dem damaligen Kollegen Ronald abgebrochene *Filmkarriere wiederaufzunehmen.*

Teurer „Spaß"

SAD, Paris

Zwei Angetrunkene haben in einer Nacht rund 30 Autos in mehreren Westpariser Vororten angezündet. Der Schaden beträgt umgerechnet 350 000 Mark. „Wir wollten uns 'mal richtig amüsieren und sehen, wie ein Feuerwerk aussieht", erklärten die Brandstifter bei ihrer Festnahme.

Bienen arbeitslos

dpa, Erlangen

Das kühle und regnerische Sommerwetter hat die Bienen im gesamten Bundesgebiet nahezu arbeitslos gemacht. In Erlangen, dem Standort der bayerischen Landesanstalt für Bienenzucht, haben die fleißigen Insekten in diesem Jahr noch keinen Tropfen Honig geerntet, sagte gestern der Bienenexperte der Anstalt. Der Honigertrag werde in Bayern und im ganzen Bundesgebiet „*weit unter der* Normmenge" liegen.

Ohne Gift gegen Insekten

rtr, Hamburg

Die Bekämpfung von Schädlingen ohne Anwendung von Giften gehört *zu den* Hauptthemen des gestern in Hamburg eröffneten XVII. Internationalen Kongresses für Entomologie (Insektenkunde). Im Getreideanbau könne es bei erfolgreicher Resistenzzüchtung gegen Pilz- und Insektenbefall in zehn bis 15 Jahren möglich sein, *ohne chemische Schutzmittel* auszukommen, sagte der Kongreßpräsident, der Kieler Zoologe Berndt Heydemann.

ZU GUTER LETZT

Weil ihr Mann einen Hund nach ihr benannte, hat eine Taiwanesin die Scheidung eingereicht. Peng Ah-Chao sagte: „Ich konnte es nicht mehr ertragen, daß meine drei Kinder den Hund 'Ah-Chao' riefen".